



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
6. April 2017

Protokoll Nr. 6

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 15. Dezember 2016, 13.00–17.40 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsidentin Katharina Hubacher

Präsenz:
Anwesend sind 46 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:
Jörg Krähenbühl und Stefan Sägesser

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Vereidigung von Thomas Schärli (Nachfolger von Franziska Bitzi Staub) als neues Ratsmitglied zu Beginn der Sitzung.

Vereidigung von Franziska Bitzi Staub als neues Mitglied des Stadtrates am Schluss der Sitzung.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Franziska Bitzi Staub)	7
3. Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission (Nachfolge von Mirjam Fries)	8
4. Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission (Nachfolge von Peter Gmür)	8
5. Genehmigung des Protokolls 3 vom 27. Oktober 2016	8
6. Bericht und Antrag 28/2016 vom 19. Oktober 2016: Entwicklungsareal Eichwaldstrasse Baurechtsvertrag betreffend die Abgabe von Grundstück 3961, GB Luzern, linkes Ufer, an die SBL Wohnbaugenossenschaft Luzern	8

7.	Bericht und Antrag 25/2016 vom 19. Oktober 2016: Attraktive Bahnhofstrasse Luzern	22
	▪ Bericht zum Stand des Projekts und Ausblick	
	▪ Projektierungskredit 2. Phase (Bauprojekt/Auflageprojekt Bahnhofstrasse und Theaterplatz)	
8.	Bericht und Antrag 27/2016 vom 19. Oktober 2016: Abschreibung von Motionen und Postulaten	33
–	Dringliches Postulat 24, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016: Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung	35
–	Dringliches Postulat 28, Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Dezember 2016: Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Musegg verzichten	39
–	Dringliches Postulat 29, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016: Keine Erhöhung der Kampfjetbewegungen in Emmen	59
9.	Bericht und Antrag 26/2016 vom 19. Oktober 2016: Abrechnung von Sonderkrediten	aus Zeitgründen verschoben
10.	Postulat 345, Mario Stübi und Esther Burri namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Mai 2016: Keine unterirdische Unterbringung von Asylsuchenden	aus Zeitgründen verschoben
11.	Interpellation 346, Ali R. Celik und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion vom 30. Mai 2016: Wie koordiniert die Stadt Luzern künftig die Freiwilligenarbeit?	aus Zeitgründen verschoben

Eingänge

1. Rektifizierte Einladung zur 6. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 15. Dezember 2016
2. Rektifizierte Einladung 3 Geschäftsleitung vom 15. Dezember 2016
3. Protokoll 3 Grosser Stadtrat vom 27. Oktober 2016
4. Protokoll 3 Sozialkommission vom 3. November 2016
5. Protokoll 2 Geschäftsleitung vom 10. November 2016

6. Protokoll 4 Baukommission vom 17. November 2016
7. Protokoll 3 Bildungskommission vom 17. November 2016
8. Protokoll 4 Geschäftsprüfungskommission vom 17. November 2016
9. Interpellation 20, Gianluca Pardini, Yannick Gauch und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 15. November 2016: „Leer stehende Villen an der Obergrundstrasse in Luzern“
10. Interpellation 21, Marco Müller und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 17. November 2016: „Stadt Luzern im Fussverkehrs-Test auf dem letzten Rang“
11. Interpellation 22, Laurin Murer und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 21. November 2016: „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“
12. Postulat 23, Simon Roth und Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. November 2016: „Obergrenze für Boni bei ausgelagerten Betrieben“
13. Dringliches Postulat 24, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016: „Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung“
14. Postulat 25, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion, vom 30. November 2016: „Informationsschreiben zur Einbürgerung“
15. Postulat 26, Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Cyrill Studer Korevaar namens der SP/JUSO-Fraktion vom 30. November 2016: „Bei Grossprojekten die Priorität beim Durchgangsbahnhof setzen“
16. Dringliche Interpellation 27, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 5. Dezember 2016: „Hält der Stadtrat seine Versprechen für die abgebauten Parkplätze im Hirschmattquartier?“
17. Dringliches Postulat 28, Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Dezember 2016: „Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Musegg verzichten“
18. Dringliches Postulat 29, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016: „Keine Erhöhung der Kampfjetbewegungen in Emmen“
19. Antwort auf die Interpellation 346, Ali R. Celik und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, vom 30. Mai 2016: „Wie koordiniert die Stadt Luzern künftig die Freiwilligenarbeit?“
20. Antwort auf die Interpellation 349, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laurin Murer und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 7. Juni 2016: „Neue Tiefgarage im Sentihof“

Vereidigung von Thomas Schärli als neues Ratsmitglied durch die Ratspräsidentin (Nachfolger von Franziska Bitzi Staub, CVP-Fraktion)

Ratspräsidentin Katharina Hubacher verliest die Gelübdeformel:

„Thomas Schärli, Sie geloben, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.“

Thomas Schärli bekräftigt die Gelübdeformel mit den Worten: „Das alles gelobe ich.“

Ratspräsidentin Katharina Hubacher heisst Thomas Schärli im Grossen Stadtrat willkommen.

Die Anwesenden begrüssen das neue Ratsmitglied mit einem Applaus.

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Katharina Hubacher teilt die Entschuldigungen mit (vgl. Seite 1). Sie gibt eine Karte mit Genesungswünschen für Jörg Krähenbühl in Umlauf, damit die Ratsmitglieder sie im Verlauf der Sitzung unterschreiben können. Jörg Krähenbühl erholt sich von einer Hüftoperation, die er Ende November hatte.

Mirjam Fries ist seit dem 1. Dezember 2016 neue Fraktionschefin der CVP-Fraktion. Sie übernimmt dieses Amt von Franziska Bitzi Staub, die heute am Schluss der Sitzung als Stadträtin vereidigt wird. Mirjam Fries ist somit auch Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates.

Tele 1 und zentralplus werden heute während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen machen.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Es wurden vier Vorstösse als dringlich eingereicht.

Dringliches Postulat 24, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016: Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung.

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des Postulats 24 nicht.

Die Sprechende fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat der Dringlichkeit opponiert.

Marcel Lingg: Für die SVP-Fraktion stellt sich die Frage, wann etwas dringlich ist. Etwas ist dann dringlich, wenn es nicht aufschiebbar ist. Um die proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung umzusetzen, hat man noch ein Jahr Zeit. Also könnte man das Postulat auch in einer normalen Traktandenliste für den Grossen Stadtrat traktandieren und die Kommunikation theoretisch immer noch machen. Wenn der Grosse Stadtrat das Postulat nicht heute behandelt, ist das Anliegen trotzdem immer noch umsetzbar. Aus formellen Gründen ist somit

für die SVP-Fraktion die Dringlichkeit nicht gegeben, ausser der Stadtrat oder die Postulanten würden jetzt darlegen, dass das Postulat nicht mehr umsetzbar ist, wenn es nicht heute oder an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung behandelt würde.

Simon Roth: Das Postulat ist gerade aus dem Grund notwendig, weil nicht allen gleich bewusst ist, um was es genau geht. Wenn der Grosse Stadtrat das Postulat nämlich für nicht dringlich erklärt, wird es irgendwann in den nächsten Monaten behandelt; der Stadtrat hätte ja dann ein halbes Jahr Zeit. Wenn es dann überwiesen wird, braucht der Stadtrat auch wieder Vorbereitungszeit, um diese Briefe überhaupt verschicken zu können. Somit wäre es etwa Ende August, bis die betroffenen Leute die Information erhalten. Falls sie dann bis Ende Jahr noch ein Gesuch einreichen wollen, müssen sie zuerst sämtliche Unterlagen sammeln, die sie dazu brauchen. Für den Vorlauf müssen sie genug Zeit haben. Deshalb ist es nötig, das Postulat jetzt zu behandeln, damit die Briefe möglichst schnell verschickt werden können. Darum plädieren die unterzeichneten Fraktionen für Dringlichkeit.

Marcel Lingg wurde durch dieses Votum nicht überzeugt. Wenn das Postulat heute behandelt wird, werden die Abläufe zwar, wie es Simon Roth darzulegen versuchte, vereinfacht. Aber die formelle Vorgabe der Dringlichkeit ist nicht erfüllt; das Postulat ist gemäss den geltenden Bestimmungen nicht dringlich. Deshalb opponiert die SVP-Fraktion der Dringlichkeit.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 24.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Das Postulat 24 wird somit nach der Pause behandelt. Dringliches Postulat 28, Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Dezember 2016: Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Mu-segg verzichten.

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des Postulats 28 nicht.

Die Sprechende fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat der Dringlichkeit opponiert.

Roger Sonderegger: Wer das Postulat liest, merkt schnell, dass es ernst gemeint ist. Auf Umzonung und Baurecht verzichten heisst faktisch Abbruch der Planung, Abbruch der Diskussion. Das hat das Projekt nicht verdient, das haben die Initianten nicht verdient. Die CVP-Fraktion sieht heute das Projekt vor allem als Chance. Es ist jedoch ein grosses Projekt, es hat Vor- und Nachteile, es sind viele Leute betroffen. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Luzern kennen das Projekt noch nicht gut, aber sie würden gern ein Wörtchen mitreden. Diese Diskussion muss man unbedingt führen, es braucht diesen Dialog. Es ist vielleicht ein bisschen so wie bei der Bahnhofstrasse: da sieht man jetzt, wie gut es laufen kann, wenn man die Leute mit an Bord holt und nicht einfach aussen vor lässt. Der Sprechende versteht, wenn man dieses Projekt nicht will.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher unterbricht Roger Sonderegger und macht darauf aufmerksam, dass es jetzt nur um die Dringlichkeit des Postulats geht.

Roger Sonderegger: Nico van der Heiden hat einmal bei der Diskussion um eine Strasse gesagt, entweder man will diese Strasse oder man will sie nicht. Das kann man politisch immer so sehen: man ist entweder dafür oder dagegen. Die CVP-Fraktion möchte über das Parkhaus Musegg diskutieren; darum geht es ihr vor allem. Die Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn entweder das Anliegen faktisch obsolet wird oder sich die Rahmenbedingungen stark ändern würden. Das ist bei diesem Thema in den nächsten zwei, drei Monaten sicher nicht der Fall. Die CVP-Fraktion sieht keinen Grund, warum die Dringlichkeit gegeben sein sollte. Wenn das Postulat heute überwiesen würde, wird die CVP eine Volksinitiative einreichen, damit die Diskussion trotzdem geführt werden kann.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher bittet diejenigen, die sich noch zu Wort melden, nur zur Dringlichkeit zu sprechen. Inhaltlich zum Postulat Stellung nehmen kann man dann immer noch, falls die Dringlichkeit beschlossen würde.

Fabian Reinhard: Links-Grün ist gegen das Museggparking, das ist nichts Neues. In einer Demokratie darf man gegen etwas sein, das ist das gute Recht, das man hat. Aber auch in einer Demokratie gibt es Regeln, an die man sich zu halten hat. Dieses Dringliche Postulat kommt dem Sprechenden vor wie ein politischer Handstreich aus dem Hinterhalt. So geht das nicht. Wenn man die Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates liest, sieht man deutlich, warum das Postulat die Voraussetzungen für die Dringlichkeit nicht erfüllt. Die FDP-Fraktion ist deshalb enttäuscht, dass der Stadtrat der Dringlichkeit nicht opponiert, sie kann das nicht nachvollziehen. Es ist derselbe Stadtrat, der eine verbindliche Vereinbarung mit den Initianten des Projekts unterschrieben hat. Links-Grün hat in diesem Parlament seit den letzten Wahlen eine Mehrheit. Eine Mehrheit bedeutet politische Macht, und politische Macht darf man nicht dazu missbrauchen, um Regeln ausser Kraft zu setzen. Die Geschäftsordnung gibt solche Regeln vor, und die Mitglieder des Parlaments haben sie unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen zu respektieren.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher unterbricht und fordert Fabian Reinhard auf, nur zur Dringlichkeit zu sprechen.

Fabian Reinhard: Ein Nein zur Dringlichkeit bedeutet nicht ein Ja zum Parking Musegg, das ist allen klar. In diesem Sinn bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, der Dringlichkeit zu opponieren, denn sie ist nach Geschäftsordnung definitiv nicht gegeben.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher bittet die weiteren Sprecher, sich wirklich nur zur Dringlichkeit zu äussern.

Christian Hochstrasser: Die Postulanten stützen sich auf folgende Bestimmung in Art. 55m des Geschäftsreglements, wo es über die dringliche Behandlung heisst: „Das im Vorstoss aufgeworfene Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, sodass die Öffentlichkeit die umgehende politische Stellungnahme des Grossen Stadtrates erwartet.“ Wenn sich der Sprechende die Vehemenz seiner zwei Vorredner vor Augen führt, denkt er, dass diese Voraussetzung erfüllt ist. Die G/JG-Fraktion hält an der Dringlichkeit fest.

Peter With: Die SVP-Fraktion erachtet das Postulat nicht als dringlich. Es geht um ein Thema, das nicht heute und morgen entschieden werden muss, im Gegenteil: letztendlich wird im Moment nur die Strategie des Stadtrates umgesetzt. Die Postulanten versuchen, das jetzt kurzfristig zu ändern. Man kann das Postulat durchaus auch gleichzeitig mit dem B+A behandeln, der wahrscheinlich bald einmal vorgelegt wird. Es wäre falsch, das Projekt heute einfach abzubrechen, ohne dass man Kenntnis von irgendwelchen Fakten hat.

Fabian Reinhard nimmt Bezug auf das Votum von Christian Hochstrasser: Natürlich ist es ein Geschäft von ausserordentlich hohem politischem Gewicht, das ist völlig unbestritten, aber es erfordert nicht eine umgehende politische Stellungnahme. Selbstverständlich wird der Grosse Stadtrat dieses Geschäft behandeln, zu Beginn des nächsten Jahres. In diesem Sinn ist für die FDP-Fraktion die Dringlichkeit gemäss Geschäftsreglement definitiv nicht gegeben.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 28 mit 23 : 22 Stimmen.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Auch dieses Postulat wird nach der Pause behandelt werden.

Dringliches Postulat 29, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016: Keine Erhöhung der Kampfjetbewegungen in Emmen.

Auch hier opponiert der Stadtrat der Dringlichkeit nicht.

Die Sprechende fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat der Dringlichkeit opponiert.

Es gibt keine Wortmeldung.

Somit hat der Grosse Stadtrat die Dringlichkeit des Postulats 29 beschlossen.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Auch die Behandlung dieses Postulats wird nach der Pause stattfinden.

Dringliche Interpellation 27, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 5. Dezember 2016: Hält der Stadtrat seine Versprechen für die abgebauten Parkplätze im Hirschmattquartier?

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit der Interpellation 27.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion hält an der Dringlichkeit fest. Das Projekt am Bundesplatz ist zurzeit in Planung. Die Fraktion ist der Ansicht, dass der Grosse Stadtrat diese Antworten jetzt haben und wissen muss, wie der Stadtrat vorgehen will.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Dringlichkeit der Interpellation 27 mit 25 : 16 Stimmen ab.

2. Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge von Franziska Bitzi Staub)

Mirjam Fries wird einstimmig in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

**3. Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission
(Nachfolge von Mirjam Fries)**

Peter Gmür wird einstimmig in die Bildungskommission gewählt.

**4. Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission
(Nachfolge von Peter Gmür)**

Thomas Schärli wird einstimmig in die Baukommission gewählt.

5. Genehmigung des Protokolls 3 vom 27. Oktober 2016

Das Protokoll 3 vom 27. Oktober 2016 wird genehmigt und verdankt.

**6. Bericht und Antrag 28/2016 vom 19. Oktober 2016:
Entwicklungsareal Eichwaldstrasse
Baurechtsvertrag betreffend die Abgabe von Grundstück 3961, GB Luzern,
linkes Ufer, an die SBL Wohnbaugenossenschaft Luzern**

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 17. November 2016 den Bericht und Antrag „Entwicklungsareal Eichwaldstrasse“ beraten und zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen. Die Diskussion wurde sehr intensiv geführt; die GPK hat insbesondere die Vorteile einer solchen Entscheidung den Nachteilen gegenübergestellt. Die GPK bedauert, dass es mit der Rückweisung eine Verzögerung gibt, und ist sich auch bewusst, dass der bisherige Prozess nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Andererseits handelt es sich um ein wichtiges und grosses Areal, und die Kompetenz zur Vergabe des Baurechts liegt beim Parlament. Das Parlament muss daher in der Lage sein, aufgrund einer umfassenden Information über die Projekte, den Prozess und die Vorgaben an den Baurechtsnehmer zu entscheiden. Das war vorliegend nach Meinung der Mehrheit der GPK in keiner Weise der Fall. Es gilt daher nun, die Grundlagen für die faire und transparente Vergabe des Areals Eichwaldstrasse zu schaffen. Andererseits geht es aber auch darum, den künftigen Prozess zur Vergabe solcher Baurechte vorzuspüren. Hauptkritikpunkt der GPK ist, dass aus dem Bericht und Antrag zu wenig hervorgeht, nach welchen Kriterien der Zuschlag an die SBL Wohnbaugenossenschaft erfolgte. So lagen der GPK verschiedene für die Beurteilung des Geschäfts notwendige Dokumente wie die Projektbeschreibung der unterlegenen Wohnbaugenossenschaft, die Ausschreibungskriterien sowie der Beurteilungsbericht anfänglich nicht vor. Zwar erhielt die Kommission einige zusätzliche

Informationen an der Sitzung, aber diese Informationen erfolgten zu spät, die Kommission war nicht in der Lage, sie umfassend zu studieren, und einige Fragen konnten nicht beantwortet werden. Verschiedene Aspekte blieben offen, so etwa die Problematik, dass die Landwertschätzung durch eine Person gemacht wurde, die einer der beiden bietenden Genossenschaften nahesteht. Es konnte auch nicht schlüssig beantwortet werden, weshalb die Ausnutzungsziffer nicht erreicht wurde und weshalb bei einer autoarmen Siedlung 55 Parkplätze erstellt werden sollten. Verbindliche Vorgaben zu Gebäudestandard und Aussenraumgestaltung fehlen sodann im Baurechtsvertrag. Ein grosser Kritikpunkt war schliesslich, dass die Bewertung der unterschiedlichen Preisofferten nicht im B+A enthalten und für die GPK nicht nachvollziehbar war. Zudem enthielt auch die Ausschreibung keinerlei Angaben dazu, wie ein höherer Preis gewertet würde, also wie die genaue Punktevergabe erfolgt. Kritisch steht die GPK sodann der offenbar existierenden Preisabsprache innerhalb des G-Net gegenüber. Die Jury schliesslich bestand lediglich aus Personen aus der Stadtverwaltung und keinen externen Experten, z. B. Architekten oder Stadtplanern. Der GPK ist es wichtig zu betonen, dass sie grosses Interesse an einer raschen Umsetzung der Wohninitiative hat und dass die Genossenschaften dazu die richtigen und wichtigen Partner sind. Der Entscheid fiel nicht aus Misstrauen gegenüber der obsiegenden Genossenschaft oder dem G-Net, sondern es geht der Kommission darum, künftig einen möglichst sauberen und für alle Beteiligten klaren Prozess zu erarbeiten. Das Parlament muss dabei rechtzeitig einbezogen werden, so wie es beispielsweise beim Areal Industriestrasse geschah. Die GPK wies den Bericht und Antrag am Ende der Diskussion mit 6 : 2 Stimmen bei drei Enthaltungen zurück. Die Rückweisung ist mit dem Auftrag verbunden, die Landpreisschätzung zu überprüfen, die Ausschreibung unter Angabe der wesentlichen Beurteilungskriterien zu wiederholen, die eingegangenen Projekte unter Einbezug eines oder zweier externer Beraterinnen oder Berater zu beurteilen und sodann der GPK einen umfassenden Bericht und Antrag einschliesslich aller zur Beurteilung notwendigen Dokumente vorzulegen.

Simon Roth: Eine Bemerkung vorweg: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst es, dass das Areal an der Eichwaldstrasse an eine Baugenossenschaft abgegeben wird, und anerkennt die Qualität des Projekts der SBL, soweit die Fraktion sie überhaupt beurteilen kann.

Die SP/JUSO-Fraktion wird aber, wie bereits in der GPK, beantragen, den vorliegenden B+A zur Überarbeitung zurückzuweisen. Zwar wurden den Mitgliedern des Grossen Stadtrates in den letzten Tagen Akten im Umfang von zirka 250 Seiten zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte tatsächlich die eine oder andere Frage geklärt und Einblick in den Entscheidungsprozess gewährt werden. Trotzdem sind verschiedene grundlegende Punkte, welche zur Rückweisung in der GPK führten, noch nicht aus dem Weg geräumt. Der Sprechende verweist auf das, was die Präsidentin der GPK sagte, und will einige Punkte noch einmal unterstreichen:

1. Die neu zur Verfügung gestellten Akten unterstehen dem Kommissionsgeheimnis. Aus dem B+A selber ist nicht ersichtlich oder nachvollziehbar, weshalb die SBL den Zuschlag erhielt. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sind aber als Politikerinnen und Politiker darauf angewiesen, ihre Entscheide der Bevölkerung erklären zu können. Es braucht also auf jeden Fall einen neuen B+A, welcher die Entscheidungsfindung nachvollziehbarer darstellt.

2. In der Ausschreibung wurde bekannt gegeben, dass die Qualität und der Landpreis zu je 50 % in die Bewertung einfließen. Der Sprechende wird später noch darauf zurückkommen, was er grundsätzlich davon hält. Aber aus dem B+A wurde nicht ersichtlich, wie die unterschiedlichen Landpreisgebote in die Bewertung eingeflossen sind. Die den Mitgliedern des Grossen Stadtrates jetzt zur Verfügung gestellte Bewertungsskala würdigt unterschiedliche Preisangebote nur schwach.
3. In aller Regel sind in einem Beurteilungsgremium mindestens zwei externe Expertinnen oder Experten vertreten. Bei der Beurteilung der beiden Projekte kamen jedoch von den fünf stimmberechtigten Personen vier aus der Bau- und eine aus der Finanzdirektion. Von externer Seite gab es keine Vertretung.
4. Wenn mehrere Projekte eingereicht werden, sind sie nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion in einem anonymen Verfahren zu beurteilen. Ob das der Fall war, wird aus dem B+A nicht ersichtlich.

Aus diesen Gründen gelangte die SP/JUSO-Fraktion zur Auffassung, dass es am sinnvollsten ist, nicht nur den B+A zu ergänzen, sondern nochmals mehrere Schritte zurückzugehen, und zwar bis dahin, die Ausschreibung zu wiederholen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen Rückschritt auf Feld 1, weil ja sowohl bei der Stadt wie bei den beiden Baugenossenschaften die wesentlichen Arbeiten für den Prozess bereits geleistet wurden. Auf diese kann man nach wie vor zurückgreifen.

Es geht nicht nur um die Vergabe an der Eichwaldstrasse. Denn in Zukunft wird der Grosse Stadtrat immer wieder ähnliche Geschäfte haben und braucht eine verlässliche und transparente Vergabep Praxis. Eine solche wird der Grosse Stadtrat voraussichtlich im nächsten Frühling diskutieren können. Beim Areal an der Eichwaldstrasse ergab sich zudem seit Längerem zum ersten Mal die Situation, dass zwei Baugenossenschaften in Konkurrenz zueinander stehen. Da zeigt sich ebenfalls ein Zielkonflikt der momentanen Vergabep Praxis: Zum einen sollten die Baugenossenschaften bezahlbaren Wohnraum erstellen, zum andern will die Stadt einen möglichst hohen Baurechtszins für ihr Land bekommen. Um diesen Zielkonflikt aufzulösen, wünscht sich die SP/JUSO-Fraktion, dass die Höhe des Baurechtszinses zukünftig fix vorgegeben wird und somit die Konkurrenz bei der Vergabe von Baugrund an Genossenschaften bei der Qualität der eingereichten Projekte spielt. Insgesamt glaubt die Fraktion, dass eine Klärung der Vergabekriterien die Konkurrenz beleben wird, da eine solche Bewerbung für die Baugenossenschaften immer auch mit erheblichen Kosten verbunden ist. Diese Auffassung deckt sich im Übrigen auch mit der Haltung der Luzerner Wohnbaugenossenschaften, wie diese den Mitgliedern des Grossen Stadtrates letzte Woche in einem Schreiben mitgeteilt haben.

Die SP/JUSO-Fraktion wird den vorliegenden B+A zur Überarbeitung zurückweisen.

Mirjam Fries: Der Auftrag der Stadt ist klar: Sie muss als Folge der 2012 angenommenen Initiative „Für zahlbaren Wohnraum“ den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen am gesamtstädtischen Bestand auf 16 Prozent erhöhen oder anders gesagt rund 2'300 Wohnungen schaffen. Das macht sie in Zusammenarbeit mit den Wohnbaugenossenschaften, welche sich zu diesem Zweck im G-Net zusammengeschlossen haben.

Das Ziel ist anspruchsvoll. Das war von Anfang an klar. Das haben auch die ersten beiden Projekte in diesem Zusammenhang, die Industriestrasse und die obere Bernstrasse, gezeigt.

Beim Eichwaldareal handelt es sich um ein kleineres Projekt als die beiden bisherigen. Da könnte man eigentlich meinen, die Diskussion sei einfacher. Es zeigt sich aber, dass jedes Projekt wieder anders ist. Eine Spezialität bei dieser Ausschreibung war das denkmalgeschützte Salzmagazin, welches ein paar Interessenten von der Bewerbung abgehalten hat. Es blieben aber schliesslich doch zwei Wohnbaugenossenschaften, welche eine Bewerbung einreichten. Es entstand zum ersten Mal – und das ist auch eine Spezialität in diesem Projekt – eine Konkurrenzsituation. Das ist aus Sicht der CVP-Fraktion einer der Hauptgründe für die grossen Diskussionen zu diesem B+A. Seitens der Stadt wurde der Erklärungsbedarf einerseits gegenüber der unterlegenen Genossenschaft, andererseits aber auch gegenüber dem Parlament unterschätzt.

Der Stadtrat hat eine freiwillige Ausschreibung gemacht und sich aus Sicht der CVP-Fraktion für ein gutes Projekt entschieden. Zum grossen Befremden der Fraktion wollte die GPK das Geschäft grossmehrheitlich zur Überarbeitung zurückweisen. Hauptkritikpunkt war nicht das Siegerprojekt als solches, sondern es sind formelle Punkte. Die Anwesenden haben es vorhin gehört: Besonders bemängelt wurden die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Kriterien des Zuschlags an die SBL, die Beurteilung des Landpreises sowie die Tatsache, dass keine externe Person in der Fachjury Einsitz hatte.

Es mag durchaus sein, dass man im B+A mehr Informationen zum unterlegenen Projekt und den Vergabekriterien hätten machen können. Wie erwähnt war es jedoch das erste Mal, dass es letztlich mehr als einen Bewerber gab. Es scheint der CVP-Fraktion, dass die Mehrheit der GPK hier die negativen Punkte im Verfahren und in der Aktenaufgabe wirklich gesucht hat. Inzwischen wurde die Aktenaufgabe ja ergänzt, sodass Klarheit herrschen sollte. Bezüglich Transparenz ist zudem zu erwähnen, dass die Ausschreibungskriterien als solche seit Januar 2016 öffentlich waren. Beide Bewerber haben sie mit ihrer Teilnahme akzeptiert. Diese Feststellung scheint der Fraktion für die weitere Beurteilung des Berichts und Antrags und auch für die heutige Eintretensdebatte wichtig.

Der zweite Kritikpunkt, der Landpreis, war bis jetzt in allen Projekten einer der umstrittensten Punkte. Dass bei diesem Projekt der Bewerber mit dem tieferen Preis die Ausschreibung gewann, hat sicher noch einmal zu einem höheren Erklärungsbedarf geführt. Dass die Gewinnerin bereit ist, für eine grössere Nutzfläche den Baurechtszins linear zu erhöhen, wie es auch im B+A steht, macht das Verständnis für den Entscheid des Stadtrates grösser. Das Thema Landpreis als solches ist für die CVP-Fraktion im vorliegenden Fall mit der zweiten Schätzung geklärt. Es ist, und da ist die Sprechende mit der Mehrheit der GPK einverstanden, definitiv so: Die Festlegung des Landwerts muss für zukünftige Projekte dringend grundsätzlich geklärt werden.

Beim Kritikpunkt der fehlenden externen Person in der Jury ist es in diesem Fall wohl wirklich dumm gelaufen, weil ein externer Experte kurzfristig abgesagt hat. Andererseits traut es die CVP-Fraktion der Stadtverwaltung absolut zu, bei einem solchen Projekt den richtigen Entscheid zu treffen.

Die Erfahrungen mit den Projekten an der Industriestrasse, oberen Bernstrasse und jetzt auch Eichwaldstrasse haben gezeigt, dass es Punkte gibt, welche immer wieder zu Diskussionen führen, ganz besonders die Bestimmung des Landwerts. In diesem Sinn begrüsst die CVP-Fraktion es sehr, dass dazu Vorgaben gemacht werden sollen, und zwar im Rahmen der Motion „Erarbeitung eines Luzerner Modells für Baurechtsverträge“. Der Stadtrat will noch weitergehen und den Prozess für die Abgabe an Wohnbaugenossenschaften generell klären. Es ist

jetzt der richtige oder vielleicht auch der späteste Zeitpunkt dafür. Es kann nicht sein, dass der Grosse Stadtrat immer wieder die gleichen Grundsatzdiskussionen führen muss. Im Blick auf den Volkswillen macht es beim vorliegenden Projekt keinen Sinn, unnötig Zeit zu verlieren. Es liegt ein gutes Projekt vor, für welches sich der Stadtrat in seiner Kompetenz entschieden hat. Es ist im Interesse aller Beteiligten, wenn es nun vorwärtsgesht. Die Stadt soll und muss zudem ein verlässlicher Partner der Wohnbaugenossenschaften sein. Die Planung eines solchen Projekts ist ein grosser Kostenfaktor für die Genossenschaften. Das soll im vorliegenden Fall nicht umsonst gewesen sein. Die Rückweisung zur Neuausschreibung könnte auch als Vertragsbruch gesehen werden, sodass die Stadt allenfalls die getätigten Aufwendungen ersetzen müsste.

Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihn zur Detailberatung an die GPK zurückweisen.

Christian Hochstrasser: Grundsätzlich würde die G/JG-Fraktion heute sehr gern auf den B+A eintreten, der gewinnenden Genossenschaft den Baurechtsvertrag ermöglichen und dadurch helfen, möglichst rasch neue gemeinnützige Wohnungen zu schaffen, wie die Fraktion es immer schon gefordert hat und wie es auch Mirjam Fries vorhin erklärte. Deswegen ist es für die G/JG-Fraktion ein schwieriges Geschäft; sie hat es sich nicht leicht gemacht, und der Sprechende kann Mirjam Fries versichern, dass die Fraktion die negativen Punkte nicht suchte. Das Fazit nimmt der Sprechende vorweg: Die G/JG-Fraktion unterstützt weiterhin den Antrag der GPK auf Rückweisung.

Zuerst kurz zum Projekt: Die Machbarkeitsstudie der SBL betrachtet die G/JG-Fraktion als gut. Ihre Kritik hat nichts, aber auch gar nichts mit dem Projekt Eichwaldstrasse oder mit der SBL als Genossenschaft zu tun. Die SBL hat aus Sicht der Fraktion gute Arbeit geleistet. Sie muss jetzt allenfalls als Leidtragende eine Zeitverzögerung und eine Neuausschreibung in Kauf nehmen. Das ist ärgerlich.

Der Adressat der Kritik, die zum Rückweisungsantrag führt, ist der Stadtrat und mit ihm die federführende Baudirektion.

Das Problem ist folgendes: Der vorliegende B+A lässt fast mehr Fragen offen, als bei einem solchen Geschäft überhaupt möglich sind. Es fehlen wichtige Informationen, offenbar teilweise auch, weil sie gar nirgends erklärbar und gar nirgends vorhanden sind.

- Beispiel 1: Die Festlegung des Landwerts als Mindestpreis. Das Gutachten wurde von einer Unternehmung gemacht, wo man einen Interessenkonflikt zumindest nicht ausschliessen kann. Das ist aus Sicht der G/JG-Fraktion höchst unsensibel.
- Beispiel 2: Den Landwert zu 50 % als Vergabekriterium zu definieren. Der Sprechende gibt Mirjam Fries recht, dass das von Anfang an bekannt war, aber wenn man nicht weiss, wie dann mit unterschiedlichen Preisen umgegangen wird – das ist weder in der Ausschreibung ersichtlich, noch hat man es sich im Prozess vorher überhaupt einmal überlegt –, ist das eine absolut unmögliche Situation.
- Beispiel 3: Das externe Jurymitglied konnte nicht kommen, und das hat man dann einfach so belassen. Auch das war aus Sicht der G/JG-Fraktion höchst unsensibel.

Die Genossenschaften und die Politik brauchen klare, rechtsgleiche, transparente Richtlinien, wie man bei solchen Vergaben der öffentlichen Hand vorgeht. Es ist ein sensibles Geschäft, und darum braucht es da auch die nötige Sorgfalt. Diese war nach Ansicht der G/JG-Fraktion nicht vorhanden. So geht es einfach nicht.

Der Sprechende rekapituliert noch einmal den Rückweisungsantrag. Er wiederholt ungern, was die GPK-Präsidentin und sein Vorredner und seine Vorrednerin schon ausgeführt haben, aber in diesem Fall ist es wahrscheinlich nicht schlecht, wenn man die Punkte noch einmal klar hört, damit dann wirklich auch das zustande kommt, was man mit der Rückweisung erreichen will.

- Zum Landwert: Es soll eine bessere Ausnützung geprüft werden. Als Basis dient die geltende und rechtskräftige BZO mit der Überbauungsziffer von 0,35. Dazu kommt der Gestaltungsplanbonus, sodass man eine höhere Ausnützung herausholen kann. Unter diesen Vorgaben muss eine Neueinschätzung des Landwerts erfolgen.
- Es muss eine offene Neuausschreibung stattfinden, wobei die Vergabekriterien inklusive der Umgang mit unterschiedlichen Preisangeboten bekannt sind – Stichwort Skalierung: man weiss von Anfang an, wie mit den unterschiedlichen Preisen umgegangen wird.
- Der Entscheid der Jury zu den Angeboten muss unter Einbezug von externen Mitgliedern erfolgen. Zu beurteilen sind die Machbarkeitsstudie und auch der Preis.
- Als letzter Schritt sollen in einem informativen B+A alles nachvollziehbar erklärt und die Kritikpunkte des Rückweisungsantrags berücksichtigt werden. Der Sprechende betont, was auch Simon Roth sagte: Am Schluss muss die Öffentlichkeit nachvollziehbare Antworten haben, nicht eine Kommission. Und die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen das Geschäft auch entsprechend vertreten können.
- Zudem braucht es für die Zukunft eine Präzisierung und Klärung, wozu ja am 24. November in diesem Saal ein Grundlagenbericht angekündigt wurde. Der Sprechende legt aber Wert auf die Feststellung, dass man für das Projekt Eichwaldstrasse nicht zuerst auf den Grundlagenbericht warten und dann zwingend alle Bedingungen einhalten muss, die er umschreibt. Wenn der Stadtrat die Vorgaben des Rückweisungsantrags erfüllt, soll er das Geschäft so schnell wie möglich vorantreiben.

Wenn der Rückweisungsantrag im Grossen Stadtrat eine Mehrheit findet, hat das eine Verzögerung von mindestens einem Jahr zur Folge. Das ist ärgerlich. Besonders ärgerlich ist, dass das Parlament jetzt die Reissleine ziehen muss, dass also der B+A überhaupt in dieser Form so weit gekommen ist. Die Stadt ist es aber den Genossenschaften bei diesem Projekt, aber auch bei zukünftigen Projekten schuldig, dass die Verfahren sauber und korrekt ablaufen. Darum bleibt der G/JG-Fraktion leider nichts anderes übrig, als den GPK-Antrag auf Rückweisung zu unterstützen.

Laura Kopp hat manchmal das Gefühl, dass die Stadt Luzern ein Entwicklungsland ist. Manchmal erinnert die Stadt sie auch an ein Kleinkind, das gerade laufen lernt. Ein Kind rappelt sich irgendwie nach oben, hält sich fest, versucht, ein Bein vor das andere zu setzen. Aber wie alle wissen, landet es irgendwann mehr oder weniger sanft oder unsanft auf dem Allerwertesten. Genau das passiert dem Stadtrat im Zusammenhang mit den Landgeschäften immer wieder. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist der Fehler oder die Schuld nicht allein beim Stadtrat zu suchen. Die Abgabe von Land im Baurecht zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist nicht nur für die Exekutive, sondern auch für die Legislative in der Stadt Luzern ein eher neues Thema. In Sachen Verfahren und Kompetenzen haben der Stadtrat und der Grosse Stadtrat noch nicht gemeinsam den Rank gefunden. Darum soll jetzt am Projekt Eichwald ein Exempel statuiert und der vorliegende B+A zurückgewiesen werden. Das ist, wie wenn die grosse Schwester dem kleinen Bruder immer wieder ein Bein stellen würde. Aber lernt denn der

kleine Bruder dadurch wirklich schneller und besser laufen? Natürlich ist auch die GLP-Fraktion nicht einfach zufrieden mit dem vorliegenden B+A. Die Vorrednerinnen und Vorredner der Sprechenden haben die Kritikpunkte bereits im Detail aufgezählt. Auch die GLP-Fraktion bemängelt diese Punkte. Es fehlt an Transparenz und an Nachvollziehbarkeit. Zudem braucht es dringend eine Verbesserung des Verfahrens. Trotzdem möchte die GLP-Fraktion dem Rat beliebt machen, auf den vorliegenden B+A einzutreten. Von dem statuierten Exempel ist nicht nur der Stadtrat betroffen, sondern auch die beteiligten Baugenossenschaften. Für sie ist es effektiv ein Zurück auf Feld 1. Der Grosse Stadtrat hat heute die Möglichkeit, eine solche Situation zu verhindern, für eine bessere Planungssicherheit zu sorgen und dazu beizutragen, dass die Initiative für bezahlbaren Wohnraum zeitgerecht umgesetzt wird. Die Bitte der GLP-Fraktion, auf den B+A einzutreten, wird sehr wahrscheinlich kein Gehör finden. Wenn der Stadtrat jetzt von Grund auf über die Bücher muss, soll er aber auch noch andere Aspekte klären, so z. B. die Kompetenzen zwischen Stadtrat und Grosse Stadtrat. Aus Sicht der GLP-Fraktion kann es nicht sein, dass eine parlamentarische Kommission oder gar das Parlament irgendwie zur Jury mutiert. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und auch Judikative muss auch für Landgeschäfte gelten. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und würde ihn zur Detailberatung an die GPK zurückweisen.

Fabian Reinhard: Ein wettbewerbliches Verfahren hat zu Recht hohe Anforderungen bezüglich Transparenz, Fairness und Nachvollziehbarkeit zu erfüllen. Dabei spielt es keine Rolle, ob das wettbewerbliche Verfahren freiwillig ist oder nicht. Wenn es ein wettbewerbliches Verfahren ist, sind diese Anforderungen gegeben.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion am vorliegenden B+A einiges zu kritisieren. Das ist natürlich auch für die Baugenossenschaften bitter, die bei der Erarbeitung ihrer Unterlagen einen hohen Aufwand betrieben haben. Sie haben es ganz sicher verdient, dass eine kompetente, unvoreingenommene Jury ihre Eingaben beurteilt und dann einen korrekten und nachvollziehbaren Entscheid fällt.

Die Baudirektion hat es versäumt, der Kommission die nötigen Unterlagen zugänglich zu machen. Sie hat zwar versucht, das im Nachhinein noch nachzuholen, aber sie kam zu spät, und auch mit den zusätzlichen Informationen bleiben für die FDP-Fraktion Fragen offen, zu welchen weiterhin überzeugende Antworten fehlen.

Der Sprechende geht auf ein paar Punkte kurz ein:

Die Kommissionspräsidentin hat die offenen Fragen zur Schätzung des Landpreises erwähnt. Da bestand sogar ein personeller Interessenkonflikt, den die Baudirektion nicht erkannte und mit welchem sie nicht in einer professionellen Art und Weise umging. Für die FDP-Fraktion ist weiter die Bewertung der Preisangebote bzw. die Skalierung, wie es von Christian Hochstrasser gesagt wurde, nicht nachvollziehbar. In der Jury fehlten externe Personen, es war nur verwaltungsinternes Personal darin.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass eine zu tiefe Ausnützungsziffer unmittelbare Folgen hat: Der Landpreis sinkt massiv, dadurch steigen die Mieten. Es wird zusätzliches Land verbaut, und der Druck, dass man für den gemeinnützigen Wohnungsbau noch mehr Land braucht, erhöht sich. Das ist nicht im Sinn der FDP-Fraktion, denn es braucht ja auch Bauland für wertschöpfungsintensive Unternehmen, die Arbeitsplätze in der Stadt schaffen.

Aus diesen Gründen stellte die FDP-Fraktion in der GPK einen Rückweisungsantrag, der mit klaren Forderungen verbunden ist. Die Fraktion hat es sich mit der Rückweisung nicht leicht

gemacht. Sie möchte ja nicht, dass die Baugenossenschaften aufgrund der Rückweisung die Leidtragenden sind; sie möchte auch nicht, dass die Umsetzung eines Volksauftrags verzögert wird. Aber man muss es deutlich sagen: Die Baudirektion hatte dieses Geschäft nicht im Griff, darum ist ein so ungenügender B+A entstanden. Das bereitet der Fraktion umso mehr Sorgen, weil es ein nicht allzu komplexes Projekt war. Eigentlich geht es um zwei Mehrfamilienhäuser. Vor diesem Hintergrund kann die FDP-Fraktion dem vorliegenden B+A nicht zustimmen und sieht sich leider gezwungen, ihn zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Peter With: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich erfreut, dass es ein bisschen vorwärtsgeht mit den genossenschaftlichen Wohnungen und der Umsetzung der Initiative. Die Flächen in der Stadt sind, wie alle wissen, nicht beliebig verfügbar. Aber die Argumente gegen diesen B+A haben die Fraktion natürlich auch beschäftigt. Der Sprechende braucht sie nicht zu wiederholen, sie wurden von den Sprechern der FDP-Fraktion, der SP/JUSO-Fraktion und der G/JG-Fraktion aufgezählt. Der Bericht und Antrag ist nicht so, wie man ihn von einer Stadtverwaltung erwarten darf. In diesem Zusammenhang war die SVP-Fraktion überrascht von der doch sehr unkritischen Haltung der CVP-Fraktion und der GLP-Fraktion. Das kann der Sprechende nicht nachvollziehen. Vielleicht stecken da andere Gründe dahinter. Störend ist für die SVP-Fraktion im Hinblick auf die Umsetzung der Initiative auch, dass das Grundstück nicht maximal ausgenutzt wird. Das wird negative Auswirkungen auf die Mieten haben, also genau das Gegenteil von dem, was man erreichen will. Wer dafür städtebauliche Aspekte ins Feld führt, muss sich bewusst sein, dass man jede Wohnung, die man nicht auf diesem Grundstück bauen kann, irgendwo anders auf einer grünen Wiese bauen muss. Ob das städtebaulich von Vorteil ist, sei dahingestellt.

Eines ist jedoch klar: oberste Priorität für den Grossen Stadtrat hat nicht die Umsetzung dieser Initiative, sondern er hat gemäss Gemeindeordnung die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung und muss prüfen, ob die Berichte und Anträge, die er vorgelegt erhält, korrekt sind, ob er ihnen so zustimmen kann, und wenn nicht, muss er eben entsprechend reagieren. Den Mitgliedern des Grossen Stadtrates wurden sehr viele Dokumente nachgereicht, die leider vorher bei der Beratung in der Kommission nicht zur Verfügung standen. Allenfalls konnte man sich noch innerhalb der Fraktion oder per Mail auch mit anderen Fraktionen darüber austauschen, aber eine richtige Beratung dazu war nicht mehr möglich. Schon jetzt sind sehr viele Kosten entstanden, vor allem bei den Baugenossenschaften, und es ging viel Zeit ins Land. Bei einer Rückweisung mit dem Auftrag, neu auszuschreiben, ginge natürlich noch mehr Zeit verloren. Die SVP-Fraktion schliesst nicht aus, dass eine Neuausschreibung der richtige Weg wäre. Aber sie ist der Meinung, dass im Moment die Entscheidungsgrundlage zu einer Rückweisung mit dem Auftrag einer Neuausschreibung noch nicht vorhanden ist. Die SVP-Fraktion hat bereits in der Kommission den Antrag gestellt, die Beratung zu sistieren, um sie dann aufgrund der zusätzlichen Dokumente und Informationen, die jetzt vorliegen, wieder aufzunehmen. Das würde im schlimmsten Fall eine Verzögerung um zusätzlich einen oder zwei Monate bedeuten, wenn es dann trotzdem zu einer Rückweisung und Neuausschreibung käme, im besten Fall würde man dadurch aber über ein Jahr Zeit gewinnen. Die Sistierung würde bedeuten, dass man das Ganze noch einmal prüfen und vielleicht auch die Ansichten der Baugenossenschaften genauer ins Auge fassen könnte. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion den Antrag auf Sistierung und Neuberatung des Berichts und Antrags in der Geschäftsprüfungskommission.

Laurin Murer ist grundsätzlich gleicher Meinung wie die Mehrheit der G/JG-Fraktion, er ist über den B+A und den Vergabeprozess überhaupt nicht glücklich. Konkret stören ihn unter anderem folgende Punkte:

1. Die Überbauungsziffer wurde offenbar für die Landpreisschätzung anders angenommen, als es in der BZO festgelegt ist.
2. Die Projekte wurden lediglich von Leuten aus der Baudirektion und aus der Finanzdirektion bewertet. Der Sprechende hätte sich eine breitere Jury auch mit verwaltungsexternen Personen gewünscht.
3. Es war nicht von Anfang an klar, wie der Preis bewertet wird. Der Sprechende könnte sich verschiedene Modelle vorstellen, bei welchen am Schluss das Resultat des Wettbewerbs ganz anders herausgekommen wäre.
4. Aus dem B+A geht überhaupt nicht hervor, warum die SBL gewonnen hat. Die Öffentlichkeit kann das nicht nachvollziehen.

Das alles sind Versäumnisse des Stadtrates und der Stadtverwaltung, die Wettbewerbsteilnehmenden können da überhaupt nichts dafür. Deshalb fällt es dem Sprechenden schwer, den B+A zurückzuweisen, denn darunter würden primär die Gewinner leiden, die einen guten Job gemacht haben.

Bei all dem ist der Sprechende mit seiner Fraktion einig, allerdings wertet er diese Punkte ein bisschen anders:

- Die Kritik betreffend Landpreisschätzung und Überbauungsziffer bleibt. Allerdings ist dem Sprechenden ein hoher Preis in diesem Fall nicht sehr wichtig, weil es sich um eine Wohnbaugenossenschaft handelt. Ein hoher Grundstückspreis würde auch gleich auf höhere Mieten durchschlagen. Der Sprechende möchte jedoch in der Stadt mehr günstigen Wohnraum.
- Zum Bewertungsgremium und zum Modell der Preisbewertung: Der Sprechende denkt, dass es in der Stadtverwaltung jetzt einen Lernprozess gegeben hat; diese Fehler werden nicht mehr gemacht. Er kann sich nicht vorstellen, dass man es bei der Preisbewertung noch einmal falsch macht, denn entweder sagt man das nächste Mal im Voraus, wie diese Skala aussieht, oder man müsste den gleichen Preis nehmen wie jetzt. Daher glaubt der Sprechende nicht, dass es da noch einmal ein Problem gibt.
- Zur Transparenz der Bewertungsergebnisse: Leider ist die Bewertung noch immer nicht öffentlich. Das wäre aber sehr wichtig. Allerdings ist das für den Sprechenden kein Grund, um das ganze Projekt um ein Jahr zu verzögern.

Fazit: Der Prozess lief nicht gut. Der Sprechende glaubt aber, dass es in Zukunft, bei den nächsten Vergaben von solchen Baurechten besser laufen wird, ganz gleich, was der Grosse Stadtrat im vorliegenden Fall beschliesst. Und bei der Eichwaldstrasse wird es nicht besser, wenn man noch einmal ein Jahr wartet, wenn man noch einmal zurück auf Feld 1 geht. Darum ist für den Sprechenden die einzige logische Schlussfolgerung, dass die Stadt so weitermacht, wie es angedacht ist, und er wird auf den B+A eintreten.

Korintha Bärtsch erwidert Laura Kopp, dass die G/JG-Fraktion kein Bein stellen, sondern eher unter die Arme greifen will. Die G/JG-Fraktion war sehr kritisch bei der Vergabe der Bernstrasse, sie war kritisch bei den Bedingungen, als es um die Industriestrasse ging, aber sie hat immer irgendwie zugestimmt, natürlich auch, weil der gemeinnützige Wohnungsbau ein poli-

tisch sehr sensibler Bereich ist. Mittlerweile steht die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ja fast in allen Parteibüchlein. Das hat man im Wahlkampf auch bei Peter With gut gemerkt, und darum befindet sich auch die SVP im Boot. Genau deswegen hat die G/JG-Fraktion früher jeweils zugestimmt, aber leider immer nur halb zufrieden. Das hat die Fraktion auch veranlasst, zusammen mit anderen Fraktionen im April eine Motion einzureichen, in welcher die Landwertfestlegung thematisiert und gleichzeitig ein Luzerner Modell für einen Baurechtsvertrag gefordert wird. Zusammen mit der Motion, bei welcher der Stadtrat ja ein Jahr Zeit hat, sich eine Antwort zu überlegen, wurde auch eine Interpellation eingereicht, in welcher diese Forderungen ebenfalls zum Ausdruck kamen und über welche der Grosse Stadtrat im Herbst diskutierte. Auch dort musste die Fraktion aufgrund der Antworten festhalten, dass sie sich vom Stadtrat nicht ernst genommen fühlte. Die G/JG-Fraktion ist froh, dass dieser Rückweisungsantrag etwas ausgelöst hat. Er hat bereits etwas ausgelöst, nämlich dass die Baudirektion beim G-Net nachfragte und hoffentlich auch noch beim Parlament nachfragt, und dass sie die weiteren Richtlinien angehen und auf diesem Weg weitergehen möchte. Für die G/JG-Fraktion ist es jetzt effektiv nicht möglich, dem Prozess, in welchem es eine Konkurrenzsituation gab und mehrere Aspekte für die Fraktion kritikwürdig waren, trotzdem wie bei den anderen beiden Geschäften zuzustimmen. Die Sprechende will aber noch einmal betonen, dass der G/JG-Fraktion viel daran liegt, zusammen mit der Baudirektion und zusammen mit dem G-Net den Prozess so weit zu bringen, dass die Stadt nie mehr an einem solchen Ort steht wie heute oder auch bei den letzten beiden Baurechtsvergaben, bei welchen die G/JG-Fraktion Kritik anbringen musste. Sondern in Zukunft wird man hoffentlich so weit kommen, dass man dann nur noch über das Projekt spricht, das als das beste ausgewählt wurde, und sich an diesem freut, und auch darüber freut, dass gemeinnützige Wohnungen realisiert werden.

Roger Sonderegger: Peter With hat gesagt, vielleicht habe bei der CVP-Fraktion und bei der GLP-Fraktion noch etwas anderes mitgeschwungen als nur das Projekt. Um es gleich öffentlich zu deklarieren: Viele Baugenossenschaften haben einen parteipolitischen Hintergrund; die SBL hat einen CVP-Hintergrund, die EBG hat einen SP-Hintergrund. Vielleicht sind ja auch die Befürworter der Rückweisung nicht ganz unabhängig.

Der Sprechende möchte als Vertreter einer Baugenossenschaft, die von diesem Geschäft nicht direkt betroffen ist, etwas aus Sicht des G-Net sagen. Man muss einmal durchdenken, was die Rückweisung, der Abbruch des Projekts und die Neuausschreibung bedeuten. Dazu hat der Sprechende heute noch von keinem der Fraktionssprecher etwas gehört. Zwei Baugenossenschaften haben schon mitgemacht, sie stehen vor einem Scherbenhaufen, sie sind frustriert. Ihre Projekte sind öffentlich bekannt, was bedeutet, dass man kopieren kann, was sie gemacht haben. Wie sollte ihnen nach dem, was sie jetzt erlebt haben, noch daran gelegen sein, sich noch einmal einzugeben? Die anderen Baugenossenschaften, die zugeschaut haben, werden sich nicht eingeben. Der Sprechende kann sich nicht vorstellen, wie sich eine Baugenossenschaft motivieren sollte, da mitzumachen, nachdem ein Wettbewerbsverfahren mit Vorinvestitionen, mit viel Zeit, mit einer Jury und einem ganzen politischen Prozess durchlaufen wurde.

Die Probleme bei der Vergabe sind erkannt, es wurde vieles aufgezählt, was falsch lief, es wurde vieles benannt, was besser werden muss. Der Sprechende geht davon aus, dass die Botschaft bei der Baudirektion ankam. Wenn der Grosse Stadtrat den B+A jetzt zurückweist

und eine Neuausschreibung verlangt, straft er damit nicht die Baudirektion, wo gemäss den Aussagen von allen Fraktionssprechern der Fehler liegt, sondern er straft die Baugenossenschaften. Das darf nicht sein! Die Politik muss doch ein zuverlässiger Partner bleiben.

Fabian Reinhard: Es steht der Antrag von Peter With auf Sistierung beziehungsweise Verschiebung im Raum. Die FDP-Fraktion hält das nicht für zielführend, weil sie bei diesem Geschäft die Probleme im Fundament sieht. Wenn es im Fundament ein Problem gibt, kann man nicht oben bei den Dachziegeln etwas ändern gehen. Dieses Haus steht einfach nicht stabil. Ganz konkret: wenn man die Ausnützungsziffer ändert, entstehen natürlich auch ganz andere Projekte. Aus diesem Grund macht eine Sistierung keinen Sinn, sie wäre sogar falsch, weil sie noch zu weiteren Verzögerungen führen würde. Der Grosse Stadtrat muss jetzt konsequent sein und das Geschäft zur Überarbeitung zurückweisen.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher präzisiert: Gemäss der Nachfrage von Toni Göpfert bei der SVP-Fraktion unterstützt diese den Antrag des Stadtrates und stellt nicht etwa noch einen weiteren Gegenantrag dazu.

Christian Hochstrasser gibt Roger Sonderegger recht: Das Ganze ist ärgerlich, und das neue Verfahren wird schwierig. Es ist eine Herausforderung, aber die G/JG-Fraktion ist der Meinung, diese Herausforderung lasse sich bewältigen. Das Problem liegt ja darin, dass es gar nie so weit hätte kommen dürfen, dass der Grosse Stadtrat jetzt diesen Scherbenhaufen anrichten muss. Es kann ja nicht sein, dass der Grosse Stadtrat erneut einfach etwas schlucken muss, erneut die Augen zudrücken muss, nur weil sonst in der Neuausschreibung eine Herausforderung besteht. Die Gespräche, welche die G/JG-Fraktion in der letzten Woche führte, veranlassen sie, zuversichtlich zu sein, dass es wahrscheinlich zu einer guten Lösung kommt. Zu Mirjam Fries bemerkt der Sprechende, dass für den Baurechtsvertrag das Parlament zuständig ist. Der Baurechtsvertrag ist noch nicht unterschrieben. Es wäre ja schon recht abenteuerlich, auf Vertragsbruch bei einem Vertrag zu klagen, der noch gar nicht unterzeichnet ist.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion wurde von Peter With fast aufgefordert, etwas zu sagen. Der Sprechende gibt allen recht: Man hat verschiedene Sachen gesehen, die nicht gut liefen. Er gibt auch Korintha Bärtsch recht, dass das grundsätzlich nichts Neues ist. Die Mitglieder der GLP sind mehrheitlich Ingenieure; der Sprechende findet, was jetzt gesagt wurde, ist einfach blanke Theorie, von Theoretikern aufgestellt. Man muss sich das einmal vor Augen führen: Da wurde geplant, da hat man sich Gedanken gemacht; es gab zwei Parteien, die sich den Kuchen aufgeteilt haben; es fand ein Wettbewerb statt, es liegt ein super Projekt auf dem Tisch. Und jetzt sagt man den Leuten, die sich da engagierten, das Verfahren sei ein bisschen falsch gewesen, man habe da und dort etwas gefunden, was kritikwürdig sei. Der Sprechende gibt allen recht: Es ist nicht ganz lupenrein, und wenn man etwas finden will, findet man auch etwas. Aber wie sieht jetzt das weitere Vorgehen aus? Jetzt geht man zurück auf Stufe 1, man sagt diesen Baugenossenschaften, sie sollen noch einmal anfangen. Sie müssten dann noch einmal ihre Eingabe machen, hätten noch einmal Aufwand. Der Sprechende ist überzeugt, dass es am Schluss nur noch eine Baugenossenschaft geben wird, die irgendein Projekt einreicht. Sind die Mitglieder des Grossen Stadtrates dann zufriedener, glücklicher? Alle hät-

ten einfach mehr Aufwand, alle würden sich aufregen. Der Sprechende begreift die Welt nicht ganz, in welcher sich die anderen Mitglieder des Grossen Stadtrates bewegen.

Laura Grüter Bachmann nimmt Bezug auf die Voten von Roger Sonderegger und Laurin Murer. Roger Sonderegger hat gesagt, als Vertreter einer in diesem Wettbewerb nicht beteiligten Genossenschaft glaube er nicht, dass bei einer Neuausschreibung noch jemand mitmache, wenn ja nicht klar ist, wie es jetzt herauskommt. Die Sprechende denkt, dass es gerade deswegen wichtig ist, wirklich transparente, klare Verfahren zu ermöglichen. Wenn man jedes Mal nicht weiss, ob es wieder ein Debakel gibt, wird sich keine Genossenschaft mehr melden. Gerade darum braucht es Regelungen, braucht es Abmachungen, wie das Verfahren aussieht. Und diese Diskussionen laufen jetzt ja auch.

Laurin Murer hat gesagt, die Kritik sei gut und recht, aber man könne doch jetzt nicht die Baugenossenschaft strafen, er glaube, es werde besser. Da kann die Sprechende nur sagen: „Allein mir fehlt der Glaube.“

Baudirektorin Manuela Jost: Die Botschaft und die Kritik in diesen langen Voten sind sehr wohl beim Stadtrat und bei der Sprechenden persönlich angekommen. Die meisten Sprechenden und Sprecher sind nicht glücklich über das Geschäft, die Begründungen sind teils ähnlich, teils unterschiedlich. Die Sprechende wird auf die Kritik gleich eingehen, aber vorweg ist es dem Stadtrat wichtig festzuhalten, dass er dieses Verfahren nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt hat. Es herrschte nie eine irgendwie vorgefasste Meinung oder Voreingenommenheit, dass der Stadtrat etwa von vornherein das Gefühl gehabt hätte, die SBL oder die EBG müsse das Rennen machen. Der Stadtrat ist völlig unvoreingenommen an die Sache herangegangen. Er ist auch nach wie vor vom Projekt als solchem, von den Inhalten, die präsentiert wurden, sehr überzeugt.

Die Kritik, die jetzt geäussert wurde, bezieht sich auf drei Bereiche: ein erster Bereich ist die fehlende Systematik in der Entwicklung und der Abgabe der städtischen Areale für gemeinnützigen Wohnungsbau. Der zweite Kritikbereich bezieht sich auf das konkrete Projekt Eichwald: Da wurde gesagt, das Verfahren bei diesem Projekt sei nicht nachvollziehbar, insbesondere weil die Kriterien und ihre Gewichtung den Politikerinnen und Politikern zu wenig bekannt waren. Vor allem sei, um das nachvollziehen zu können, die Aktenaufgabe ungenügend gewesen und der B+A zu knapp. Der dritte Kritikbereich betrifft inhaltliche Fragen zum Siegerprojekt.

Zum ersten Bereich, der fehlenden Systematik: Es ist tatsächlich so, dass es diese Systematik bis jetzt nicht gab. Darum hat die Sprechende dem Stadtrat vorgeschlagen, dass in den nächsten Monaten ein Bericht verfasst werden soll, in welchem hauptsächlich drei Punkte aufgezeigt werden:

1. Wie sieht der Ablauf im Vorfeld einer Abgabe, in der Vorbereitung dazu aus, im Blick auf alle Entwicklungsfragen eines Areals.
2. Wie werden anschliessend die Areale abgegeben.
3. Es wird ein Mustervertrag ausgearbeitet, gemäss der Motion, die ein Luzerner Baurechtsmodell fordert.

Der Stadtrat hat mit dem StB 701 von Anfang Dezember diesen Bericht in Auftrag gegeben und wird ihn dem Grossen Stadtrat im Frühling 2017 vorlegen.

Es war für den Stadtrat wichtig, dass er jetzt mit drei ganz unterschiedlichen Abgaben an gemeinnützige Wohnbauträger Erfahrungen gemacht hat. Auch bei der oberen Bernstrasse gab es Ungereimtheiten, und die Stadt hat daraus lessons learned gezogen. Ein völlig anderer Fall war die Industriestrasse, z. B. wegen der Einmalzahlung. Und jetzt hat man die Erfahrungen mit dem Eichwaldareal. Der Stadtrat sieht, wie wichtig es ist, Transparenz auch im Voraus zu schaffen. Bereits am 5. Januar wird die GPK zusammen mit der Baukommission über die Ideen zu diesem Bericht informiert, vor allem über den Fahrplan und das Vorgehen, aber auch über die Eckwerte. Der Bericht wird wie gesagt hauptsächlich drei Kapitel haben: einerseits den Ablauf der Vorbereitungen im Vorfeld zur Abgabe, andererseits, wie die Ausschreibung und das Vergabeverfahren aussieht, und als Drittes das sogenannte Luzerner Baurechtsmodell. Der Stadtrat ist sehr darauf angewiesen, nach seiner Präsentation am 5. Januar das Feedback der Kommissionen zu erhalten. Er will bei der Erstellung dieses Berichts eng mit den Kommissionen und dem Parlament zusammenarbeiten, sodass der Grosse Stadtrat dann etwa im Frühling darüber befinden kann. Der Stadtrat hat also die Kritik aufgenommen und diesen Bericht aufgegleist. Es ist auch für die Partner der Stadt, die Wohnbaugenossenschaften, wichtig, dass sie in der Stadt einen verlässlichen Partner haben und sowohl auf den Stadtrat wie auch auf das Parlament zählen können.

Zum zweiten Kritikpunkt, der speziell das Projekt Eichwald betrifft: die mangelnde Transparenz beim Verfahren und beim Juryentscheid. Der Stadtrat betrachtet das Verfahren als korrekt. Der Juryentscheid war jedoch tatsächlich aufgrund der mangelnden oder eher dürftigen Aktenauflage schlecht nachvollziehbar. Das ist tatsächlich ein Fehler, für welchen die Sprechende die politische Verantwortung übernimmt. Das wird in Zukunft sicher nicht mehr passieren, sondern man wird die nötigen Dokumente von Anfang an zur Verfügung stellen. Weil diese Dokumente fehlten, war auch der B+A schwer nachvollziehbar.

Zum dritten Punkt, der inhaltlichen Kritik am SBL-Projekt: Der Stadtrat ist nach wie vor überzeugt, dass das Projekt der SBL für den Standort Eichwaldstrasse das qualitativ höchststehende Projekt ist; es ist im Vergleich zur EBG das bessere Projekt, sowohl nach Ansicht des Stadtrates wie auch nach Ansicht der Jury. Es ist ein Projekt mit einem innovativen Ansatz, nicht nur vom Inhalt, sondern auch vom Vorgehen her.

Fabian Reinhard hat gesagt, das Fundament sei falsch, und bezog sich dabei darauf, dass nicht die maximale Ausnützungsziffer zur Anwendung kommt. Der Stadtrat war immer schon, auch bei anderen Projekten, der Ansicht, dass die Entwickler und Bauherren nicht a priori den Anspruch auf die maximale Ausnützung gemäss BZO erheben können, sondern die Ausnützung steht immer in Abhängigkeit von Art. 1 der BZO, von der Qualität. Der Stadtrat legt sehr viel Wert darauf, gerade an einem so sensiblen Standort auch die Qualität zu berücksichtigen. Wie man in der Aktenauflage sehen kann, wurden verschiedene Variantenstudien gemacht, und zwar unter Erhalt des Salzmagazins. Die höhere Ausnützungsziffer der BZO von 0,35 basiert darauf, dass es das Salzmagazin nicht mehr gibt. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen: Dadurch, dass das Salzmagazin denkmalgeschützt ist, entsteht eine neue Situation; die Überbauungsziffer, also der Fussabdruck, wird entsprechend verkleinert. Der Stadtrat will Vertrauen in die Umsetzung der Wohnraumpolitik schaffen und dieses Vertrauen stärken. Dabei wird er vom Parlament unterstützt, wie es die Sprechende jetzt auch wieder gehört hat. Parlament und Stadtrat müssen das gemeinsam tun, es braucht beide. Gemeinsam müssen sie das Vertrauen, die Verlässlichkeit schaffen, Stadtrat und Grosser Stadtrat je auf ihre Art. Der Stadtrat und die Sprechende brauchen die Unterstützung des Grossen

Stadtrates, aber der Grosse Stadtrat braucht auch die Unterstützung des Stadtrates. Beide Gremien haben je ihre Zuständigkeiten, die man auseinanderhalten muss: Der Stadtrat ist für das Verfahren zuständig, aber die Vertragshoheit liegt selbstverständlich beim Grossen Stadtrat. Wenn der Stadtrat jetzt mit dem in Aussicht gestellten Bericht, den er in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament verabschieden will, die Situation klärt, geht die Sprechende davon aus, dass man in Zukunft bei solchen Projekten mit Wohnbaugenossenschaften schneller vorankommt. Der Bericht wird sich ja z. B. auch zur Frage äussern, wie man mit dem Landpreis umgeht, ob es einen fixen Landpreis gibt, ob man zwei Schätzungen macht und dann den Mittelwert nimmt usw. Der Stadtrat bedauert, dass jetzt am Eichwaldareal quasi ein Exempel statuiert wird. Es wurde aber auch erwähnt, dass er, wenn es jetzt zu einer Rückweisung und einer Neuausschreibung kommt, nicht unbedingt auf den Grundlagenbericht warten müsse, sondern beim Eichwaldareal die Arbeit sofort wieder aufnehmen könne. Die Sprechende zweifelt allerdings, ob dann nicht trotzdem plötzlich der Einwand käme, es wäre doch besser, wenn man den Bericht schon hätte, der ja die Basis für solche Ausschreibungen bilden soll. Eine Neuausschreibung bedingt jetzt ein zusätzliches Jahr. Man muss nicht ganz auf Feld 1 zurück, denn die Machbarkeitsstudien liegen ja vor und bilden eine gute Grundlage. Die Stadt hat auch die zwei Landwertschätzungen. Man muss also nicht ganz auf Feld 1 zurück, aber es braucht bei all den Fristen, welche bei einer öffentlichen Ausschreibung einzuhalten sind, etwa ein Jahr, bis man wieder ein Projekt hätte.

Zur Kritik, dass kein externer Experte in der Jury war: Es ist wirklich so, dass die Stadt diese kurzfristige Absage erhielt. Darüber war der Stadtrat natürlich nicht erfreut. Für die Zukunft nimmt man daraus die Lehre mit, dass immer auch ein externer Ersatzjuror beauftragt werden muss oder man von Anfang an zwei externe Personen anfragt, sodass man in jedem Fall mindestens jemanden hätte. Das wird in diesem Bericht auch ein Thema sein.

Die Sprechende wiederholt, dass sie die politische Verantwortung für die Fehler übernimmt, die bei der Ausarbeitung und der Aktenauflage passiert sind. Aber sie denkt, es wäre jetzt der falsche Weg, die SBL mit ihrem guten Siegerprojekt zu strafen, denn die SBL hat sich sehr eingesetzt. Die Sprechende versteht, dass die EBG über das Resultat enttäuscht ist, denn sie hätte gern auf diesem Areal gebaut. Es ist auch klar, dass es Ratsmitglieder gibt, die dort gern die EBG gehabt hätten, und es gibt Ratsmitglieder, die dort gern das Projekt der SBL sähen. Der Stadtrat würde es sehr bedauern, wenn man jetzt nicht die nächsten Schritte für das gute Projekt der SBL initiieren könnte. Er schliesst sich deshalb denjenigen Voten an, die den B+A an die GPK zurückweisen, damit er dort aufgrund der inzwischen vervollständigten Aktenauflage, die man selbstverständlich auch veröffentlichen kann, erneut diskutiert würde. Das betrachtet der Stadtrat als den richtigen Weg, vor allem auch, weil Parlament und Stadtrat den Wohnbaugenossenschaften gegenüber so ihre Verlässlichkeit wahren.

Korintha Bärtsch: Baudirektorin Manuela Jost hat gesagt, das Projekt der SBL sei das qualitativ bessere, deshalb habe diese Baugenossenschaft gewonnen. Das ist eben gerade der springende Punkt. In der Beurteilung ist die Bewertung so festgelegt, dass der Preis 50 % des Resultats ausmacht, und 50 % macht die Qualität des Projekts aus. Das Gesamt von 100 % entscheidet dann, wer den Zuschlag erhält und wer nicht. Das zeigt einfach, dass es schwierig ist, ein 50-zu-50-Modell zu machen. Deshalb müssen die Kriterien unbedingt vorher klar sein, und der Konkurrenzprozess muss sauber ausgearbeitet und dann das nächste Mal auch sauber durchgeführt werden.

Baudirektorin Manuela Jost gibt Korintha Bärtsch völlig recht: Der Stadtrat wird diese Bewertung 50 zu 50 auch prüfen, und das Parlament muss Ja dazu sagen können, ob es dann 50 zu 50 sind oder 70 zu 30, oder ob es nur um die Inhalte gehen soll und der Preis fix vorgegeben wird. Weil die Stadt bei den vorangegangenen Abgaben immer nur einen Anbieter hatte, wurde über den Preis einfach verhandelt. Jetzt war die Ausgangslage anders, und so hat man das zum ersten Mal so durchexerziert. Selbstverständlich wird der Stadtrat auch das zusammen mit dem Parlament jetzt neu definieren.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Es stehen sich zwei Anträge gegenüber: der Antrag des Stadtrates gemäss StB 701, den B+A an die GPK zurückzuweisen, damit dort die Detailberatung geführt wird, und der Antrag der GPK auf Rückweisung zur Überarbeitung des Berichts und Antrags.

Der Grosse Stadtrat folgt dem Antrag der GPK und weist den B+A 28/2016 „Entwicklungsreal Eichwaldstrasse“ zur Überarbeitung zurück.

7. Bericht und Antrag 25/2016 vom 19. Oktober 2016:

Attraktive Bahnhofstrasse Luzern

- **Bericht zum Stand des Projekts und Ausblick**
- **Projektierungskredit 2. Phase (Bauprojekt/Auflageprojekt Bahnhofstrasse und Theaterplatz)**

EINTRETEN

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 17. November 2016 den Bericht und Antrag 25/2016 „Attraktive Bahnhofstrasse Luzern“ beraten. Der bisherige Prozess mit dem Miteinbezug der Betroffenen, das durchgeführte Wettbewerbsverfahren mit erstaunlich vielen Teilnehmenden wie auch das daraus hervorgegangene Siegerprojekt wurden von der Kommission als sehr positiv beurteilt.

Ein Antrag, aufgrund der unklaren Zukunft des Luzerner Theaters auf den Bericht und Antrag nicht einzutreten, wurde grossmehrheitlich abgelehnt. Die Neugestaltung der Bahnhofstrasse wird dadurch nicht tangiert. Die Weiterentwicklung des Luzerner Theaters ist jedoch möglichst gut in die Planung des Theaterplatzes miteinzubeziehen und doppelte Planungen sollen minimiert werden.

Bedauert wurde von mehreren Fraktionen, dass es keinen Reusszugang geben wird. Die Etappierung des Projekts stiess auf Verständnis, wenn auch ein konkreter Zeitplan für die zweite Etappe gewünscht wird. Der Kommission wurde durch die Verwaltung aufgezeigt, dass die Gestaltung der gesamten Bahnhofstrasse bereits in der ersten Etappe durchgezogen wird und es in der zweiten Etappe vorwiegend noch um die Einführung des neuen Verkehrsregimes geht. Ein grosses Anliegen sind der Kommission attraktive und praktische Sitzgelegenheiten, die zu schaffen sind. Weitere Diskussionsthemen waren die Anzahl der aufzuhebenden Parkplätze sowie Fragen zur Verkehrsführung und Veloparkierung.

Die Baukommission bewilligte den Kredit von 480'000 Franken für die Fortsetzung der Planungsarbeiten bei der Umsetzung der Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ mit 8 : 1 : 0 Stimmen und stimmte der Abschreibung des Postulats 82 einstimmig zu.

Marcel Lingg: 57 Teams haben sich beim Wettbewerb eingegeben, eines konnte gewinnen, 56 haben verloren, es lief alles ohne Nebengeräusche ab. Aus der kürzeren Vergangenheit ist dem Sprechenden ein anderer B+A im Sinn, bei welchem es, obwohl es nur zwei Bewerber gab, nicht so ruhig zu- und herging. Für die SVP-Fraktion ist die Ausgangslage formell klar: Es liegt ein Volksentscheid vor, mit welchem eine autoverminderte Bahnhofstrasse beschlossen wurde. Die SVP achtet die Demokratie, sie geht nicht auf Opposition gegen diesen Volksentscheid. Trotzdem beantragt die Fraktion heute Nichteintreten im Sinn einer Verschiebung, dass man nämlich zuwartet, nicht weil die Fraktion das Projekt grundsätzlich behindern will, sondern weil für sie das Konfliktpotenzial mit der heute noch völlig ungewissen Zukunft des Luzerner Theatergebäudes einfach zu gross ist. Auch wenn der Sprechende persönlich nicht daran glaubt, dass in absehbarer Zukunft je einmal etwas am Theatergebäude gemacht wird, besteht theoretisch doch das Risiko, dass ein Neubau oder eine Sanierung des Theatergebäudes die Aufwertung der Bahnhofstrasse massgeblich beeinträchtigt. Es geht im Moment um den Projektierungskredit. Man kann den Antrag auf Verschiebung theoretisch auch noch einmal in einem oder zwei Jahren stellen, wenn es um den Ausführungskredit geht. Das wird dann vermutlich auch wieder der Fall sein, aber die SVP-Fraktion möchte heute schon den Daumen drauf legen und jetzt mit der Rückweisung auf Verschiebung einfach fordern, dass man zuerst die Aufgabe wahrnimmt, die Zukunft des Luzerner Theatergebäudes abzuklären. Wenn dann wirklich entschieden ist, ob sich dort etwas ändert oder nicht, kann man die Bahnhofstrasse noch einmal angehen. Dem Sprechenden wird anschliessend vermutlich erwidert, die Sanierung des Theatergebäudes oder ein Neubau habe keinen Zusammenhang mit der Bahnhofstrasse, diese könne problemlos vorgezogen werden, es werde keine Friktionen geben. Die SVP-Fraktion glaubt das einfach nicht. Erstens stand in der Ausschreibung der Bahnhofstrasse ganz klar, der Theaterplatz gehöre zum Perimeter des Projekts Bahnhofstrasse. Das ist schwarz auf weiss so festgehalten. Abgesehen davon würde ein Neubau des Theaters, aber auch eine Sanierung bei einem Theater von dieser Dimension mit Sicherheit nicht nur ein bisschen mehr Raum auf dem Vorplatz des Theatergebäudes in Anspruch nehmen. Es wären grössere Bauinstallationen mit Kränen nötig, die Bagger müssten hinfahren können. Man muss sich einfach vorstellen, dass in zwei, drei Jahren da drüben das Eröffnungsfest für die neue Bahnhofstrasse stattfindet, und in fünf Jahren werden die schweren Baumaschinen auffahren, um das Theatergebäude abzureissen und neu zu bauen. Der Sprechende glaubt wie gesagt nicht an eine baldige Sanierung des Theaters, aber er stellt sich einfach vor, dass man sich dann in fünf oder sechs Jahren hier im Ratssaal an den Kopf greift und sich fragt, weshalb man mit der Bahnhofstrasse nicht zugewartet hat. In diesem Sinn, nicht weil die SVP-Fraktion die Demokratie aushebeln will, sondern weil sie eine Doppelspurigkeit verhindern will, fordert sie die Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, den B+A um ein oder zwei Jahre zu verschieben. Vielleicht entsteht dadurch auch ein bisschen Druck, möglichst bald einen Entscheid herbeizuführen, wie es mit dem Luzerner Theater weitergeht, sodass man anschliessend dann die Planung der Bahnhofstrasse weiterführen kann.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für den sehr guten Bericht und Antrag. Besonders bemerkenswert ist, mit wie viel Sorgfalt und Umsicht die Stadt die vielfältigen Interessen der Beteiligten und Betroffenen abgeholt und das Verkehrs- und Entwicklungskonzept für die Stadträume Bahnhofstrasse und Theaterplatz erarbeitet hat. Damit wurde eine sehr gute Grundlage für den anschliessenden und inzwischen abgeschlossenen Projektwettbewerb geschaffen. Es freut die Fraktion, dass sich 57 Teams aus Landschaftsarchitektur, Architektur und Verkehrsplanung an die sehr schwierige Ausgangslage gewagt haben. Das Siegerprojekt überzeugt und zeigt einmal mehr den Wert, den Wettbewerbe für die Öffentlichkeit haben. Besonders positiv sind aus Sicht der Fraktion der angemessene Umgang mit dem Theaterplatz, der für die zukünftige Entwicklung eben kein Präjudiz schafft, und die mögliche bauliche Umsetzung des gesamten Projekts in einer einzigen Bauetappe. Allen anderen Teilnehmenden gebührt aber ebenfalls ein ganz grosser Dank für ihr Engagement in diesem Wettbewerb um die besten Ideen.

Es ist vorgesehen, dass der Grosse Stadtrat im 2. oder 3. Quartal 2018 über den Baukredit für die Neugestaltung der Bahnhofstrasse entscheiden kann. Aus heutiger Sicht ist es sehr wahrscheinlich, dass bis zu diesem Zeitpunkt kein konkretes Projekt für ein neues Luzerner Theater besteht. Deshalb ist es nach Ansicht der FDP-Fraktion evident, dass die Planung jetzt, unter Berücksichtigung der aktuell vorhandenen baulichen Randbedingungen, weitergeführt wird. Das vorliegende Wettbewerbsprojekt schafft im Bereich Theaterplatz keine später unverrückbaren Tatsachen und berücksichtigt somit, dass es in diesem Raum in Zukunft Veränderungen geben wird. Trotzdem kann eine schöne Gestaltung von allem Anfang an realisiert werden. Die FDP-Fraktion erwartet, dass das auch für die weitere Planung so beibehalten wird und man den Theaterplatz so gestaltet, dass die zukünftige Nutzung und Gestaltung nicht mit einem unverhältnismässigen Verlust von getätigten Investitionen verbunden wäre.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Kredit über 480'000 Franken zustimmen. Sie ist auch einverstanden mit der Abschreibung des Postulats 82.

Mario Stübi: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den vorliegenden B+A. Es hat sich gezeigt, dass sich das partizipative Verfahren, das in der Initiative gefordert wurde, ausbezahlt hat. Dadurch wurde der gesamte Prozess zwar verlangsamt; die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion werden oft gefragt, wann die autofreie Bahnhofstrasse endlich kommt. Das partizipative Verfahren war aber gut, um das Projekt nachhaltig aufzugleisen, denn die Leute, die dort rundherum einbezogen wurden, Anwohnende, Gewerbetreibende usw., haben jetzt etwas, mit dem sie sich identifizieren können, eine Lösung, hinter welcher sie bei der weiteren Umsetzung stehen können. Das ist Gold wert für diesen Ort, der offenbar doch sehr beliebt ist, wie man an den 57 eingereichten Projekten merken konnte. Die SP/JUSO-Fraktion dankt der Verwaltung für das gute Verfahren.

Ein Fragezeichen setzte die Fraktion tatsächlich zur Umsetzung beim Theater. Wie jedoch der Vorredner des Sprechenden schon sagte, wird die Entwicklung dort einbezogen. Die Fraktion bemängelt aber auch, dass es noch kein Ende gibt; die Umsetzung der zweiten Etappe ist im B+A nur insofern erwähnt, dass es sie noch nicht gibt, dass sie noch nicht geplant ist. Darum freut es die Fraktion, dass der Stadtrat damit einverstanden ist, ein solches Ziel im Ausführungskredit zu berücksichtigen. Es geht der Fraktion nicht in erster Linie darum, Vollgas zu geben, sondern dass man den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einfach einen Zeitpunkt angeben kann, wann die Initiative ganz umgesetzt ist.

Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst den Hinweis auf einen Versuch mit dem Verkehrsregime, wie es nachher laufen könnte, noch bevor die eigentliche Umgestaltung erfolgen wird. Dazu braucht es wahrscheinlich noch ein paar Abklärungen in Bezug auf Sonderregelung, Sonder-signalisierung, aber grundsätzlich schätzt die Fraktion es, dass bereits vor den baulichen Massnahmen ein Regime einmal getestet werden kann.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten, den Kredit bewilligen und das Postulat 82 abschreiben. Sie unterstützt die von der Baukommission überwiesenen Protokollbemerkungen.

Korintha Bärtsch: Die Initiative zur Bahnhofstrasse verlangte, dass die Bahnhofstrasse möglichst autofrei sein und das Projekt, respektive die Neugestaltung des Geländes partizipativ unter Einbezug der Anwohner oder sonstiger Schlüsselpersonen erarbeitet und umgesetzt werden soll. Für die G/JG-Fraktion gibt es drei Punkte, welche die Sprechende erwähnen möchte:

- Den Prozess, der die Mitwirkung ermöglichte, erachtet die Fraktion als sehr gut gelungen. Es ist eine grosse Akzeptanz für das Verkehrsregime vorhanden, das man umsetzen möchte, die Anwohner sind damit zufrieden, und vor allem auch die Betriebe können damit so gut weiterarbeiten wie bis jetzt. Das zeigt auch, dass das „möglichst autofrei“ in der Initiative eine gute Formulierung war.
- Zur Verkehrsanalyse: Es ist sehr spannend, wie viel Durchgangsverkehr es jetzt auf der Bahnhofstrasse hat. Wenn man diesen Durchgangsverkehr in Zukunft sperrt und nur noch die Zufahrten zulässt, wie es vorgesehen ist, fällt schon sehr viel Verkehr weg. Die Bahnhofstrasse wird zwar nicht autofrei, aber die zukünftige Situation wird sicher merklich besser sein, sodass man eigentlich fast von autofrei sprechen könnte.
- Zum Nutzungskonzept: Es ist sehr spannend, wie viel Platz dadurch gewonnen wird, dass der Strassencharakter ein bisschen aufgehoben werden kann. Jetzt hat man den Eindruck, es sei einfach eine Schleuse, bei welcher man nicht viel machen könne, aber es gibt effektiv sehr viel Platz, auf welchem man eine gute Aufenthaltsqualität gestalten kann, es gibt mehr Platz für den Markt oder einfach zum Verweilen. Die Buvette, die angedacht ist, findet die G/JG-Fraktion toll. Für die Fraktion ist es aber sehr wichtig, dass auch Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen werden, bei welchen kein Konsumzwang herrscht, Sitzgelegenheiten, wo man einfach verweilen und selber etwas zu essen oder zu trinken mitbringen kann.

Die G/JG-Fraktion wird auf den B+A eintreten und ihm zustimmen.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion ist dem B+A Bahnhofstrasse gegenüber positiv eingestellt. Sie ist erfreut, dass ein Luzerner Büro im Wettbewerb den ersten Rang erreichte. Die GLP ist ja dafür bekannt, dass sie Volksentscheide lieber schneller als verzögert umsetzen will. Das ist auch hier der Fall. Vom Volksentscheid 2013 bis zur Realisierung 2020 ist es aber doch eine wahnsinnig lange Zeit, heutzutage, wo eigentlich alles schneller geht. Der GLP-Fraktion fehlt in diesem Konstrukt die Etappe 0, das heisst die Etappe, wie es heute ist. Schon heute ist die Bahnhofstrasse für die Autos nicht immer durchgehend offen, nämlich dann nicht, wenn Markt ist, oder an der Fasnacht, beim Stadtlauf usw. Der Verkehr in der Stadt bricht ja dann auch nicht zusammen. Die Wege aus den Parkhäusern sind bekannt, keine Kreuzung muss an diesen Tagen umgebaut sein, es funktioniert trotzdem. Es ist schon erstaunlich, dass verkehrs-

planerisch alles bis ins Letzte bewiesen werden muss. Aus Sicht der GLP-Fraktion könnte die Etappe 0, die Etappe von heute, schon viel früher mit einfachen Mitteln für alle Tage eingeführt werden. Der im B+A skizzierte Umgestaltungsprozess könnte ja trotzdem parallel dazu laufen.

Ein weiteres Thema, das der GLP-Fraktion wichtig ist, ist das Thema Velo. Man muss aufpassen, dass man bei diesem ganzen Projekt die Velos nicht vergisst. In der Visualisierung auf der Titelseite des Wettbewerbsberichts ist kein einziges Velo abgebildet, weder fahrend noch parkierend. Für die GLP-Fraktion gehören Velos einfach ins Bild einer Velostadt. Das Parkieren der Velos muss auch oberirdisch möglich sein, am besten dezentral verteilt an verschiedenen Orten.

Als Letztes noch eine Bemerkung zur SVP-Fraktion, die Nichteintreten beantragt. Der Sprechende erinnert sie an einen ihrer Wahlslogans, der lautete: „Vorwärts statt Stillstand!“ Es ist unglaublich: kaum ist man wieder im Alltag des Parlaments, wird wieder bekämpft und zu blockieren versucht. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion unglaubwürdig. Der Sprechende erinnert die Mitglieder der SVP-Fraktion daran, dass es heute um den Planungskredit geht, es ist noch nicht der Baukredit. Wenn es dann wirklich so weit ist, dass man baut, kann man immer noch auf den Perimeter, in welchem das Stadttheater neu gestaltet wird, Rücksicht nehmen, wenn das zeitnah in Aussicht steht.

Die GLP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem B+A zustimmen.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion hat Freude an diesem guten Projekt. Sie hat Freude am Siegerprojekt, sie freut sich auf die Realisierung. Sie hat auch Freude am Prozess, der genau so ablief, wie die Fraktion sich das vorgestellt hat. Und sie hat Freude am Bericht, der dem Parlament eine gute Grundlage bietet und zusammen mit den Unterlagen, die den Mitgliedern des Grossen Stadtrates auf dem Extranet zugänglich sind, umfassende Informationen zur Verfügung stellt.

Die Bahnhofstrasse ist schon heute ein wichtiger Raum. Die Gestaltung ist noch völlig ungenügend, da ist der Sprechende nicht ganz einig mit András Özvegyi und Mario Stübi. Er glaubt nicht, dass man den heutigen Raum einfach für ein anderes Verkehrsregime umgestalten kann. Das verursacht genau die Probleme, die man heute aufgrund der ungenügenden Gestaltung sieht. Darum gibt es diese Konflikte in der Zone 20, und darum braucht es eine Aufwertung. Dann wird der richtige Moment sein, um das neue Verkehrsregime einzuführen. Wenn der Sprechende heute an die Bahnhofstrasse von morgen denkt, ist sie ruhiger, sicherer, charmanter, sie lädt zum Aufenthalt ein. Das ist genau der Weg, den die CVP-Fraktion in der Innenstadt gehen will. Darum hat sie auch die Planungen im Grendel-Löwengraben, im Hirschmattquartier und in der Kleinstadt unterstützt. Das sind Projekte, die eine Investition in die Zukunft darstellen, die sich für alle Bürgerinnen und Bürger lohnen, die sich auch für die Gäste der Stadt Luzern lohnen, sodass sie sich länger in der Stadt aufhalten. Das lohnt sich dann auch wieder für das Gewerbe, denn ein längerer Aufenthalt bedeutet eine steigende Portemonnaiedichte, und eine steigende Portemonnaiedichte heisst mehr Wertschöpfung: wenn die Leute länger bleiben, lassen sie mehr Geld in der Stadt. Es braucht einen attraktiven Begegnungsraum in der Innenstadt. Das ist das, was die Stadt einzigartig macht und was sie dem Onlineshopping und der Mall of Switzerland entgegenhalten kann.

Das Siegerprojekt überzeugt die CVP-Fraktion, weil es einfach und trotzdem sehr passend ist. Leider kann der Zugang zum Wasser nicht ermöglicht werden, das bedauert die CVP-Fraktion,

aber sie versteht die Argumentation, dass die Leitungen im Untergrund ein grosses Hindernis darstellen. Wer den Zugang zum Wasser sucht, findet ihn unten bei der Jesuitenkirche oder auf der anderen Seite des Flusses. „Wenn immer möglich autofrei“, das war tatsächlich eine clevere Formulierung, auf welche Korintha Bärtsch vorhin hingewiesen hat. Für die CVP-Fraktion war immer klar, dass die Bahnhofstrasse kaum zu 100 % autofrei werden kann. Aber das, was jetzt noch an Verkehr bleibt, stört nicht. Wenn man heute in der Altstadt ist, ist sie auch nicht zu 100 % verkehrsfrei, auch da sind ein paar wenige Autos unterwegs. Wenn der Durchgangsverkehr auf der Bahnhofstrasse nicht mehr vorhanden ist, ist das Problem zum grössten Teil gelöst. Mit ein bisschen Toleranz funktioniert es dann mit den wenigen Autos, die noch unterwegs sind.

Der Prozess ist so verlaufen, wie es die Initiative verlangte. Die Betroffenen wurden einbezogen, sie wurden sogar in die Jury aufgenommen. Das ist ziemlich bemerkenswert. Nach Ansicht des Sprechenden wurden die Stimmen, die man für eine gute Planung hören musste, auch gehört. Der Dialog war am Anfang schwierig, es gab in den Workshops, die veranstaltet wurden, sehr kritische Stimmen, das Thema war umstritten. Der Stadtrat war offen für die Inputs, die kamen, auch für die kritischen, er ist mit dem Thema gut umgegangen. Das wünscht sich die CVP-Fraktion auch beim Parkhaus Musegg, sie wünscht es sich sehnlichst bei der Spange Nord, wo der Kanton partizipationsfrei plant.

Die CVP-Fraktion hat auch noch zwei Wünsche zuhanden dieses Projekts. Einerseits soll sich der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Stärkung der Boulevardgastronomie einsetzen. Damit meint der Sprechende nicht die Buvette, sondern die traditionelle Gastronomie. Diese ist zurzeit noch, wie auch der Stadtrat weiss, schwach aufgestellt. Der zweite Wunsch ist der gleiche wie jener von András Özvegyi, dass nämlich das Velo ins Bild kommt. Die Veloabstellplätze können oberirdisch sein, sie können aber auch unterirdisch sein. Im letzteren Fall müsste es auf der Bahnhofstrasse nicht mehr 400 Veloabstellplätze geben. Eine unterirdische Velostation bleibt für die CVP-Fraktion im Moment ein grosser Wunsch zu diesem Projekt.

Noch eine Bemerkung zum Theater: Wenn die Stadt wirklich auf das Theater warten wollte, würde sie das Projekt Bahnhofstrasse nicht realisieren. Dann wäre aber der Volkswille nicht umgesetzt. Wenn die Stadt auf das Theater warten wollte, müsste sie noch sehr lange warten. Man hat ja jetzt gesehen, wie lange es dauert, bis man ein Mehrfamilienhaus an der oberen Bernstrasse oder am Pilatusplatz bauen kann. Darum ist es nicht möglich, mit der Realisierung der Bahnhofstrasse zu warten. Das Siegerprojekt verunmöglicht aber eine Weiterentwicklung des Theaters nicht. Darum kann die Stadt mit der Umsetzung beginnen.

Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, sie stimmt dem Kredit für die zweite Planungsphase zu und ist auch einverstanden, das Postulat 82 abzuschreiben.

UVS-Direktor Adrian Borgula dankt für die weitgehend sehr positive Aufnahme des Berichts und Antrags, für die verbalen Blumen, die der Stadtrat erhalten hat. Er will das Lob an die an diesem Projekt Beteiligten weiterleiten, namentlich an die Projektleiter Dominik Frei und Dario Buddeke. Es ist ein sehr spannendes Projekt. Der Stadtrat hat die Annahme der Initiative von Anfang an unterstützt. Sie ist im Rahmen der Attraktivierung der Innenstadt zu sehen, die jetzt ja auch mit dem Forum Attraktive Innenstadt noch einmal betont und gefördert werden soll. Die Stadt arbeitet schon lange an dieser Attraktivierung, z. B. mit den Projekten

Mühlenplatz, Hirschmatt, Kleinstadt, Löwengraben-Grendel, die zum Teil schon umgesetzt, zum Teil noch in Arbeit sind. Mit solchen Projekten versucht die Stadt, Aufenthaltsqualität zu schaffen, zu erhalten und zu verbessern, und zwar für Einheimische und Gäste. Das ist, wie es der Sprecher der CVP-Fraktion sagte, auch ein wesentliches Förderelement des Markt- und Geschäftsplatzes Stadt Luzern. Für die Stadt war der Prozess mit der Partizipation und Mitwirkung der Betroffenen sehr wichtig, und er scheint gelungen zu sein. Die erste Veranstaltung war tatsächlich relativ ruppig, um es einmal so auszudrücken; man kam sich auf Seiten der Stadt nicht als Sieger einer Volksabstimmung vor. Mit der Zeit hat sich jedoch eine konstruktive, gute Diskussion ergeben. Aber ein solcher Prozess braucht eben eine gewisse Zeit. Dem Stadtrat war die Sorgfalt in diesem Prozess sehr wichtig, auch das braucht eine gewisse Zeit.

Die Bahnhofstrasse mit ihrer zentralen und schönen Lage dem Fluss entlang bietet ein hervorragendes Potenzial für die Aufwertung. Im Bereich der Bahnhofstrasse bis zur Reussbrücke überqueren zwischen 80'000 und 110'000 Personen pro Tag die Reuss. Sehr viele Menschen sind da zu Fuss unterwegs. Und wenn sie zu Fuss unterwegs sind, wollen sie vielleicht auch einmal ein bisschen ausruhen. Das Projekt ermöglicht es, auf diesem Abschnitt zu flanieren, zu verweilen und auszuruhen.

Der Stadtrat ist vom ausgewählten Projekt überzeugt, erst recht der Sprechende als Mitglied der Jury. Es ist erstaunlich, dass 57 Projekte eingegangen sind. Auch wenn sich einige davon natürlich relativ ähnlich waren, zeigten sie insgesamt eine grosse, tolle Vielfalt.

Der Stadtrat ist bereit, die drei Protokollbemerkungen aus der Baukommission zu übernehmen. Bezüglich der Buvette weist der Sprechende jedoch darauf hin, dass die Stadt natürlich nach den wettbewerbsrechtlichen Vorschriften vorgehen wird. Es wird ein korrektes und offenes Vergabeverfahren geben. Aber man wird versuchen, das Anliegen einer nicht gewinnorientierten oder möglichst wenig gewinnorientierten regionalen Organisation in die Kriterienarbeit für die Ausschreibung einzubeziehen.

Die zeitliche Umsetzung der zweiten Etappe wird im B+A zum Baukredit dargelegt, so gut das möglich ist.

Beim Antrag der SVP-Fraktion ist der Sprechende nicht sicher, ob es um Nichteintreten, Rückweisung oder Sistierung geht. Das muss dann noch geklärt werden. Begründet wird der Antrag mit dem Luzerner Theater. Der Sprechende ist überzeugt, dass das vorgesehene Projekt Bahnhofstrasse gute Voraussetzungen für eine mögliche Änderung am Theaterplatz und am Theatergebäude bietet. Mit einer Änderung beim Theater wird man kurzfristig kaum rechnen können. Aber bei der Wettbewerbsausschreibung für die Bahnhofstrasse wurde klar festgelegt, dass sie durchgehend gestaltet sein, jedoch beim Theaterplatz Offenheit für eine zukünftige Gestaltung bieten soll. Man verbaut sich also beim Theaterplatz nichts, sodass man es eventuell innert Kürze wieder abräumen müsste. Der Stadtrat sieht keinen Konflikt zwischen einer zukünftigen Veränderung des Theatergebäudes und der Gestaltung der Bahnhofstrasse. Ein Zuwarten ist unnötig. Der Stadtrat will jetzt weiterarbeiten. Verschiedene Fraktionssprecher haben es gesagt: Der Prozess dauert schon relativ lange. Der Sprechende glaubt auch nicht, dass die Stadt, wenn sie wegen dem Theater mit der Bahnhofstrasse zuwartet, irgendwelchen Druck auf den Kanton oder auf die kulturpolitische Diskussion ausüben könnte.

Die lange Dauer solcher Projekte ist ein Dauerthema in den Diskussionen des Sprechenden mit seinen Projektverantwortlichen. Sie ist natürlich auch der Preis der Partizipation und der

Preis für das zweistufige Vorgehen – Wettbewerbskredit und jetzt Projektierungskredit –, welches das Parlament verlangte.

Die Aussage, das Velo werde vergessen, ist sicher nicht zutreffend. Die Veloparkierung wird möglich sein, und die Bahnhofstrasse bleibt eine nationale Veloroute. Dazu ist auch der entsprechende Platz und die entsprechende Gestaltung vorgesehen.

Der Stadtrat hat wenig Möglichkeiten, die Boulevardgastronomie zu stärken. Aber die Neugestaltung kann natürlich förderlich sein, dass es zu Geschäftsübergaben und zu Änderungen des Geschäftsmodells kommt, die zu einer Zunahme der Boulevardgastronomie in diesem Bereich führen.

Der Sprechende dankt noch einmal für die gute Aufnahme des Berichts und Antrags und freut sich, dass das Projekt so weitergeführt werden kann.

Joseph Schärli: Es ist angezeigt, im jetzigen Moment den Warnfinger aufzuhalten, denn wenn man die Bahnhofstrasse autofrei machen will, kommt es zu einer Verlagerung dieses Verkehrs auf die Pilatusstrasse, die dann um ein Mehrfaches zusätzlich belastet wird. Dessen muss man sich bewusst sein. Wahrscheinlich wird man dann in aller Kürze schon wieder überlegen müssen, was man unternehmen soll, damit die Pilatusstrasse nicht mehr so belastet ist. Der Sprechende will noch einen weiteren Punkt anbringen: In Littau gibt es das Projekt Cheerstrasse, das vom Volk vor Jahren genehmigt wurde, aber gemacht wurde nichts, sondern man hat es einfach immer hinausgeschoben. Die Prioritäten des Stadtrates liegen offenbar nicht bei den Aussenseitern der Stadt, beim Stadtteil Littau, wo das Volk dieses Projekt beschlossen hat. In Zeiten, in welchen die Stadt Kosten sparen muss, in Zeiten, in welchen im Stadtrat und im Parlament Sparwut herrscht, forciert man jetzt ein solches Projekt wie die Bahnhofstrasse und will es unbedingt realisieren. Das findet der Sprechende nicht richtig, darum wird er die Vorlage ablehnen.

Marcel Lingg wurde angefragt, wie die Rückweisung der SVP-Fraktion formell zu verstehen ist. Er hat es noch einmal mit Toni Göpfert angeschaut, es ist eine Rückweisung auf Verschiebung. Es ist keine Rückweisung zur Überarbeitung, der Stadtrat muss also nichts machen. Eine Überarbeitung wäre höchstens dann nötig, wenn in den nächsten zwei, drei Jahren entschieden werden sollte, dass baulich etwas am Theatergebäude passiert. Formell stellt die SVP-Fraktion heute einen Rückweisungsantrag auf Verschiebung, bis klar ist, ob etwas mit dem Theatergebäude passiert oder nicht. Der Sprechende ist sich bewusst, dass diese Verschiebung unter Umständen länger als drei, vier Jahre dauern kann. Das ist nichts Schönes. Er wiederholt noch einmal: die SVP-Fraktion ist grundsätzlich bereit, auch wenn Joseph Schärli jetzt ein bisschen emotional gesprochen hat, diese Kröte zu schlucken, weil es um einen Volksentscheid geht. Die Fraktion akzeptiert den Volksentscheid, dass die Bahnhofstrasse mehrheitlich autofrei wird. Sie möchte aber verhindern, dass Mehrkosten dadurch entstehen, dass man die Bahnhofstrasse jetzt umgestaltet, und nachher würde das Theatergebäude abgerissen und neu gebaut. Baulich würde das schon gehen, aber es würden zusätzliche Mehrkosten generiert, das ist das Problem. Die SVP-Fraktion will nur, dass man diese beiden Projekte koordiniert, auch wenn es dadurch leider zu ein paar Jahren Verzögerung kommt. Einen Vorteil hätte die Rückweisung auf Verschiebung übrigens auch noch – dies zu András Özvegyi –: Man könnte das Bild mit der Visualisierung der Bahnhofstrasse in der Zwischenzeit erneuern und auch Velos darauf hinstellen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Zum Warnfinger von Joseph Schärli: Selbstverständlich wurden die Folgen einer möglichst autofreien Bahnhofstrasse sehr intensiv untersucht. Die Kapazitäten auf der Pilatusstrasse reichen aus, um den Zusatzverkehr, der durch den Wegfall des Durchgangsverkehrs auf der Bahnhofstrasse Richtung Seebrücke entsteht, aufzunehmen. Das ist kein Problem. Nachdem die Umstellung beim Bundesplatz erfolgen konnte, sind diese Kapazitäten auf der Pilatusstrasse vorhanden. Der Stadtrat will ja schliesslich keinen Verkehrszusammenbruch in der Stadt verursachen.

Zum Thema Cheerstrasse: Der Zusatzkredit wird im ersten Halbjahr 2017 hier im Parlament zur Diskussion gebracht. Der Stadtrat hat den Auftrag dazu erteilt, er hat mit der GPK und der Baukommission darüber gesprochen und wird das Thema jetzt zügig voranbringen.

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Der Antrag der SVP-Fraktion in dem Sinn, wie Marcel Lingg es jetzt verdeutlichte, wurde auch in der Baukommission gestellt und mit 1 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion auf Verschiebung ab. Somit ist er auf den B+A 25/2016: „Attraktive Bahnhofstrasse Luzern“ eingetreten.

DETAIL

Seite 13 f. 3.1.3 Grundlagen Verkehr für Projektwettbewerb

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: In der Baukommission wurden zu diesem Abschnitt zwei Protokollbemerkungen beantragt. Die erste lautet:

Bei einer allfälligen Realisierung des Parkhauses Musegg können die aufgehobenen Parkplätze an die Kompensation angerechnet werden.

Sie wurde mit 9 : 0 : 0 Stimmen überwiesen.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher bemerkt, dass der Stadtrat gemäss StB 697 mit dieser Protokollbemerkung einverstanden ist.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Gegenantrag.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die zweite Protokollbemerkung wurde ebenfalls mit 9 : 0 : 0 Stimmen überwiesen und lautet:

Der Stadtrat legt mit dem B+A Baukredit einen Zeitplan zur Umsetzung der zweiten Etappe vor.

Auch dieser Protokollbemerkung opponiert der Stadtrat nicht. Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Gegenantrag.

Somit ist auch diese Protokollbemerkung überwiesen.

Baukommissionspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Zur Buvette beantragt die Baukommission mit 5 : 3 : 1 Stimmen folgende Protokollbemerkung:

Die Buvette soll bevorzugt von einer nicht gewinnorientierten Organisation aus dem Raum Luzern betrieben werden.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Die Formulierung wurde zwar mit dem Wort „bevorzugt“ verharmlost, aber trotzdem ergeben sich Definitionsprobleme: Was heisst „nicht gewinnorientierte Organisation“? Wie will man das nachher kontrollieren, wie will man es in der Ausschreibung festlegen? Was ist überhaupt der Gewinn? Man kann einen Gewinn über die Dividende, über Anteilauszahlungen verteilen; man kann den Gewinn aber auch über höhere Löhne an diejenigen auszahlen, die die Buvette betreiben. Es gibt also auch Schlupflöcher. Um nicht neue Probleme zu schaffen, lehnt die SVP-Fraktion die Protokollbemerkung ab und will die Ausschreibung für die Buvette offener laufen lassen.

Rieska Dommann: Auch die FDP-Fraktion unterstützt diese protektionistische Protokollbemerkung der Baukommission nicht. Für die Fraktion ist nicht in erster Linie die Herkunft des Betreibers massgebend, sondern die Qualität des Angebots. Sie erwartet, dass das Angebot den Bedürfnissen der Luzernerinnen und Luzerner und der Gäste entspricht. Falls dieses Angebot von einem gewinnorientierten Unternehmen stammt, stört das die Fraktion nicht. Selbstverständlich freut sie sich aber, wenn die Firma mit dem besten Angebot ihren Sitz in der Stadt Luzern hat. Schliesslich erwartet die Fraktion, dass bei dieser Buvette durchaus auch für die Stadtkasse etwas herauschaut.

Mario Stübi: Genau das, was Rieska Dommann gerade sagte, ist mit dieser Protokollbemerkung möglich. Diesbezüglich sind sich die Fraktionen also einig. Sie sollten diese Einigkeit auch im Abstimmungsverhalten zeigen, nämlich indem sie der Protokollbemerkung zustimmen. In der offenen Formulierung sieht die SP/JUSO-Fraktion einen Vorteil, genau wie es der Stadtrat in seiner Stellungnahme schreibt. Es soll ein offenes Vergabeverfahren sein. Kriterien sollen sein: die Qualität, woher die Betreiber kommen, und was für eine Struktur sie haben, ob sie kommerziell oder halbkommerziell sind oder ob es ein gemeinnütziger Verein ist usw. Ein gutes Beispiel für eine solche Vergabe ist in jüngster Zeit die Bar Nordpol im Reusszopf. Der Sprechende freut sich schon extrem auf diese Bar, die wird der Hammer. Etwas in dieser Form kann sich die SP/JUSO-Fraktion auch an der Bahnhofstrasse vorstellen. Der Sprechende nimmt an, dass das Vorgehen bei der Ausschreibung für den Reusszopf wahrscheinlich genau gleich war, wie es an der Bahnhofstrasse sein wird. Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt, der Protokollbemerkung zuzustimmen.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung der Baukommission

Die Buvette soll bevorzugt von einer nicht gewinnorientierten Organisation aus dem Raum Luzern betrieben werden.

mit 23 : 21 Stimmen zu.

Korintha Bärtsch äussert sich zum Postulat 301. Die G/JG-Fraktion ist natürlich damit einverstanden, dass es nicht abgeschrieben wird, sie ist aber nicht damit einverstanden, dass es einfach so ein bisschen dahindümpelt, denn der Auftrag dieses Postulats ist klar: als Sofortmassnahme sollen Autoparkplätze in Veloabstellplätze umfunktioniert werden. Der Stadtrat zeigt einfach das Dilemma auf, dass die Anzahl der Veloabstellplätze im Projekt, so wie es vorgesehen ist, nicht erhöht wird; darum könne das Postulat nicht abgeschrieben werden. Das ist einfach eine Beschreibung der Situation, aber wie der Stadtrat damit umgehen will, ist nicht klar. Er sagt, man könne die zweite Etappe erst angehen, wenn die Situation der Veloabstellplätze am Bahnhof geklärt sei. Die Realisierung dieses Projekts ist ab dem 4. Quartal 2019 vorgesehen, das Postulat wurde im Grossen Stadtrat am 27. September 2012 überwiesen. Das wären also mindestens sieben Jahre, in welchen diese 40 zusätzlichen Veloabstellplätze vorhanden sein könnten. Wenn man die Umwandlung jetzt angehen würde, wären es immer noch knapp drei Jahre. Daher will die G/JG-Fraktion dem Stadtrat mitgeben, die Sofortmassnahme umzusetzen und diese 40 Veloabstellplätze zu schaffen. Im Projektverlauf sollte man dann bei der zweiten Etappe schauen, wie man diese 40 Veloabstellplätze ersetzen kann. Aber einfach zu sagen, das Projekt sehe diese 40 Veloabstellplätze nicht vor, scheint der G/JG-Fraktion eine zu einfache Lösung.

Seite 27 *Beschluss*

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt den Kredit von 480'000 Franken.**
- II. **Das Postulat 82 wird einstimmig abgeschrieben.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 25 vom 19. Oktober 2016 betreffend

Attraktive Bahnhofstrasse Luzern

- Bericht zum Stand des Projekts und Ausblick
- Projektierungskredit 2. Phase (Bauprojekt/Auflageprojekt Bahnhofstrasse und Theaterplatz),

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 61 Abs. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Für die Fortsetzung der Planungsarbeiten bei der Umsetzung der Initiative „Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern“ und damit für die Erarbeitung eines Bau- und Auflageprojekts zur Neugestaltung von Bahnhofstrasse und Theaterplatz wird ein Kredit von Fr. 480'000.– bewilligt.
- II. Das Postulat 82, Daniel Wettstein und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 14. Juni 2013: „Bahnhofstrasse – wenn schon, dann richtig!“, wird als erledigt abgeschlossen.

8. Bericht und Antrag 27/2016 vom 19. Oktober 2016: Abschreibung von Motionen und Postulaten

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK schlägt vor, unter I. die Ziffern 1, 2, 5, 7 und 10 nicht abzuschreiben. Mit den übrigen Abschreibungen und Verlängerungen ist die GPK einverstanden.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher fragt nach Wortmeldungen zu den Vorstössen, bei welchen die GPK vorschlägt, sie nicht abzuschreiben.

René Peter: Die FDP-Fraktion ist dafür, Seite 6 Ziffer 7 abzuschreiben. Die Stadt hat sich an der Vernehmlassung zur Spange Nord beteiligt und kann sich noch einmal dazu äussern. Aus diesem Grund ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass man das Postulat abschreiben kann.

András Özvegyi: Das Postulat wurde von der GLP-Fraktion eingereicht. Die Begründung zur Abschreibung tönt sehr unsicher: „Der Stadtrat wird das vom Kanton überarbeitete Projekt demnächst beurteilen und dabei insbesondere die Aufnahme der von ihm verlangten Ergänzungen und Anpassungen überprüfen.“ Der Stadtrat wird also in Zukunft noch etwas machen. Das Anliegen ist somit noch nicht erledigt, und deshalb ist die GLP-Fraktion mit der Abschreibung auch nicht einverstanden. Die Vernehmlassung zum überarbeiteten Projekt läuft ja noch bis im Januar. Das ist also noch im Gang, und deshalb kann man das Postulat jetzt noch nicht abschreiben.

Der Grosse Stadtrat folgt dem Antrag der GPK, das Postulat 212 (Seite 6 Ziffer 7) nicht abzuschreiben.

Zu den Ziffern 1, 2, 5 und 10 gibt es keine Wortmeldung. Sie sind somit gemäss dem Antrag der GPK nicht abgeschlossen.

Keine weiteren Wortmeldungen zum B+A.

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt der Abschreibung der Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 3–4, 6, 8–9 einstimmig zu.
- II. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–4, um ein weiteres, zweites Jahr.
- III. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II. 2., Ziffern 1–4, um ein weiteres, drittes Jahr.
- IV. Der Grosse Stadtrat verlängert einstimmig die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–12, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 27 vom 19. Oktober 2016 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 3, 4, 6, 8 und 9 werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–4, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II. 2., Ziffern 1–4, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–12, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

- **Dringliches Postulat 24, Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016:
Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Postulats ab. Der Sprechende weiss nicht, wie man die ausländische Bevölkerung in der Stadt Luzern einteilt: Sind das dumme Leute, die nicht selber aus ihrem Inneren heraus entscheiden können, ob sie sich einbürgern lassen wollen oder nicht? Die Frage, ob jemand sich einbürgern lassen will, darf nicht aufgrund eines Schreibens, das die entsprechenden Personen vom Stadtrat erhalten, entschieden werden. Wer hier in der Schweiz lebt und integriert ist, weiss, dass er sich einbürgern lassen kann. Solche Personen sind auch mit Leuten zusammen, die schon Schweizer sind, und wissen daher, was es heisst, Schweizer zu sein. Weil sie Schweizer kennen, weil sie die Vor- und Nachteile von Ausländern, von Schweizern kennen, wollen sie das Bürgerrecht, oder sie wollen es nicht. Aber sie müssen selber aus ihrem Innersten entscheiden, ob sie den Pass beantragen wollen. Es geht ja nicht nur darum, einen Antrag auszufüllen; man muss auch Kurse besuchen, man muss Unterlagen einreichen, es gibt ein paar administrative Arbeiten zu erledigen. Man muss also im Innersten bereit sein, das zu machen. Aber mit staatlich finanzierten Werbemassnahmen Einbürgerungen fördern zu wollen, nach dem Motto, die Ausländer seien nicht in der Lage, selber zu entscheiden, ob sie Schweizer werden wollen oder können, ist nach Ansicht des Sprechenden der falsche Weg und läuft letztlich auch dem Ziel der definitiven Integration zuwider. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab. Dazu kommt noch, auch wenn das nur ein kleiner Grund bei der Ablehnung ist, dass ein solches Informationsschreiben der Stadt wieder Kosten verursacht. Der Sprechende ist sich bewusst, dass es nicht um einen allzu hohen Betrag geht, vielleicht um 20'000 oder 30'000 Franken. Aber in diesem Ratssaal wurde schon über kleinere Beträge diskutiert. Diesen Betrag könnte man also auch sparen.

Ivo Durrer: Auch die FDP-Fraktion wird das Postulat ablehnen. Um es gleich klarzustellen: die Fraktion ist nicht gegen Einbürgerungen. Jeder, der die Kriterien erfüllt, hat ja die Möglichkeit, ein Gesuch einzureichen.

Der Sprechende ist irritiert über den Entscheid des Stadtrates, das Postulat entgegenzunehmen. Aber wenn man die aktuelle politische Zusammensetzung des Stadtrates anschaut, ist das ja nicht erstaunlich. Man könnte das eigentlich als Kundenakquisition bezeichnen. Es kann doch nicht die Aufgabe der Verwaltung sein, rund 1'700 Personen anzuschreiben. Nach Ansicht des Sprechenden ist das immer noch ein Holprinzip. Er geht davon aus, dass der Stadtrat über die Folgekosten und Folgemassnahmen im Bild ist, die es geben wird. Das fängt beim Zivilstandsamt an, geht über das Bürgerrechtswesen und hört bei der Einbürgerungskommission auf. Zudem könnte es als Präjudiz fatale Folgen nach sich ziehen. Der Sprechende will hier klar festhalten: Seiner Ansicht nach fängt Integration bei der Sprache an und nicht mit dem Pass.

Marco Müller: Die neue Verordnung zum revidierten Bürgerrechtsgesetz, das von den eidgenössischen Räten 2014 beschlossen wurde und auf den 1. Januar 2018 in Kraft tritt, wird es nur noch Personen mit Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) möglich machen, eine Einbürgerung zu beantragen. Personen mit F- und B-Ausweis können davon in Zukunft nicht mehr profitieren. Es gibt aber in der Stadt Luzern sehr viele Leute mit B- und F-Ausweis, die die Einbürgerungskriterien erfüllen würden. Das sind oftmals Leute, die seit vielen Jahren bestens integriert in der Stadt leben, die hart arbeiten und einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand der Schweiz und der Stadt Luzern leisten.

Vorläufig aufgenommene Personen mit F-Ausweis sind nicht selten schon länger als zehn Jahre mit diesem Status in der Schweiz, weil es nicht zumutbar ist, dass sie in ihr Herkunftsland zurückgehen. Sie nehmen auch an Integrationsmassnahmen der Stadt Luzern teil.

Es ist unumstritten, dass die Erlangung des Schweizer Bürgerrechts ein wichtiger Schritt für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in unsere Gesellschaft darstellt. Das hat die jüngst erschienene Studie des Schweizerischen Nationalfonds bewiesen. Sie hat auch darauf hingewiesen, dass die Integration besonders dann gelingt, wenn die Einbürgerung möglichst früh passiert.

Wenn der Sprechende hier im Rat umherschaut, kann er feststellen, dass nicht alle Zimmermann, Felder oder Durrer heissen, dass also wahrscheinlich nicht alle aus Familien stammen, die schon seit Generationen in der Schweiz leben. Es gibt hier drin auch Leute mit Namen wie Candan, van der Heiden, Özvegyi oder Zanolla. Bei ihnen kann man davon ausgehen, dass sie selber oder ihre Vorfahren irgendwann in die Schweiz oder nach Luzern migrierten und sich nach einem längeren Prozess einbürgern liessen. Den Sprechenden freut es sehr, dass es im Stadtparlament eine so bunte Vielfalt gibt. Es ist der beste Beweis für eine gelungene Integration, wenn sich Leute mit Migrationsherkunft selber oder später ihre Nachkommen politisch in unserem Land, in unserer Stadt engagieren.

Der Sprechende weist auch auf gewisse fremdenfeindliche Tendenzen hin, die es in der Schweiz und im umliegenden Ausland gibt. Immer mehr kommt es dazu, dass sich Parallelgesellschaften zu entwickeln beginnen und Leute, obwohl sie seit Jahren oder Jahrzehnten in einem Land leben, schlecht integriert sind. Da hat eine Einbürgerung oder eben auch ein Schreiben der Stadt, mit welchem die Stadt die entsprechenden Personen informiert und dazu auffordert, sich einbürgern zu lassen, eine sehr gute Wirkung.

Luzern ist eine offene und tolerante Stadt. Menschen aus den verschiedensten Nationen arbeiten und leben hier. Der Sprechende könnte sich nicht vorstellen, wie die Stadt Luzern z. B. im Gastgewerbe oder in der Pflege ohne Leute mit einem Migrationshintergrund funktionieren sollte. Viele von ihnen sind bestens integriert. Die Stadt verfolgt ja eine Philosophie der Willkommenskultur, es gibt Angebote wie die Fachstelle Integration, es gibt die Integrationskommission, Integrationsprojekte und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt setzt sich für ein respektvolles Zusammenleben und eine gelebte Integration von Ausländerinnen und Ausländern ein.

Darum ist die G/JG-Fraktion erfreut, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Für die 1'730 Personen, die ein solches Schreiben erhalten würden, ist das sicher ein grosser Dienst. Der Stadtrat schreibt, der Verwaltungsaufwand und die Kosten würden überblickbar bleiben. Somit ist doch das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag sehr gut.

Darum fordert der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, dem Postulat zuzustimmen und damit die Willkommenskultur der Stadt Luzern zu bestätigen. Es geht darum, den Menschen in Luzern mit B- und F-Ausweis ein klares Zeichen zu geben, dass man ihre Einbürgerung begrüßen würde und diese Art der Integration sehr willkommen wäre.

Simon Roth: Als demokratisches Gemeinwesen hat die Stadt Luzern ein hohes Interesse daran, dass möglichst viele Menschen über die Angelegenheiten, welche ihre eigene Zukunft betreffen, was gerade bei städtischen Abstimmungen in einem hohen Mass der Fall ist, mitbestimmen können. Und sie hat ebenfalls ein Interesse daran, dass die Menschen ihre eigene Zukunft selbstbestimmt planen können und ihnen dabei nicht unnötige Hindernisse in den Weg gelegt werden. Eine F- oder B-Bewilligung ist aber unbestrittenermassen ein hohes Hindernis, gerade bei der Arbeits- oder Wohnungssuche. Dass der Bund jetzt eine C-Bewilligung als Voraussetzung für die Einbürgerung festgeschrieben hat, bedauert die SP/JUSO-Fraktion, aber das ist natürlich nicht Thema der heutigen Diskussion. Davon betroffen sind jedoch insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, weil ihr Aufenthaltsstatus direkt von demjenigen ihrer Eltern abhängig ist – selbst wenn sie hier zur Welt gekommen sind, selbst wenn sie hier die Schule besucht haben, selbst wenn sie hier so daheim sind wie wir alle.

Der Sprechende bezweifelt, ob Marcel Lingg den Vorstoss wirklich verstanden hat, wenn er sagt, es gehe um dumme Leute. Es geht darum, die Leute darauf hinzuweisen, dass es auf 2018 hin eine Gesetzesänderung gibt. Nicht alle Leute, egal ob dumm oder weniger dumm, verfolgen den nationalen Gesetzgebungsprozess gleich aufmerksam wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates. Vielleicht tun das nicht einmal alle Mitglieder des Grossen Stadtrates in gleicher Weise. Deshalb geht es genau darum, die betroffenen Leute darauf hinzuweisen, dass sie ihr Gesuch jetzt noch stellen müssen, wenn sie vom alten Recht Gebrauch machen wollen. Das ist eine Information, welche die Stadt anbietet, das ist eine Dienstleistung, die die Stadt anbietet. Sie ist nicht so teuer. Es geht um 1'730 Personen; bei einem Massenversand müsste man etwa 50 Rappen pro Brief rechnen, also ergäben sich für die Stadt etwa Kosten von 900 Franken. Der Sprechende ist zuversichtlich, dass die Stadt sich das leisten kann. Natürlich kommen dann noch weitere Kosten dazu, aber diese sind ganz normal im Einbürgerungsprozess festgeschrieben und werden zudem von den Leuten über die Gebühren bezahlt. Es ist also nicht so, dass die Stadt wirklich mehr Ausgaben hätte. Man könnte den Gesuchstellenden ja auch noch diese 50 Rappen für den Brief in Rechnung stellen; das spielt bei den knapp 3'000 Franken, welche sie für die Einbürgerung zahlen müssen, auch keine grosse Rolle mehr. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst es deshalb sehr, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt, und hofft, dass der Grosse Stadtrat es jetzt überweist.

Michael Zeier-Rast: Die CVP ist eine Partei, der die Eigenverantwortung etwas Wichtiges ist. Aber Eigenverantwortung heisst nicht, dass der Staat nicht informieren kann. Machen müssen es dann selbstverständlich die Betroffenen selber. Ausgangspunkt ist, dass auf den 1.1.2018 diese Gesetzesänderung in Kraft tritt und dass die Betroffenen, da gibt der Sprechende Simon Roth recht, das wissen müssen. Bei anderen Gesetzesänderungen informieren einfach die Interessierten wie z. B. Rechtsanwälte ihre Kundinnen und Kunden und schreiben ihnen, dass sie diese und diese Geschichte noch vor dem 1.1. erledigen müssen, weil dann das Gesetz ändert. Hier geht es um das Thema Einbürgerung, um eine Gesetzesänderung, welche die Personengruppe mit F- und B-Ausweisen betrifft. Das beste Argument, weshalb die CVP-Fraktion

das Postulat unterstützt, hat Ivo Durrer gebracht: Es geht tatsächlich um Kundenakquirierung, es geht darum, dass die Leute, die Schweizer werden können, darüber informiert werden und dann auch Schweizerinnen und Schweizer werden. Das ist im ureigensten Interessen von allen. Die CVP-Fraktion überweist aus diesem Grund das Postulat.

Laura Kopp kann ihrem Vorredner nur zustimmen. Die GLP-Fraktion ist froh, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Die Sprechende weiss nicht, wie viele in diesem Saal jeweils informiert sind, welche neuen Regelungen auf den 1.1. in Kraft treten. In der NZZ steht dann jeweils: „Heute treten diese und diese Gesetze in Kraft ...“ Der Sprechenden ist das wirklich nicht immer bewusst, und manchmal ist sie sogar von einer solchen Gesetzesänderung auch betroffen. Noch schlimmer ist es, wenn sich auf der Verordnungsebene etwas ändert, wenn ein Amt, eine Direktion oder ein Departement etwas umsetzt und man dann z. B. erst auf der Baustelle merkt, dass ja neue Arbeitssicherheitsvorschriften gelten.

Ausländerinnen und Ausländer mit einer B- oder F-Bewilligung haben natürlich gewisse Rechte, und sie haben gewisse Pflichten. Im Moment ist es so, dass sie fast mehr Pflichten haben: man erwartet von ihnen, dass sie sich gut verhalten, dass sie sich integrieren und gut Deutsch lernen. Und dann müssten sie zudem noch besser als wir Schweizerinnen und Schweizer über unser politisches System Bescheid wissen. Mit einem kleinen proaktiven Kommunikations- und Informationsschreiben würde die Stadt sie jetzt auch einmal auf ein Recht, das sie haben, aufmerksam machen und motivieren, integrierte neue Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu werden, die sich dann auch aktiv am politischen Geschehen beteiligen und vielleicht einmal Einsitz in diesem Rat nehmen und über die weitere Integrationspolitik diskutieren könnten. Die GLP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulats.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Die positive Stellungnahme des Stadtrates hat nichts damit zu tun, dass der federführende Direktor einen Migrationshintergrund hat und einen slowakischen Namen trägt – von dieser Familie ist seine Generation die dritte, die in der Schweiz lebt. Sondern in der positiven Stellungnahme drückt der Stadtrat seine Überzeugung aus, dass die Einbürgerung eines der wesentlichen Elemente einer sozialen und politischen Integration ist. Der Stadtrat will, dass möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern am politischen Prozess teilnehmen. Der Sprechende kann die Argumentation der SVP-Fraktion, dass man diese Leute quasi als die Dummen betrachten würde, überhaupt nicht nachvollziehen, denn der Wissensstand darüber, was für Gesetzesänderungen oder Verordnungsänderungen auf den 1.1.2018 in Kraft treten, ist wahrscheinlich auch unter Schweizerinnen und Schweizern relativ gering. Es geht darum, dass der Stadtrat in einem Schreiben darauf aufmerksam macht, was sich ändern wird. Wenn er das frühzeitig tut, haben die Betroffenen die Möglichkeit, sich in Eigenverantwortung zu überlegen, ob sie noch das alte Recht für die Einbürgerung nutzen möchten, und könnten sich die entsprechenden Dokumente beschaffen und allenfalls noch einen Kurs besuchen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass eine solche Information eine sinnvolle Dienstleistung für die Leute ist, die schon lange in der Stadt wohnen. Die Voraussetzungen, dass man überhaupt das Einbürgerungsverfahren angehen kann, sind ja relativ hoch. Der Stadtrat will die Betroffenen darauf aufmerksam machen, dass sie ihr Gesuch jetzt einreichen sollen. Sie können selbstverständlich immer noch entscheiden, das nicht zu tun. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und ist bereit, diese Dienstleistung und Information zu veranlassen. Der zeitliche Vorlauf ist wichtig. Natürlich steht jeweils kurz vor

Jahreswechsel oder vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes oder einer Verordnung in der Zeitung, dass diese Änderung bevorstehe, aber dann ist es viel zu spät für die Betroffenen, noch etwas zu unternehmen.

Selbstverständlich ist sich der Stadtrat bewusst, was für Folgekosten die Information haben könnte. Es geht dabei vor allem um die Ressourcen, welche die Stadt zur Verfügung stellen muss, falls es zu einem Anstieg an Gesuchen kommt. Der Stadtrat hat ja die Ressourcen bereits erhöht, damit mehr Gesuche bearbeitet werden können und der Pendenzenberg und die Wartezeit geringer werden. Aber wenn es mehr Gesuche gibt, entstehen für die Stadt nicht höhere Kosten, denn die Gebühren sind kostendeckend. Die Stadt muss jedoch darauf achten, dass sie genügend Ressourcen bereitstellt, um allenfalls eine Zeit lang mehr Gesuche zu bearbeiten. Wenn nicht jetzt mehr Gesuche eingereicht werden, wird das wahrscheinlich einfach verzögert in zwei, drei Jahren sein. Diese Kosten, die ja von den Gesuchstellenden getragen werden, kommen dann irgendwann. Deshalb bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, das Postulat zu überweisen und diesen kleinen Schritt, diese Information zu ermöglichen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 24.

- **Dringliches Postulat 28, Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Dezember 2016:
Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Musegg verzichten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Marco Müller: Die G/JG-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung des Postulats fest. Dass die Grünen vehemente Gegner des geplanten Parkhauses Musegg sind, ist nichts Neues. Als einzige Partei in diesem Rat haben sie von Anfang an Nein gesagt. Sie gingen nicht in die Begleitgruppe zum Projekt, die vor ein paar Jahren initiiert wurde, weil sie nie an das Projekt glaubten. Das hat sich auch mit der Diskussion und weiteren Informationen zum Projekt überhaupt nicht geändert. Der Sprechende will nochmals die vier Hauptgründe festhalten, die total gegen das Projekt sprechen:

1. Das Carparkplatzproblem kann nicht gelöst werden. Die Initianten des Parkhauses Musegg machen immer wieder geltend, dass mit ihrem Projekt das Parkplatzproblem der Cars gelöst werden könne. Das ist nur die halbe Wahrheit, denn es betrifft nur die Cars am Schwanenplatz, aber die weiteren Carparkplätze am Löwenplatz, beim Inseli oder am Landenberg bleiben weiterhin bestehen und die Probleme können nicht gelöst werden. Es ist nicht so, dass die G/JG-Fraktion nur gegen etwas ist und keine konkreten Vorschläge bringt, wie man es anders machen könnte. So haben 2014 Ali Celik und Christian Hochstrasser gefordert, das Grundstück im Mattenhof II, diesen Kiesplatz, als Carparkplatz zu nutzen und von dort aus mit der S-Bahn in die Stadt zu fahren. Das wurde damals abgelehnt.

2. Die unrealistische Kompensation von Parkplätzen. 700 neue kostenpflichtige Parkplätze sollen im Musegg Hügel gebaut werden, um das Projekt zu finanzieren. Der Stadtrat verlangt, dass 300 bis 600 davon in der Innenstadt kompensiert werden. Alle Mitglieder des Grossen Stadtrates wissen, dass in der Vergangenheit die Aufhebung von nur schon einem Parkplatz für grössten Aufruhr sorgte. Die G/JG-Fraktion kann es sich daher schlichtweg nicht vorstellen, dass es machbar ist, eine so grosse Anzahl Parkplätze zu reduzieren. Jeder Liegenschaftsbesitzer, jeder Ladenbesitzer wird sich spätestens dann, wenn es um die Aufhebung der Parkplätze vor dem eigenen Laden oder vor dem eigenen Grundstück geht, dagegen wehren und wird das nicht wollen. Man darf auch die Gelder nicht ganz vergessen, welche die Stadt im Moment durch die Parkplatzbewirtschaftung einnimmt und durch die Aufhebung von Parkplätzen verlieren würde. Zudem bevorzugen Autofahrer leider – die G/JG-Fraktion würde sich das auch anders wünschen – Aussenparkplätze gegenüber den Parkhäusern. Die Tatsache, dass das Parkhaus am Kasernenplatz nach wie vor nicht gut ausgelastet ist, zeigt, dass es kein weiteres solches Parkhaus braucht.
3. Das Projekt ist überhaupt nicht quartierverträglich. Der Widerstand im betroffenen Quartier ist gross und bekannt, denn mehr als 2'000 Leute haben eine Volksmotion gestartet und ihrem Unmut Ausdruck gegeben. Das sind Leute, die direkt von der geplanten Einfahrt im Bereich des Nöllitürms betroffen sind. Die negativen Auswirkungen werden noch weitere Kreise ziehen. Der Sprechende erinnert daran, dass das BaBeL-Quartier, die Basel-/Bernstrasse, einst ein Schandfleck in dieser Stadt war. Es wurde sehr viel Geld investiert, um das Quartier aufzuwerten. Das ist sehr gut gelungen. Mit dem geplanten Parkhaus Musegg gäbe es aber zusätzliche Autos, die das Quartier queren würden, und die Bewohner des Quartiers, das wirklich nicht auf der Sonnenseite liegt, wären in Zukunft noch mehr von Lärm, Feinstaub und Mehrverkehr belastet. Das kann die G/JG-Fraktion nicht akzeptieren. Man darf auch den Kasernenplatz als solchen nicht vergessen. Er ist stark vom Autoverkehr dominiert und stellt einen Einschnitt ins Quartier dar. Mit dem Parkhaus Musegg würde der Kasernenplatz definitiv als Verkehrsmoloch dieser Stadt zementiert. Daran kann niemand ein Interesse haben.
4. Ökologische und raumplanerische Überlegungen. Das Projekt Parkhaus Musegg entstand in den späten 70er-Jahren. Schon 1980 fand es in einer Abstimmung bei der Stadtbevölkerung keine Mehrheit. Sage und schreibe 16'300 Leute sagten damals Nein, und nur 4'900 Ja. Das ist ein starkes Verdikt. Das Projekt verschwand dann in einer Archivschachtel in einem Ingenieurbüro und schlief dort jahre-, jahrzehntelang vor sich hin. Irgendwann hat man es wieder ausgegraben und als neues, tolles Projekt verkauft. Darüber muss die G/JG-Fraktion doch ein bisschen die Stirne runzeln. Denn in diesen 30 bis 40 Jahren hat sich die Welt ja komplett verändert. Im Jahr 2016 von einem Projekt zu sprechen, das die Anfahrt mit dem Auto in die Innenstadt höchst attraktiv machen will, ist jenseits von gut und bö. Das Ziel muss sein, den Verkehr auf die Verkehrsträger ÖV und Velo zu verlagern und ökologisch und platzsparend mit dem Raum in der Stadt umzugehen. Dadurch kann der Verkehrsraum, der in der Stadt sowieso schon eng ist, besser genutzt werden.

Aus diesen Gründen ist die G/JG-Fraktion einstimmig aus vollster und innerster Überzeugung total gegen das Parkhaus Musegg. Sie fordert darum den Stadtrat auf, die Zusammenarbeit mit der Parking Musegg AG unverzüglich zu beenden und eine allfällige Umzonung und ein Baurecht für das Parkhaus Musegg sein zu lassen. Betreffend die Problematik der Reisedeckungsstellen soll der Stadtrat selber den Lead übernehmen und alternative Lösungen präsentieren.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Indem die G/JG-Fraktion an der vollständigen Überweisung festhält, ist die teilweise Überweisung kein Thema mehr. Die Diskussion geht jetzt nur noch um die vollständige Überweisung.

Jules Gut: Im Juni 2013 wurde das Metroprojekt vorgestellt. Begeisterte Mitstreiter im Beirat waren damals unter anderem André Bachmann von der City Vereinigung, Bernard Kobler, damals CEO der LUKB, und auch Vertreter von Gübelin. Im November 2013 wurde dann das Projekt Parkhaus Musegg wieder ausgegraben und als Konkurrenz vorgestellt. Statt am gleichen Strick zu ziehen und eine breite Diskussion in der Stadt auszulösen, hat man angefangen, sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Die GLP-Fraktion wäre für eine Diskussion über die Zukunft der Erschliessung des Schwanenplatzes sehr offen gewesen. Man wollte keine Diskussion. Im März 2015 hat der Grosse Stadtrat über die Volksmotion zum Parkhaus Musegg diskutiert, die einerseits die Planungshoheit der Stadt übertragen und andererseits eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit auslösen wollte. Der Grosse Stadtrat hat das mit Stichtentscheid verhindert. Man wollte keine Diskussion. Seither hat es keine Diskussion gegeben, keine Mitwirkung, keine Partizipation. Der Sprechende bemerkt dies besonders zu Roger Sonderegger: keine Partizipation. Nicht einmal eine Information an die breite Bevölkerung. Nichts. Geplant wurde aber weiter, einfach auf privater Basis. Jetzt hat der Sprechende gehört: offenbar liegt ein fast fertiges Projekt oder Vorprojekt vor. Er weiss nichts Genaues, offenbar wissen die Befürworter mehr. Er weiss nicht genau, was kommt, aber offenbar ist jetzt etwas vorhanden. Jetzt kann man nur noch ablehnen – das wären dann die bösen Linken plus GLP – oder man kann zustimmen – das wären dann die netten Rechten. Aus Sicht der GLP-Fraktion funktioniert Städtebau definitiv nicht so. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, mitzureden, und zwar nicht erst, wenn das Projekt schon lange steht – Spange Nord lässt grüssen. Sondern eben von Beginn an. Unsere Stadt gehört allen Bürgerinnen und Bürgern und nicht nur ein paar privaten Parkhäusern. Das hat die GLP-Fraktion schon mehrfach kommuniziert, das ist nun wirklich nichts Neues von ihrer Seite. Das gleiche Lied singt sie schon seit ihrem Einzug in dieses Parlament. Vielleicht brauchen einfach die einen oder anderen Stakeholder in dieser Stadt ein bisschen länger, bis die Botschaften ankommen. Wie der Sprechende schon mehrmals betont hat, besteht die GLP aus vielen Ingenieuren. Diese haben es sich nicht entgehen lassen, auch Tunnelbauingenieure zu kontaktieren, welche unisono sagten, wenn man das, was in der Zeitung stand – die GLP-Fraktion hat ihre Informationen einfach aus der Zeitung –, umsetzt, kann man mit der Eröffnung frühestens etwa im Jahr 2029 rechnen – gut gerechnet. Das sagen alle Ingenieure. So werden die Probleme des Detailhandels definitiv nicht gelöst. Und aufgrund der Einsparungen, die ja äusserst wahrscheinlich sind, weil genau unter den Häusern von Anwohnenden durchgebohrt wird, ist mit der Eröffnung des Parkhauses Musegg realistischlicherweise nicht in zehn oder zwölf Jahren, sondern eher in 15 oder mehr Jahren zu rechnen. Dann ist die Mall of Switzerland schon fast wieder sanierungsbedürftig. Zudem sind die Parkhäuser in der Stadt nur an ganz wenigen Tagen und nur ganz wenige Stunden in der Woche voll belegt. Jetzt will man aber ein neues Parkhaus mit 600–700 Parkplätzen bauen, das den gesamten Detailhandel in der Stadt retten soll. Aber genau dann, wenn die Parkhäuser voll sind, nämlich am Samstag um 16 Uhr, werden die Geschäfte geschlossen. Das versteht die GLP-Fraktion dann auch wieder nicht. Klar, politische Partizipation und Bürgerbeteiligung sind oft nicht ganz einfache Wege. Beim Eichwaldareal

gab es eine Niederlage für die GLP-Fraktion. Sie akzeptiert das. Nur so können nämlich heute derart grosse Projekte überhaupt auf einer einigermaßen realistischen Zeitachse umgesetzt werden. Alles andere ist heutzutage völlige Utopie. Auch wenn der Grosse Stadtrat das Postulat jetzt nicht überweisen sollte, wird der Streit darüber das Projekt mit Sicherheit in den nächsten 10 oder 20 Jahren verhindern. Daran wird auch eine CVP-Volksinitiative nichts, aber auch gar nichts ändern. Die GLP-Fraktion freut sich darüber, dass in der Stadt Luzern die Zeiten, wo man eine Autobahnausfahrt wie diejenige beim Kasernenplatz direkt ins Herz einer Stadt baute und sich die Bevölkerung damals gar nicht gross wehren konnte, endgültig vorbei sind. Die GLP-Fraktion hält an der vollständigen Überweisung des Postulats 28 fest.

Peter With: Man muss schon hellhörig werden, wenn die Ratslinke sich plötzlich Sorgen wegen wegfallender Parkplätze macht. Im Postulat ist zu lesen, die Kompensation im Hirschmattquartier und in der Kleinstadt sei schlecht, gewerbefeindlich und unrealistisch. Bei der Behandlung des Hirschmattprojekts war die Kompensation komischerweise noch nicht so gewerbefeindlich und unrealistisch; dort hat man der SVP-Fraktion noch vorgerechnet, das Projekt bringe im Gegenteil sehr viel mehr Kunden und sei super für das Gewerbe. Der Sprechende ist gespannt auf die Kompensationsmassnahmen, welche die linke Seite vorschlägt, wenn es um die wegfallenden Parkplätze an der Bahnhofstrasse geht und wenn beim Bau des Durchgangsbahnhofs nochmals einige Parkplätze wegfallen. Da möchte der Sprechende dann sehen, ob die Linke immer noch so gewerbefreundlich ist.

Von den Linken war zu hören, die Carprobleme mit Ausnahme des Schwanenplatzes seien ungelöst. Dazu ist zu sagen, dass doch schon ein sehr grosses Problem gelöst ist, wenn es gelingt, das Carproblem auf dem Schwanenplatz zu beseitigen. Aber der Sprechende muss ganz ehrlich gestehen, er weiss nicht, ob das Carproblem mit dem Parkhaus Musegg gelöst wird oder nicht. Er hat ja das Projekt Musegg noch nie gesehen, er kennt es nicht, man konnte dem Grossen Stadtrat diesen B+A bis jetzt noch nicht präsentieren, und darum kann man einfach gar keine definitive Entscheidung zu diesem Projekt treffen. Das gilt auch für die ökologischen und verkehrsplanerischen Aspekte, die aufgeführt wurden. Man weiss es einfach noch nicht. Selbstverständlich wird ein Quartier mehr belastet, aber entscheidend ist doch, wie sich der Verkehr in der ganzen Stadt entwickelt, ob der Gesamtverkehr abnimmt. Das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität schreibt ja vor, dass der Verkehr insgesamt nicht zunehmen darf, sondern im Gegenteil bestenfalls abnehmen muss. Dazu kann ein Parkhaus durchaus beitragen, weil es z. B. Parkplatzsuchverkehr verhindert. Das wäre ökologisch sicher ein Vorteil.

Von der GLP-Fraktion wurde der Vorwurf geäussert, sie wisse nichts Genaues über das Projekt Musegg, und darum möchte sie es jetzt abbrechen. Der Sprechende schlägt der GLP-Fraktion vor, doch einfach noch ein paar Wochen zu warten. Dann wird der Stadtrat seine Botschaft in einem B+A vorlegen, über welchen der Grosse Stadtrat diskutieren könnte. Dann hätte man die Fakten und könnte entscheiden. Jules Gut hat gesagt, bis zur Realisierung des Projekts könne es noch 15 Jahre dauern. Der Sprechende weiss nicht, woher diese Information stammt. Der B+A würde sicher auch einen Zeitplan enthalten. Selbst wenn es noch 15 Jahre dauern würde, käme das Parkhaus doch gerade rechtzeitig für den theoretischen Baustart des Durchgangsbahnhofs. Dann hätte man auch die Kompensation für die dort wegfallenden Parkplätze schon gelöst.

Das Projekt liegt schlicht nicht vor, aber es gibt scheinbar ein Vorprojekt, von welchem der Stadtrat Kenntnis hat. An einem B+A wird gearbeitet. Aber das ist ja gar nicht der Punkt. Man will offenbar gar nicht wissen, wie die Fakten aussehen, man will gar nicht über Inhalte diskutieren, sondern man will einfach dieses Parkhaus nicht. Der Sprechende würde sich sehr freuen, wenn die Linken einfach aufstehen und sagen würden, dass sie es nicht wollen. Aber sie sollen nicht mit dem Argument kommen, das Parkhaus sei gewerbefeindlich, weil es zu Kompensationsmassnahmen führen würde. Es ist ja ein Projekt, bei welchem man mehr Parkraum hätte als vorher. Für einen Entscheid braucht es seriöse Grundlagen. Die Stadt muss auch Fairness an den Tag legen gegenüber den Privaten, die sehr viel Geld in ein Projekt investiert haben, von welchem sie wussten, dass die Umsetzung nicht einfach sein wird, das aber zukunftsweisend für die Stadt Luzern und vor allem für das Gewerbe in der Stadt Luzern sein kann. Damit wird in der Altstadt von Luzern ein sehr wichtiger Meilenstein gesetzt, sodass die Stadt auch dem grossen Shoppingcenter, das in der Agglomeration entsteht, etwas entgegenzusetzen kann. Es ist viel zu früh, jetzt diese Übung abzubrechen. Deshalb ist es für die SVP-Fraktion klar, dass sie das Postulat ablehnt. Man muss abwarten und den Stadtrat bitten, mit dem Projekt möglichst schnell weiterzumachen. Es ist seit vielen Jahren eine Strategie des Stadtrates, das Parkhaus Musegg zu fördern. Aus diesem Grund ist es wichtig, es endlich einmal in den Grossen Stadtrat zu bringen, damit dieser entscheiden kann, und hoffentlich wird auch die Bevölkerung irgendwann etwas dazu sagen können. Das ist nämlich dann entscheidend, das ist eine richtige Bevölkerungsmithilfe, wenn tatsächlich ein Projekt vorliegt, zu welchem die Leute Ja oder Nein sagen können.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion ist wie die FDP-Fraktion enttäuscht, dass der Stadtrat das Postulat als dringlich entgegennimmt. Die Fraktion hätte erwartet, dass er die Dringlichkeit ablehnt, denn er hat ja eine partnerschaftliche Vereinbarung mit den Projektinitianten. Deshalb sollte er sich gar nicht auf eine Diskussion zum Abbruch der Planung einlassen, kurz vor dem Punkt, wo man endlich die Fakten hätte und darüber diskutieren könnte. Der FDP-Präsident hat richtig gesagt, dass es im Grossen Stadtrat neue Mehrheiten gibt, aber man dürfe die politische Macht nicht missbrauchen. Der Sprechende teilt diese Ansicht. Macht bedeutet auch Verantwortung. Der Stadtrat hat mit den privaten Initianten eine Vereinbarung unterzeichnet, aufgrund welcher die Initianten sehr viel Energie, Zeit und Geld für das Projekt investiert haben. Das hätten sie nämlich sonst nicht gemacht. Und jetzt, kurz bevor man den Punkt erreicht hat, wo der Grosse Stadtrat über das Projekt sprechen könnte, will eine Mehrheit es abwürgen. Das ist kein partnerschaftliches Verhalten. Die Stadtpolitik macht sich heute schon zum zweiten Mal zu einem unzuverlässigen Partner für private Organisationen, die sich für das Wohl der Stadt Luzern engagieren. Wenn der Sprechende in die Zukunft denkt, ist das ein schlechtes Signal für diejenigen, die sich in Zukunft noch engagieren wollen. Was musste man im Grossen Stadtrat schon erleben? Das Gezerre am Pilatusplatz, das Debakel an der Eichwaldstrasse, jetzt das Parkhaus Musegg – was kommt als Nächstes? Der Stadtrat wollte alle diese Projekte partnerschaftlich vorwärtsbringen, das Parlament hat ihn ein übers andere Mal ausgebremst. Sind sich die Mitglieder des Grossen Stadtrates wirklich bewusst, was das bedeutet? Sie haben auch eine Verantwortung dafür, die Investitionen zu schützen, die getätigt wurden. Niemand erwartet, dass eine Ablehnung des Postulats automatisch dazu führen würde, dass dann das Parkhaus angenommen wird. Die CVP-Fraktion verlangt nur, dass darüber gesprochen wird, wie es auch Peter With sagte.

Zu Jules Gut bemerkt der Sprechende, dass man es nicht den Initianten anlasten kann, wenn die Kommunikation bisher mangelhaft war. Daraus, dass die Kommunikation mangelhaft war, muss man den Schluss ziehen, dass es jetzt Zeit ist zu beginnen, über das Projekt zu sprechen und sich die Informationen zu holen, die man braucht.

Peter With hat richtig festgestellt, dass das Parkhaus Musegg nicht alle Carparkingprobleme löst. Aber will man lieber vor einer gigantischen Aufgabe verzweifeln oder einen Schritt in die richtige Richtung machen? Wenn das Problem am Schwanenplatz gelöst ist, ist schon ein grosses Problem gelöst. Und wenn man sich noch nicht vorstellen kann, wo welche Parkplätze wegkommen, dann wäre es doch das Beste, sich diesen Planungsbericht anzuschauen, denn dort stehen ja solche Dinge drin. Genau zu diesem Zweck macht man Planungsberichte.

Für die CVP-Fraktion sind die Vorteile einer unterirdischen Parkinganlage ganz offensichtlich: der öffentliche Raum wird von stehenden Autos befreit. Wenn dabei auch noch das Carproblem reduziert werden kann, hat die Stadt zwei Goals auf einmal geschossen.

Der Sprechende gibt zu, dass das Projekt Nachteile hat; das muss man nicht weglügen. Es kommt an gewissen Orten zu einer höheren Verkehrsbelastung, aber man kann sich ja nicht auf den Punkt stellen, ein Projekt müsse perfekt sein. Ein grosses Projekt ist nie perfekt, man muss es optimieren können, man muss es weiterbringen können, und dann stellt man es den Nachteilen gegenüber. Das ist die Abwägung, die man in einer Raumplanung oder in einer Verkehrsplanung macht, wenn man sie sorgfältig macht. Man sagt eben nicht schon im Voraus, man wisse, wie es geht, bevor man gesehen hat, um was es geht. Vielleicht gibt es plötzlich eine ganz spannende Wende, vielleicht kann man einmal ein Parkhaus zurückbauen, wie das die Architekten Hiss und Heggli vorschlagen, vielleicht gibt es ganz neue Ideen, die heute einfach noch nicht auf dem Radar sind. Darum darf man das Projekt Parkhaus Musegg jetzt nicht einfach abbrechen. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes, die politische Verantwortung wahrzunehmen, welche die Stadt gegenüber den privaten Partnern hat, die sich engagieren. Wie der Sprechende angekündigt hat, wird die CVP-Fraktion eine Volksinitiative lancieren, damit das Anliegen, die Diskussion über dieses Projekt zu führen, wirklich wahr gemacht wird. Er lädt alle bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen, alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein, die über dieses Projekt sprechen möchten, die CVP bei diesem Plan zu unterstützen. Das hat das Projekt verdient, das haben die Initianten verdient.

Reto Kessler neigt dazu zu sagen: „Wollen oder nicht wollen, alles andere ist Beilage.“ Er verlässt sich in der Stadt Luzern, wo er sehr gern lebt, immer darauf, dass man hier ehrliche Leute hat, verlässliche Leute, aber auch eine ehrliche Politik, eine verlässliche Politik. Das Museggparking bewegt die Gemüter tatsächlich, aber auf beiden Seiten, auf der politisch linken, aber auch auf der politisch rechten. Die Sorge um die Belastung der Quartiere kann der Sprechende durchaus nachvollziehen, aber da sind Lösungen zu suchen, und zwar miteinander. Die Probleme der Verkehrsknoten, die Aufwendungen der Stadt in finanzieller Hinsicht sind Problemstellungen, die man durchaus geltend machen kann. Aber man muss es miteinander besprechen und auch da nach Lösungen suchen. Und auch die Stadt muss einen Beitrag dazu leisten, dass sie sich weiterentwickeln kann. Die Kompensation der Parkplätze im Hirschmattquartier betrachten die Postulanten als unrealistisch und gewerbefeindlich. Der Sprechende glaubt, dass man sich zum Zeitpunkt, wo man dann genau weiss, welche Parkplätze wegkommen, die Gedanken gemacht haben wird, was möglich ist und was nicht. Es sind ganz

neue Töne von links, und mit welchen Hintergründen sie das im Moment aufs Tapet bringen, ist für den Sprechenden fraglich. „Die Bedenken gegen das Parkhaus Musegg werden in der Öffentlichkeit breit thematisiert“, heisst es im Postulat. Das ist in der Tat so, aber genauso viele Stimmen gibt es auch für das Parkhaus, und genauso viele Vorteile wie Nachteile gibt es für das Parkhaus. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen mit offenen Augen und Ohren durch die Stadt laufen, um sachlich entscheiden zu können. Das ist das Motto des Sprechenden, sei es im Geschäft, sei es im Politischen, sei es im Privaten: Augen und Ohren offenhalten und sich überlegen, was man dann damit anfängt.

Der Stadtrat soll seine eigenen Ressourcen nutzen, um eine Planung für die Alternative zu entwickeln. Wieso darf denn der Stadtrat nicht auch Private dazunehmen und private Interessen daran beteiligen, sei das in finanzieller Hinsicht, sei das auch mit guten Ideen? Die Mitglieder des Grossen Stadtrates wurden alle vom Volk als Volksvertreter gewählt. Ein Schritt zurück auf Feld 1 kommt für die FDP-Fraktion nicht in Frage – sicher nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Nicht die finanziellen Leistungen der Stadt stehen im Vordergrund. Die Stadt soll in einer Gesamtbetrachtung im Sinn der Attraktivierung der Innenstadt ihren Anteil leisten. Wenn ein so grosses Projekt wirklich Geldprobleme hätte oder wenn es wie auch immer herauskommt, würde man, da ist der Sprechende sicher, miteinander einen Weg finden, wie man es lösen könnte. Vielleicht gibt es ja sogar Private, die dabei mithelfen würden. An den Konkurs eines Parkhauses glaubt der Sprechende nicht. Wenn man sieht, wer hinter diesem Projekt steht, weiss man, dass diese Leute mit viel Herzblut daran arbeiten. Sie haben eine Ahnung davon, was auf sie zukommt. Dem Sprechenden ist nicht bekannt, dass je einmal ein Parkhaus Konkurs gegangen ist, sei das im Inland oder im Ausland, und vor allem nicht Parkhäuser, die in den Berg hinein gebaut sind. Für den Sprechenden ist das ein Stück weit eine falsche Angstmacherei. Das Dringliche Postulat ist ein verfrühter Schuss vor den Bug. Die Dringlichkeit ist für den Sprechenden fraglich, da für eine Verhinderung noch viele Gelegenheiten möglich wären, wo man sagen könnte, Nein, man wolle dieses Parkhaus nicht. Damit wäre der Sprechende wieder beim Thema einer ehrlichen Politik. Das Postulat ist einfach wieder ein Angriff auf innovative Lösungen, ein Angriff auf die Wirtschaft und ihre Bedürfnisse, ein Angriff auf den MIV, ein Angriff auf den Tourismus. Und vor allem auch ein Angriff gegenüber engagierten privaten Bürgern, die sich gemeinsam in dieser Stadt einsetzen, ob politisch links oder rechts denkend, und diese Stadt weiterbringen wollen. Die Initianten des Projekts Parkhaus Musegg haben sich mit viel Herzblut engagiert. Sie haben über 1 Mio. Franken investiert, um für die Stadt Lösungen und Verbesserungen zu erreichen. Sie haben die Fraktionen eingeladen, um sich ihnen vorzustellen, um ihnen das Projekt vorzustellen. Sie haben den Stadtrat von Anfang an involviert, sie haben ihn immer wieder informiert, was läuft. Sie haben den Kontakt zur Politik gesucht, indem sie die Fraktionen zuerst einmal einluden, um ihnen die Idee vorzustellen. Sie haben zu einer Reise nach Thun eingeladen, wo im Moment ein solches Bauwerk in den Berg hinein gebaut wird. Nur: wo waren denn da die Linken, um einen Augenschein zu nehmen und danach sachlich urteilen zu können? Dem Sprechenden ist eigentlich egal, ob am Schluss ein Ja oder ein Nein resultiert, oder ob jemand dafür oder dagegen ist. Aber man hätte es eben sachlich diskutieren können, und vor allem hätte man viele falsche Bilder beseitigen können. Wenn man Bilder von der Tunnelbohrmaschine im Kopf hat, mit welcher die NEAT gebohrt wurde und die im Verkehrshaus draussen steht, und dann in Thun im Berg stand und sah, dass das gar nicht eine solche Maschine ist, dann war das schon recht eindrücklich. In Thun konnte man hören, wie es die Leute bewegte, dass so viele Park-

plätze in der Innenstadt abgebaut werden konnten. Weil alle gemeinsam am gleichen Strick zogen, gemeinsam nach Lösungen suchten und Kompromisse eingingen, konnte man gute Resultate erreichen.

Wer Interesse zeigte, erhielt von den Initianten durchaus Informationen. Sie waren den Mitgliedern des Grossen Stadtrates gegenüber nie verschlossen, sie wollten nie irgendetwas verheimlichen. Die Initianten verdienen vollen Respekt und auch die Fairness, dass man das Thema in der breiten Öffentlichkeit diskutieren kann. Daher ist es zu früh, das Projekt jetzt einfach so abzubrechen.

Die Initianten haben das Projekt mit dem Stadtrat von Anfang an besprochen. Das Dringliche Postulat ist für die FDP-Fraktion ein politischer Handstreich gegen Treu und Glauben den Initianten gegenüber. Zudem trägt es wenig zur Stadtentwicklung bei. Die Problematik der Carparkierung am Schwanenplatz würde um Jahre zurückgeworfen, wenn man jetzt dieses Geschäft einfach abbricht. Es kann doch nicht sein, dass es für Luzern ein Denkverbot gibt. Es kann doch nicht sein, dass man das Engagement von Privaten ablehnt, die das Beste für Luzern wollen, die über den Rand hinaus denken und schauen, dass sie schlussendlich für links und für rechts gute Lösungen finden. Es kann doch nicht sein, dass eine Käseglocke über Luzern gestülpt wird und somit Lösungen verhindert werden. Aber es gibt leider ein paar Beispiele: vor Kurzem war es die Salle Modulable, heute ist es eventuell das Parkhaus Musegg. Zur Stadtbildinitiative liegt jetzt der Bundesgerichtsentscheid vor. Sie gab viel zu diskutieren, sie hat viel Staub aufgewirbelt. Weitere Lösungen müssen beim Parkplatzabbau, bei den Verkehrsproblemen usw. gefunden werden. Was für Signalwirkungen gehen dabei von der Stadt aus? Der richtige Ansatz wäre, eine intensive, gemeinsame, unvoreingenommene, breite Diskussion über städtebauliche Projekte zu führen, um schlussendlich die Chancen für eine innovative zukünftige Entwicklung der Stadt Luzern in allen Bereichen zu nützen. Und das sollte aus der Vogelperspektive geschehen. Das Signal, das heute ausgesendet wird, geht weit über das vorliegende Projekt hinaus. Private Personen und Firmen werden sich bei einem solchen unabgesprochenen Abbruch eines Projekts, das mitten in der Entwicklung ist, in Zukunft nicht mehr aktiv einbringen und werden solche Projekte nicht mehr finanziell unterstützen. Wirtschaftsbetriebe, die sich als innovative Unternehmen verstehen und sich weiterentwickeln möchten, sehen sich politisch in Luzern eingeschränkt und werden daher mit grosser Zurückhaltung in Luzern investieren. Dadurch wird der Standort Luzern nicht unbedingt attraktiver. Mit dem heutigen Entscheid wird ein klares Zeichen gesetzt, das ein viel grösseres Ausmass hat als nur für das Parkhaus Musegg. Projekte wie KKL oder Uni Luzern, bei welchen damals Kanton und Stadt sehr eng zusammengearbeitet haben, oder eine Allmend wären nicht möglich gewesen, wenn man sie nicht miteinander besprochen hätte, wenn man nicht gemeinsam nach Lösungen gesucht hätte, wenn man nicht gemeinsam aufeinander zugegangen wäre, um sie zu ermöglichen. Die Salle Modulable hat es ja gezeigt. Nach Ansicht des Sprechenden ist es völlig falsch, jetzt den Stecker zu ziehen, denn in zwei oder in drei Monaten könnte man ja öffentlich über das Projekt sprechen. Es ist falsch, den Stecker zu ziehen, bevor das Spiel wirklich begonnen hat. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen solche Vorhaben gemeinsam auf einer höheren Ebene betrachten, sei das das Parkierungskonzept für Personenwagen und Cars, sei das die Wirtschaftsentwicklung mit der Konkurrenz rund um Luzern, sei das der Gesamtverkehr. So müssen sie gemeinsam das Denken fördern und aus der Adlersicht die Bedürfnisse aller Gruppen berücksichtigen. Das erwartet der Sprechende von den Mitgliedern dieses Parlaments, ob sie nun links oder rechts gesinnt sind. Sie müssen Brücken

bauen, denn es gibt immer mehr Personen, die eingeschränkt werden, deren Bedürfnisse durch die Politik nicht mehr abgedeckt werden. Das gefällt dem Sprechenden nicht. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen offene Diskussionen führen, sie müssen aufeinander zugehen, miteinander Geschäfte machen, von welchen die Bevölkerung schlussendlich gewinnen kann. Es geht da nicht um Parteienstärken, es geht nicht darum, Macht auszuspielen, sondern es geht um eine Stadt, in welcher Bereiche wie Wirtschaft oder Verkehr durch die politische Denkweise von links und von rechts abgedeckt werden, eine Stadt, in welcher Menschen, ob links oder rechts denkend, miteinander umgehen können, miteinander leben können und miteinander leben wollen. Es geht weiter darum, gemeinsam aus einer übergeordneten Sicht nach Lösungen zu suchen, die Attraktivierung der Innenstadt gemeinsam weiterzuentwickeln, die Stadt vorwärtszubringen, die Diskussion offen zu halten, sachliche Diskussionen eingehend zu führen, die Verkehrs- und Stadtentwicklung miteinander weiterzubringen, Personen einzubinden, schlussendlich auch das ganze Volk in solche grosse Projekte einzubinden. Die FDP-Fraktion lädt alle Parteien ein, das Gespräch mit dem Stadtrat, mit den privaten Initianten und mit dem Volk zu führen, damit man dann sachlich entscheiden kann, ob man das Projekt will oder nicht. Die FDP-Fraktion lädt die Parteien ein, in der Problemstellung gemeinsam Lösungen zu suchen. Sie lädt die Parteien ein, miteinander die Wahrnehmung auf eine höhere Stufe, auf eine höhere Flugebene zu verlegen, damit die Stadt attraktiv werden kann und als attraktive Stadt wahrgenommen werden kann. Zudem soll das Volk auf jeden Fall über das Thema mitreden können und mehr über das ganze Projekt erfahren. Die CVP wird eine Volksinitiative lancieren, wenn das Postulat heute überwiesen und das Projekt abgebrochen wird. Falls das Projekt heute wirklich abgebrochen wird, kann der Sprechende versichern, dass die FDP der CVP helfen und für das Projekt weiterkämpfen wird. Es kann nicht sein, dass man heute einfach den Stecker zieht. Die FDP-Fraktion will kein Denkverbot und keine Diskussionsverweigerung. Sie lehnt das Dringliche Postulat ab.

Mario Stübi: Ein Entscheid in der Frage Parking Musegg drängt sich für die SP/JUSO-Fraktion auf, weil sie der Ansicht ist, dass keine weiteren Steuergelder in dieses Projekt fliessen sollen. Moment – was für Steuergelder? Das ist doch ein privates Projekt? Falsch! Im heutigen Status ist das Projekt schon lange kein privates mehr. Dazu ist die städtische Verwaltung schon viel zu stark in den Prozess eingebunden. Es sind bereits massiv öffentliche Ressourcen an die Projektierung dieses Baus gebunden, jetzt in diesem Moment und in den vergangenen Monaten, ohne dass die Stimmbevölkerung oder das Parlament je dazu hätten Stellung nehmen können. Nachlesen kann man das in der Interpellation 306 der SP/JUSO-Fraktion: „Was kostet das Parking Musegg den Steuerzahler bereits heute?“

Den Postulanten wurde im Vorfeld zur heutigen Ratsitzung vorgeworfen, sie würden privates Engagement geringschätzen, ja sogar desavouieren. Das ist dummes Zeug. Die Postulanten machen nichts anderes als ihren Job: sie schauen genau hin, wie mit öffentlichen Finanzen umgegangen wird, insbesondere für Projekte, denen gegenüber die Postulanten erstens kritisch eingestellt sind, und die zweitens aus ihrer Sicht in dieser Stadt nicht mehrheitsfähig sind. Es ist die Pflicht der Parlamentarier, mit öffentlichen Geldern massvoll umzugehen. In Zeiten von grösstem Spardruck auf allen Ebenen ist es verantwortungslos, in einem solchem Ausmass öffentliche Ressourcen für eine Idee zu binden, die in ähnlicher Form von der Bevölkerung 1980 schon einmal bachab geschickt und 1992 sogar vom Stadtrat selber zurückgezogen wurde.

Wenn es um den Bau von weiteren Parkhäusern in der Innenstadt geht, will die SP/JUSO-Fraktion mitreden – und das so früh wie möglich. Sie klemmt keine private Initiative ab, sondern will einzig, dass sich die Stadt Luzern nicht mehr weiter daran beteiligt. Ohne privates Engagement, ohne Risikokapital zugunsten einer unternehmerischen Vision wäre unsere Gesellschaft heute nicht, wo sie ist. Es braucht wagemutige Menschen auch in Luzern, die ein Ziel verfolgen, die daran glauben, die aber auch ein Scheitern in Kauf nehmen können. Ein gutes Beispiel wurde gerade an der letzten Ratsitzung behandelt: Hätte sich nicht eine Stiftung mit Vehemenz um private Gelder für den Erhalt der Museggmauer bemüht – der Sprechende weiss nicht, wie die Türme und das Gemäuer heute aussehen würden. Solche Leute braucht die Stadt Luzern und ist ihnen durchaus zu Dank verpflichtet. So auch den Gründern der Parking Musegg AG.

Warum ist die SP/JUSO-Fraktion von dieser Idee nicht auch so begeistert, wie es die Initianten sind? Es hat mit dem Verständnis der Fraktion von einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Mobilitätsentwicklung zu tun. Der Sprechende kann es nicht genug betonen: Ganz grundsätzlich gibt es in der Stadt Luzern nicht zu wenig Parkplätze, sie werden höchstens falsch bewirtschaftet. Nur zu Spitzenzeiten ist ein Teil der öffentlichen Parkhäuser vollständig ausgelastet. Alle privaten und öffentlichen Parkplätze zusammengezählt ergeben folgendes Verhältnis: Auf zehn Einwohner kommen acht Parkplätze. Es hat noch kein Jahr in der Geschichte dieser Stadt gegeben, in welchem sich diese Anzahl reduziert hätte – im Gegenteil: Nach wie vor entwickelt sich die Parkierfläche auf Stadtgebiet nur in eine Richtung, nämlich nach oben. Da ist es aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion berechtigt zu fragen: Warum noch ein Parking? Unabhängig davon, wie es finanziert ist, ob privat, öffentlich oder in einem PPP.

Es kommt hinzu, dass die Fraktion mit dem Projektverlauf nicht zufrieden ist. Der Sprechende zieht einen Vergleich mit der Salle Modulable. Dort gab es eine private Finanzierung für ein konkretes Projekt, und danach hat man versucht, den Bau so auszugestalten, dass er ein öffentliches Bedürfnis wird. So ist es ein Stück weit auch bei diesem Parkingprojekt: Simpel gesagt hat man sich nie überlegt, wie man die Themen Carparkierung, Personenwagenparkierung, Oberflächengestaltung und Shoppingenerlebnis in der Innenstadt lösen möchte. Im Gegenteil, es hat die – notabene nicht neue – Idee eines Parkhauses im Hügel gegeben, und jetzt versucht man argumentativ, den Bau als unabdingbar für die gesamte Verkehrsentwicklung der Region darzustellen. Das ist der verkehrte Weg in einer so wichtigen Thematik. Zum Aspekt der Oberflächengestaltung: Der Wille, das Projekt zum Anlass für eine breite Aufwertung des öffentlichen Raums zu nehmen, ist folgerichtig und zu begrüßen. Wenn man dann aber ein bisschen konkreter hinschaut, zum Beispiel bei der Kompensation von Oberflächenparkplätzen, vermisst die SP/JUSO-Fraktion den Enthusiasmus. Eine eins-zu-eins-Kompensation, wie die Fraktion sie von Anfang an ins Spiel gebracht hat, ist nie auf Begeisterung gestossen. Wahrscheinlich wird sie sogar am Widerstand aus der Wirtschaft scheitern. Auch das Thema Mehrverkehr – der Sprechende versichert, dass ein Parkhaus zu Mehrverkehr führt – wird jeweils stiefmütterlich behandelt.

Was ist aber die Alternative, fragt sich die Öffentlichkeit zu Recht. Gibt es denn andere Lösungen für die Parkierung von Cars und Personenwagen in der Innenstadt? Ja, die gibt es. Bei den Cars funktioniert das neue Parkierregime in den Sommermonaten erfreulich erfolgreich. Wo man die möglicherweise wegfallenden Parkplätze für Reisebusse beim Inseli und sogar noch mehr kompensieren könnte, hat die SP/JUSO-Fraktion mit dem Postulat 7 aufgezeigt. Wenn die Parkplätze am Löwenplatz schon belegt sind, aber im Landenberg sind zum Beispiel

noch vier Plätze frei, dann muss das der Carchauffeur wissen, noch bevor er sich entschieden hat, wohin er fährt. Ein Carparkleitsystem für mobile Geräte macht darum Sinn und ist dem Vernehmen nach von der Stadt bereits angedacht. Die SP/JUSO-Fraktion ist darum gespannt auf das Carparkierungskonzept des Stadtrates und hofft, dass sie einige ihrer Vorschläge darin wiederfindet.

Zu den Autoparkplätzen: Wie vorhin erwähnt sieht die SP/JUSO-Fraktion aus Gründen der Kapazität aktuell keinen Bedarf für ein weiteres Parkhaus in der Innenstadt, aber auch aus Gründen der Mobilitätsentwicklung nicht. Wenn man will, dass das Zentrum der Stadt Luzern auch zu den Stosszeiten irgendeinmal wieder zuverlässig erreichbar wird, muss man dafür sorgen, dass sich die Autokolonnen merklich reduzieren. Das erreicht man durch die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, durch die Erstellung von Infrastruktur für Velos und durch Prinzipien wie „Stadt der kurzen Wege“. Wenn man aber die Stadt für eine Anreise mit dem Auto noch attraktiver macht, erreicht man genau das Gegenteil davon: Einen Verkehrskollaps, und zwar definitiv einen nachhaltigen.

So viel zur Haltung der SP/JUSO-Fraktion gegenüber dem Projekt an sich. Nun zurück zum Wesentlichen, zu diesem Postulat: Es geht der Fraktion um den städtischen Lead in diesem Projekt. Dieser stört sie. Das Projekt ist aber nicht am Ende. Die Initianten sind frei, ihre Vision weiterzuverfolgen, ja sogar eine Volksabstimmung zu ermöglichen. In diesem Sinn stimmt die SP/JUSO-Fraktion dem Postulat zu.

Albert Schwarzenbach: Wenn das Postulat überwiesen wird, heisst das im Klartext, dass der Stadtrat das Projekt nicht mehr weiterverfolgen kann. Er kann es zwar indirekt noch irgendeinmal in irgendeine Carplanung einbringen, aber man muss sich bewusst sein, dass mit dem heutigen Entscheid dieses Thema ziemlich weit wegrückt. Der Stadtrat hat eine Lösung angeboten, indem er den Vorstoss teilweise entgegennehmen würde. Damit hat er einen Kompromiss aufgezeigt, der ein gangbarer Weg gewesen wäre, nämlich insofern, als die Mitglieder des Grossen Stadtrates zu den Informationen gekommen wären, sodass sie die Diskussion wirklich fundiert hätten führen können. Den Sprechenden interessiert z. B., wie die Minderinnahmen für die Stadt denn effektiv aussehen würden. Im Vorstoss wird dieser Punkt so allgemein erwähnt. Da müsste man doch Abklärungen haben, damit man darüber diskutieren könnte. Wenn man über die berühmte Aufhebung von Parkplätzen in der Innenstadt spricht, müsste man doch wissen, um welche es geht. Je nachdem sieht das ganz anders aus, denn auch ein Gewerbler kann damit einverstanden sein, wenn Parkplätze verschwinden, weil sein Geschäft je nach Branche auch mit dem ÖV erschlossen werden kann. Und wenn er dann erst noch über ein Parkhaus eine Basiserschliessung hat, kann das den Detailhandel in der Stadt fördern. Der Sprechende wird nie erfahren, wie es mit den geologischen Risiken wirklich gewesen wäre, und er wird nie erfahren, wie sich ein solches Projekt in ein Gesamtverkehrssystem einbringen kann. Das ist das, was den Sprechenden am meisten stört. Man kann für oder gegen das Parkhaus Musegg sein. Aber dass man nicht bereit ist, zwei Monate zu warten, bis alle Fakten auf dem Tisch sind, findet der Sprechende schade. Die Initianten haben Anfang November alle Fragen, die man ihnen stellte, beantwortet und das Projekt beim Stadtrat deponiert. Der Stadtrat kennt das Projekt, er könnte konsolidiert sagen, was man davon zu halten hat. Aber das wollen die Postulanten nicht zulassen. Es geht um etwas ganz Grundsätzliches, nämlich um die Partizipation. Bei der Salle Modulable haben die Kantonsräte einfach den Stecker herausgezogen. In der Debatte meinte eine Politikerin noch, man könnte ja die

80 Mio. Franken einfach den Musikschulen geben. In dieser Qualität hat der Kantonsrat damals mehrheitlich entschieden, dass das Volk nichts dazu sagen darf. Auch hier, mit der Überweisung des Postulats, ist die Gefahr sehr gross, dass die Bürger gar nichts zu einem so richtungsweisenden Projekt sagen dürften, es sei denn, es gelänge noch, das mit einer Volksinitiative umzukehren und die Bürger wirklich ernst zu nehmen. Diese Kultur ist problematisch. Es ist die gleiche Kultur, wenn man Verkehrspolitik über Mehrheiten machen will. Der Erfolg der Verkehrspolitik der Stadt Luzern in den letzten Jahren beruht auf Konsens, man hat miteinander versucht, einen Weg zu finden. Hier will man jetzt einen Mehrheitsentscheid provozieren und schliesst wichtige Kräfte, nämlich diejenigen, die den Mitgliedern des Grossen Stadtrates einen Brief geschrieben haben, einfach aus. Man kann doch auf Dauer nicht gegen den Willen von starken Minderheiten regieren, sondern man muss miteinander einen Weg finden. Das kann man nur, wenn man gesicherte Fakten hat. Natürlich kann man das Parkhaus Musegg verhindern, die Frage ist nur, welche Alternative es denn gibt. Es gibt Alternativen, die Grünen haben mit einem Vorstoss den Mattenhof vorgeschlagen. Die CVP-Fraktion hat die Idee der Partizipation umgesetzt, sie ist nämlich zu den Direktbetroffenen gegangen, zu den Touristenkreisen, und hat sie gefragt, was sie von diesem Vorschlag halten. Der Wirtschaftszweig Tourismus sieht das eben nicht so wie die Grünen; die Tourismuskreise finden nicht, dass das die Lösung ihrer Anliegen sei. Der Sprechende findet es wichtig, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates eine Kultur entwickeln, dass man mehr auch die Chancen und nicht nur die Risiken sieht. Er ist sehr skeptisch, wenn z. B. der Titel der Volksmotion 236, „Für die Museggmauer! Gegen das Parkhaus Musegg!“, die Basis einer Diskussion sein soll. Auch der Titel des heutigen Postulats ist imperativ: „Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Musegg verzichten!“ Der Sprechende glaubt, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates in der Verkehrspolitik wieder dort weiterfahren müssen, wo die Stadt in den letzten Jahren erfolgreich war, und miteinander zu guten Lösungen finden müssen.

Peter With: Vonseiten der SP/JUSO-Fraktion wurde gesagt, es gebe immer mehr Parkplätze in der Stadt. Das mag ja stimmen, aber man müsste auch so ehrlich sein und sagen, dass das nicht einfach öffentliche Parkplätze sind, die geschaffen werden, im Gegenteil, diese gingen wieder zurück. Und man müsste ehrlicherweise auch sagen, dass nicht nur die Parkplätze zunehmen, sondern dass auch das Bevölkerungswachstum zunimmt und logischerweise mehr Parkplätze generiert. Wenn man dann noch hört, dass angeblich genug Parkplätze vorhanden sind und diese nur in den Stosszeiten besetzt seien, muss man sagen, dass das gleiche Argument natürlich auch für Bus und Bahn gilt: auch dort kommt es nur in den Stosszeiten zu einer Überlastung, auch dort hat man eben während den Stosszeiten Probleme wegen Unpünktlichkeit und Verspätungen. Aber dort ist es dann offenbar kein Problem, ein massiv erweitertes Angebot zu schaffen; dort sagt man, das Angebot müsse erweitert werden, obwohl sich das für die vbl in der Nacht vielleicht auch nicht unbedingt rentiert. Man muss eben auch bei den Parkplätzen ein zukunftsgerichtetes Angebot schaffen, das auf die Bedürfnisse des Detailhandels eingeht. Da braucht es Lösungen, und diese bestehen nicht nur im ÖV und in den Velos, sondern gerade wenn es um den Detailhandel geht, wo man ja Produkte einkauft und irgendwie heimtransportieren will, muss man auch Lösungen finden für Leute, die nicht im Zentrum der Stadt wohnen und mit dem Auto einkaufen gehen wollen. Für diese wäre eine solche Parkmöglichkeit sicher idealer, als wenn sie zuerst stundenlang in der Stadt einen Parkplatz suchen müssen.

Christian Hochstrasser: Heute ist der 15. Dezember, es geht auf Ende Jahr zu, das ist eine Gelegenheit für einen kleinen Jahresrückblick. Vor siebeneinhalb Monaten waren Wahlen. Drei Parteien, die Grünliberalen, die SP und die Grünen haben schon vor den Wahlen gesagt, dass das Parkhaus Musegg für sie nicht in Frage kommt, unabhängig davon, wie es ausgestaltet wird. Das Resultat war, dass diese drei Parteien 25 von 48 Sitzen holten, also die Mehrheit der Sitze gewannen. Die Mehrheit will also grundsätzlich in diese Richtung gehen. Die G/JG-Fraktion war gespannt, wie die Initianten des Parkhauses und der Stadtrat darauf reagieren. Die Fraktionen G/JG, SP/JUSO und GLP haben im Herbst einen Vorstoss eingereicht, das Carparkierungskonzept ohne Parkhaus Musegg zu planen. Die SP/JUSO-Fraktion hat Alternativvorschläge aufgezeigt, die GLP-Fraktion hat den Schutz der Museggmauer thematisiert. Es passierte nichts, die Initianten des Parkhauses Musegg haben gleich weitergemacht, sie haben das Gespräch nicht gesucht, bis vorgestern. Die G/JG-Fraktion hat sich schon die Frage gestellt, wann der Stadtrat und die Initianten merken, dass sie mit diesem Projekt an eine Wand fahren. Die Fraktion musste sich fast zu diesem Postulat zwingen. Ihre Haltung ist seit Monaten, wenn nicht seit Jahren bekannt. Das hat nichts damit zu tun, dass die G/JG-Fraktion verbohrt wäre, sondern für sie ist klar, dass sich das Projekt nicht so ändern lässt, dass sie ihm je zustimmen möchte, egal wo der Ausgangs- oder der Eingangstollen ist. Das will die Fraktion ehrlich und transparent kommunizieren und hat es auch ehrlich und transparent bereits vor anderthalb Jahren hier drin kommuniziert. Es ist nicht so, dass die Fakten die Fraktion nicht interessieren würden. Aber sie kann sich jetzt schon, unabhängig von den Fakten, klar entscheiden, wie ihre Grundhaltung ist. Reto Kessler hat vorhin gesagt, die FDP-Fraktion werde für das Parkhaus Musegg weiterkämpfen. Auch er kennt die Fakten ja nicht, aber er sagt, er kämpfe für dieses Projekt. Die Meinungen sind also offenbar gemacht, auf jeden Fall zu einem guten Teil. Wem bringt es da etwas, wenn man jetzt noch ein paar Monate zuwartet und dann das Projekt bei der Umzonung oder beim Baurechtsvertrag hier drin Schiffbruch erleidet? Dann würde es ja auch keine Volksabstimmung geben. Das ist ein demokratischer Grundsatz: Wenn eine Vorlage nicht durchs Parlament kommt, gibt es keine Volksabstimmung, ausser man würde natürlich den Weg einer Initiative beschreiten.

In den letzten Tagen ist etwas Interessantes passiert, das den Sprechenden überrascht hat. Er hatte erwartet, dass es auf diesen Vorstoss heftige Reaktionen geben würde, die den Postulanten gegenüber kritisch wären. Das Überraschende war, dass aus durchaus sehr bürgerlichen Kreisen Rückmeldungen kamen, welche die Postulanten in ihrem Anliegen unterstützten. Die Trennlinie geht vielleicht gar nicht so zwischen links und rechts durch, wie es jetzt den Anschein macht. Auch ganz andere Leute stellen sich die Frage, wem dieses Parkhaus eigentlich etwas bringt ausser Bucherer, Gübelin und denjenigen, die es planen und bauen wollen.

Es steht noch das Argument der Diskussionsverweigerung oder des Machtmissbrauchs im Raum. Seit zwei Jahren spricht man immer wieder über das Projekt. Es gab diverse Vorstösse, es gab eine Volksmotion. Gerade jetzt diskutiert der Grosse Stadtrat schon einige Zeit über das Projekt. Für die G/JG-Fraktion hat ihre Haltung auch mit Verantwortung zu tun, da knüpft der Sprechende an eine Bemerkung von Roger Sonderegger an: Die G/JG-Fraktion will Verantwortung übernehmen und jetzt ehrlich und transparent sagen, dass das Projekt nicht durch diesen Rat kommen wird. Deshalb muss man jetzt die Reissleine ziehen. Die G/JG-Fraktion will, dass es Alternativen gibt. Kann jemand dem Sprechenden erklären, warum man nicht

heute an Alternativen denken soll, wenn vorprogrammiert ist, dass dieses Projekt nie realisiert werden wird?

Sandra Felder-Estermann: Dass Fragen, Kritik und Ängste vorhanden sind, vor allem im betroffenen Quartier, im Quartier der Sprechenden, ist absolut verständlich. Aber die Postulanten sollen den Grossen Stadtrat doch diese Diskussion komplett und ausführlich führen lassen, nämlich dann, wenn die effektiven Fakten auf dem Tisch liegen. Jetzt stehen sehr viele Behauptungen im Raum und noch nicht die effektiv letzten Fakten. Letztlich darf ja das Volk entscheiden. Die Postulanten sollen doch das Volk entscheiden lassen! Christian Hochstrasser hat gerade gesagt, es gehe nicht um links oder rechts, es gebe Leute von der linken und von der rechten Seite, die dafür oder dagegen sind. Das ist so. Dann soll man doch zulassen, dass zuerst diese Fakten effektiv auf den Tisch kommen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sind das dem Volk schuldig und vor allem auch den Initianten des Projekts. Denn das Volk soll das letzte Wort haben. Und das hat es in diesem Fall ja ganz sicher. Es kann immer noch Ja oder Nein sagen. Was aber jetzt im Grossen Stadtrat abläuft, ist für die Sprechende eine politische Diktatur, wo man sich einfach mit einer hauchdünnen Mehrheit durchsetzt. Das ist nach Ansicht der Sprechenden falsch. Von linker Seite wurde vorhin gesagt, sie möchten möglichst viel Volk, möglichst viele Schweizerinnen und Schweizer, die abstimmen können. Dann soll die linke Ratshälfte jetzt zulassen, dass das Volk abstimmt, dass es das letzte Wort hat, und soll das Projekt nicht jetzt schon abwürgen. Das ist unfair und absolut nicht in Ordnung. Das Volk darf und soll dazu seine Meinung bekunden, das soll man nicht jetzt schon zunichtemachen.

Fabian Reinhard ist überrascht, dass sich Links-Grün jetzt quasi zur Hüterin der Parkplätze im Hirschmattquartier macht. Er möchte aber gar nicht um einzelne Parkplätze streiten, das interessiert ihn nicht so stark, er möchte von der Diskussion um einzelne Parkplätze wegkommen. Es geht um viel mehr. Das Stichwort Salle Modulable ist heute mehrfach gefallen. Der Grosse Stadtrat hat zum Projekt Salle Modulable sehr intensive Diskussionen geführt. Auch zu diesem privaten Projekt gab es starke Kritik von Links-Grün. Urban Frye hat dann in einem Postulat gefordert, dass Varianten ausgearbeitet würden. Das war in der Konstellation der Salle Modulable jedoch nicht möglich, weil es eine bedingte Schenkung war. Der Sprechende muss das nicht alles wiederholen. Aber jetzt wäre es ja möglich, jetzt hätte der Grosse Stadtrat ja die Möglichkeit, diese Diskussion zu führen, jetzt hätte er die Möglichkeit, nicht einfach nur an einer Variante, einer Option festzuhalten. Das Parking Musegg ist eine Option, eine Variante, die auch noch anders werden könnte. Der Grosse Stadtrat hätte die Möglichkeit, darüber zu diskutieren, er könnte auch, wie Roger Sonderegger sagte, darüber nachdenken, ob man nicht stattdessen ein oberirdisches Parkhaus abreissen soll. All das ist jetzt noch möglich, aber nur, wenn man diese Variante nicht schon vom Tisch nimmt, so kurze Zeit vor der Veröffentlichung der Unterlagen und des Vorprojekts, das ja schon vorliegt. Auch das Argument mit den Kosten ist nicht stichhaltig, denn für das Vorprojekt wurde bereits Geld ausgegeben, aber das Vorprojekt ist ja quasi abgeschlossen, sodass jetzt nicht noch weitere Kosten entstehen. Man muss das Vorprojekt nur noch dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich machen, dann kann man darüber entscheiden. Der Abbruch zum jetzigen Zeitpunkt verstösst gegen Treu und Glauben. Es geht um den Zeitpunkt, dass das Projekt jetzt abgebrochen werden soll. Es geht nicht darum, dass jemand gegen das Parking Musegg ist; dazu hat jeder sein

gutes Recht. Sondern es geht um den Zeitpunkt. Der Stadtrat hat mit den privaten Investoren eine Vereinbarung in Bezug auf die Zusammenarbeit getroffen. Das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt abzubrechen verstösst gegen Treu und Glauben und ist – bereits das zweite Mal nach der Salle Modulable – ein äusserst schlechtes Zeichen, dass man es in der Stadt Luzern nicht schafft, solche Projekte umzusetzen, dass man es nicht schafft, diese Diskussionen zu führen, sondern dass man die Projekte bereits in einer so frühen Planungsphase einfach versenkt. Die FDP-Fraktion fragt sich, welche Projekte denn in der Stadt Luzern überhaupt noch möglich sind. Falls es den Postulanten gelingt, das Parkhaus Musegg jetzt so abzuschmettern, haben die Mutlosen, die Ideenlosen in der Stadt Luzern einmal mehr gewonnen.

Marcel Lingg sieht es ähnlich wie Fabian Reinhard und Sandra Felder-Estermann. Letztere hat von einer Diktatur gesprochen. Der Votant würde es nicht so brutal formulieren, aber es geht in diese Richtung: Alle Macht den Parlamentariern! Man will jetzt bewusst so politisieren, dass wichtige Visionen bereits im Parlament verhindert werden. Das hat auch der Kantonsrat bei der Salle Modulable gemacht. Jetzt wollen die Postulanten mit ihrem Vorstoss verhindern, dass es zu diesem Projekt eine Botschaft ans Volk gibt, wie es bei einer Volksinitiative oder einem Referendum der Fall wäre. Der Sprechende fragt die linke Ratshälfte, weshalb sie vor der Bevölkerung Angst hat. Wenn die Postulanten so überzeugt sind, dass das Parkhaus Musegg in dieser Stadt keine Chance hat, wieso weigern sie sich dann, das Projekt überhaupt vors Volk zu bringen, wenn sie schon so siegessicher sind? In diesem Sinn ist der Sprechende nicht einmal enttäuscht, wenn das Projekt Musegg heute, wie die Millionen für die Salle Modulable vor Kurzem, bachab oder reussab gehen sollte. Schlimmer ist, dass die Demokratie beschnitten und ad absurdum geführt wird. Hinter dem kann der Sprechende als Politiker nicht stehen, damit kann er sich nicht abfinden. Darum bittet er die Gegner des Projekts, vielleicht mit einer Stimmenthaltung in jeder Fraktion dem Stadtrat und den Visionären die Chance zu geben, das Projekt dem Parlament und der Bevölkerung vorzustellen. Dann können das Parlament und die Bevölkerung entscheiden, ob es eine gute oder eine schlechte Idee ist. Es ist wirklich noch in den Sternen geschrieben, ob die SVP-Fraktion dereinst hinter dieser Vorlage stehen wird; es ist nicht etwa so, dass sie jetzt blindlings hinter dem Parkhaus Musegg herrennt. Wenn das Parkhaus Musegg das Carproblem nicht lösen kann und auch das Inseli nicht einbezieht – die SVP-Fraktion hat den Visionären gesagt, dass sie das Inseli einbeziehen müssen –, wenn man einfach hingehet und 500 Parkplätze aufhebt – darüber hatte die Fraktion auch schon Diskussionen mit UVS-Direktor Adrian Borgula –, wenn man der Fraktion nicht ein bisschen entgegenkommt, wird sie vielleicht auch nicht einstimmig hinter dem Parkhaus Musegg stehen. Aber jetzt geht es nicht um die SVP, sondern es geht darum, der Stadtbevölkerung die Chance zu geben, unter Kenntnisnahme des gesamten Projekts einen fairen Entscheid zu fällen, ob man das Parkhaus Musegg will oder nicht, und dass man, wenn man es nicht will, auch wieder die Chance hat, gemeinsam Alternativen auszuarbeiten. Der Sprechende lässt offen, ob das diejenigen sind, welche die SP/JUSO-Fraktion mit ihrem Vorstoss vorgeschlagen hat, oder ob das eventuell sogar wieder die Vision von einem Parkhaus Metro ist. Er möchte erst dann über Alternativen diskutieren, wenn ein fairer demokratischer Entscheid gefällt wurde, ob das Parkhaus Musegg realisiert werden soll oder nicht. Im Sinn dieser Ausführungen bittet der Sprechende die Postulanten, der Stadt, dem Parlament und der Bevölkerung im Blick auf die Festtage die Demokratie quasi als Geschenk zu machen, indem sie einen Entscheid des Volkes ermöglichen.

Noëlle Bucher: Soll die Stadt das Parkhaus Musegg graben oder begraben? Die Sprechende will sich zuerst gegen den Vorwurf wehren, das Postulat sei ein Lausbubenstreich. Wenn die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion, der GLP-Fraktion und der G/JG-Fraktion die politischen Machtverhältnisse in diesem Parlament nicht nützen würden, um ihre Interessen und die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler zu vertreten, wären sie doch schlicht nur dumme Politikerinnen und Politiker.

Die Sprechende lehnt das Parkhaus Musegg aus drei Gründen ab, die bislang noch nicht genannt wurden:

1. Sie gibt ihre Stimme heute einem Teil des Volkes, der sonst nie mitreden kann: den Kindern, und zwar denjenigen Kindern, die auf ihrem Schulweg täglich dort vorbeilaufen, wo der Eingang ins Parkhaus geplant ist. Mit dem Bau des Parkhauses Musegg würde die Schulwegsicherheit dieser Kinder massiv leiden.
2. Die Sprechende war am Tag der Testsprengung in der Wohnung ihrer Eltern direkt hinter der Museggmauer und wollte sich selber davon überzeugen, dass sie nichts von der Sprengung mitbekommt. Sie hat tatsächlich nichts mitbekommen. Aber ein Gipsengel an der Wand hat den Tag nicht überlebt. Das hat die Sprechende echt beängstigt.
3. Die Sprechende ist der Meinung, dass man Oberflächenparkplätze auch aufheben kann, ohne das Parkhaus Musegg zu bauen.

Die Sprechende ist für die vollständige Überweisung des Postulats.

Roger Sonderegger will noch etwas zu einem der grossen Gegenargumente gegen das Parkhausprojekt sagen, nämlich zur Verkehrslawine, die losrollt. Der Stadtrat hat Bedingungen gestellt, Gelingensbedingungen. Eine davon lautet, dass das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität eingehalten werden muss. Was bedeutet das? Das Verhältnis zwischen den Parkplätzen, die in den Berg hinein kommen, und denjenigen, die draussen aufgehoben werden, ist nicht eins zu eins vorgegeben oder politisch vorgegeben. Man geht auf dem anderen Weg an diese Frage heran. Man schaut, wie viele Fahrten ein Parkplatz generiert. Das, was neu dazu kommt, darf nicht mehr Fahrten generieren als das, was man abbaut. So wird das Ganze verkehrsneutral. Es ist nicht so, dass jetzt eine riesige Verkehrsmenge neu auf die Strassen käme, denn die Parkplätze, die aufgehoben werden sollen, dienen ja genau zur Einhaltung des Reglements. Das würde im Vorprojekt so untersucht worden sein, das könnte man wahrscheinlich so anschauen. Der Sprechende hat es auch nicht gesehen, aber man müsste es eben einmal öffentlich sehen, damit man zu dieser grossen Angst vor einer Verkehrslawine faktisch Stellung nehmen könnte.

Reto Kessler dankt Christian Hochstrasser für sein Votum. Christian Hochstrasser ist für den Sprechenden immer ein guter Sparringspartner, weil er ehrlich und fair ist und man einander nachher trotzdem in die Augen schauen kann. Christian Hochstrasser hat gesagt, Ja oder Nein. Das ist so, aber das ist die Frage am Schluss. Es gilt doch, wo ein Kläger, ist auch ein Richter, und in der Regel auch ein Angeklagter. Wo ein Angeklagter ist, muss man ihn zuerst zu Wort kommen lassen, bevor man sagen kann, Ja oder Nein. Der Sprechende glaubt, dass genau das im Moment nicht passiert. Darum sollte man noch diese zwei Monate warten, und dann könnte man wirklich offen darüber diskutieren und Ja oder Nein sagen. Der Sprechende würde jede Meinung akzeptieren, ob einer Ja sagt oder Nein sagt. Das wäre dann auch auf

Fakten gegründet. Aber was der Grosse Stadtrat im Moment macht, ist überhaupt noch nicht begründet. Man weiss ja gar noch nicht – dies zu Noëlle Bucher –, wie dann die Zufahrt aussieht und wie alles funktioniert, was dort noch gemacht werden muss. Der Sprechende ist auch noch nicht sicher, dass das alles so reibungslos funktioniert. Aber das ist im Moment eigentlich völlig egal. Darüber muss man eben diskutieren. Und zu diesem Zweck muss man das Projekt zuerst einmal kennen. Diese Chance sollte das Projekt haben.

Nico van der Heiden will noch zwei Details erwähnen und sich dann zu etwas Grundsätzlichem äussern. Er hat schnell gegoogelt und festgestellt, dass die Parkhaus Unterer Graben AG in St. Gallen, die Parkhaus Herrenacker AG in Schaffhausen und das Parkhaus Hallenstrasse in Zürich in den letzten Jahren alle Konkurs gingen.

Peter With hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Parkplätze zunehmen, die Bevölkerung aber auch. Die Strassen sind jedoch noch die gleichen, das heisst, die Strassenkapazität hat nicht zugenommen in letzter Zeit.

Eine grundsätzliche Bemerkung: Private Ideen sind ja gut, aber sie haben eben ein Problem, wenn sie die politischen Mehrheiten ungenügend berücksichtigen oder schlecht einbeziehen. Dann landet man nämlich am Schluss, ähnlich wie bei der Salle Modulable, bei einer „friss oder stirb“-Abstimmung. Es gibt dann einfach ein fixfertiges Projekt, zu dem man nur noch Ja oder Nein sagen kann. Wenn dieses Parlament in zwei, drei oder fünf Monaten Nein sagt, dann ist es ein Nein – dies zu Sandra Felder-Estermann –, dann gibt es keine Volksabstimmung. Man kann nicht allen Ernstes von irgendjemandem hier drin verlangen, wie Marcel Lingg es tat, sich gegen seinen Willen, gegen seine innere Überzeugung der Stimme zu enthalten. Dieser Vorschlag kann nicht ernst gemeint sein, wenn man als Volksvertreter in diesem Parlament politisiert. Der Sprechende findet es den privaten Initianten gegenüber ehrlicher, heute zu sagen, dass es für dieses Projekt keine Mehrheit gibt, unter keinsten Umständen. Warum soll man sie noch länger ins Messer laufen lassen, wenn man jetzt schon sieht, dass es für dieses Projekt keine Mehrheit gibt? Das wäre den privaten Initianten gegenüber viel unehrlicher, als jetzt mit diesem Postulat ehrlich Farbe zu bekennen.

Korintha Bärtsch hat Freude, heute dieser Diskussion zu folgen. Es ist ein bisschen eine Premiere. Es ist eine gute Diskussion, es gibt eine lange Rednerliste, von allen Parteien äussern sich mehrere Mitglieder. Die Sprechende ist jetzt seit elf Jahren in diesem Spiel dabei. Seit September gibt es eine neue Mehrheit, die „Ökomehrheit“, wie man sie nennen kann. Vorher gab es diese nicht, sondern eine rein bürgerliche Mehrheit. Wenn es Themen gab, bei welchen Links-Grün hinstand und engagiert seine Ideen vertrat, hat es die bürgerliche Ratsseite manchmal gar nicht für nötig gehalten, auf die Diskussion einzusteigen, sondern hat das Anliegen einfach ohne jeglichen Kommentar abgelehnt und abgewürgt. Die Sprechende ist überrascht, wenn Sandra Felder-Estermann der linken Ratsseite vorwirft, sie würde mit einer Mehrheit eine Minderheit ab. Die G/JG-Fraktion ist bei sehr vielen Themen kompromissbereit, das hat sie mehrfach bewiesen. Sie ist bereit, Brücken zu bauen, auch einmal ein Schrittchen von ihrem Standpunkt abzugehen und Lösungen zu ermöglichen. Aber es gibt auch Themen, wo sie nicht kompromissbereit ist. Das ist ja bei vielen Leuten auch im privaten Bereich so, oder ist auch bei anderen Parteien so: es gibt einfach einen Punkt, bis zu welchem man gehen kann, und weiter nicht. Genau gleich gibt es auch Themen, bei welchen die G/JG-Fraktion private Initiativen unterstützen möchte. Die Sprechende erwähnt als Beispiel das Neubad: Da

gibt es eine grosse private Initiative, welche die G/JG-Fraktion gern unterstützt, welche aber von anderen Seiten sehr stark negiert wird. Das hat sich zwar ein bisschen geändert, aber am Anfang war der Widerstand sehr stark. Nach Einschätzung der Sprechenden liegt es in der Natur der Sache, dass die einen Parteien gewisse Privatinitiativen, die in die eigene Richtung gehen, lieber unterstützen, und die anderen Parteien privates Engagement, das in die andere Richtung geht. Das hat mit Politik zu tun, mit einer politischen Haltung. Die G/JG-Fraktion ist weiterhin bestrebt, Kompromisse zu finden, aber nicht beim Parkhaus Musegg.

Michael Zeier-Rast will eine Replik zu Nico van der Heiden machen. Faktisch kann man das meiste, was Nico van der Heiden geäussert hat, so stehen lassen, aber bei einer Bemerkung hat es den Sprechenden gejuckt, sich zu melden, nämlich, dass die Stadt sich beim Parkhaus Musegg in der gleichen Situation befinde wie bei der Salle Modulable, was die Initianten anbelangt. Da will der Sprechende einfach klarstellen, dass das nicht der Fall ist. Denn beim Parkhaus Musegg handelt es sich um Leute aus der Stadt Luzern, die die Initiative ergriffen haben, Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die eine Idee haben, welche allenfalls in das Verkehrskonzept der Stadt hineinpassen könnte. Die sitzen jetzt auch hier im Ratsaal unter den Zuhörern, mit ihnen kann man auch weiterhin reden und noch einen Schritt weitergehen. Man befindet sich eben immer noch in diesem Prozess. Dazu gibt es jetzt einen Basisentscheid, ob man das Parkhaus Musegg will oder nicht. Aber es ist nicht so, dass der Stadt wie bei der Salle Modulable von jemandem etwas vorgesetzt wird mit dem Ultimatum, wenn sie das nicht nehmen, seien die 80 Mio. Franken definitiv weg. Das ist hier nicht der Fall. Die Stadt Luzern ist eine kleine Stadt, und als kleine Stadt hat sie zum Teil Grossartiges erreicht. Der Grosse Stadtrat darf sich einfach solche Chancen nicht entgehen lassen. Wenn er dann diesen Bericht sieht, eben in zwei, drei Monaten, kann es ja durchaus sein, dass die linke Ratsseite dagegen ist und das Projekt ablehnt, aus diesem und jenem Grund. Aber es kann auch sein, dass sie etwas in diesem Projekt sieht, was sie dazu führt zu sagen, man müsse daran weiterarbeiten, weil es ein Potenzial enthält, mit dem man etwas machen kann. Mario Stübi hat vorhin gesagt, die Stadt müsse wegen den Geldern stoppen, die sie ausgegeben hat, damit sie nicht noch mehr ausgibt. Diese Überlegung ist falsch. Es geht um zwei, drei Monate. Von der Investition her gesehen wäre es ja wohl das Dummste, wenn der Grosse Stadtrat heute verlangen würde, man müsse jetzt abrechnen. Dann wurde das Geld nämlich für nichts ausgegeben.

Luzern ist eine kleine Stadt, nur gemeinsam kann man etwas Grosses erreichen.

Sonja Döbeli Stirnemann will auf das Votum von Korintha Bärtsch erwidern. Korintha Bärtsch hat gesagt, sie sei jetzt elf Jahre im Grossen Stadtrat, die Sprechende ist zehn Jahre dabei. Der Grosse Stadtrat hat das Parkhaus Musegg immer unterstützt, eben mit den alten Mehrheiten, wie die Sprechende zugibt. Aber die Initianten haben sich mit diesen Mehrheiten, mit unterzeichneten Dokumenten des Stadtrates auf den Weg gemacht. Jetzt ist das Mehrheitsverhältnis gekippt. Nach Ansicht der Sprechenden liegt es in der Verantwortung derjenigen, die jetzt die Macht haben, fair zu bleiben und den Prozess weiterzuführen, und nicht einfach wie ein 18-Jähriger, der das erste Mal allein ein Auto fahren darf, irgendwo in die Wand zu fahren. Die neue Mehrheit soll auch ein bisschen Respekt haben.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Stadtrat hat die Federführung beim Projekt Parkhaus Musegg dem Präsidium übertragen, denn es ist nicht ein reines Verkehrsprojekt, sondern ein Teil der Attraktivierung der Innenstadt. Diesen Aspekt gleich zu Beginn zu betonen ist dem Sprechenden wichtig, und daran möchte er seine Ausführungen anknüpfen. Trotz aller Differenzen, die in der sehr angeregten Diskussion gut herauskamen, glaubt der Sprechende, dass alle ein gemeinsames Interesse haben: alle wollen eine attraktive Innenstadt. Alle wollen, dass die Geschäfte, die in der Innenstadt sind, sich entwickeln und weiterexistieren können. Aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner in der Innenstadt sollen eine gute Lebensqualität haben. Darin sind sich wohl alle einig. Der Stadtrat und der Grosse Stadtrat wollen diesen Geschäften, die durch den Onlinehandel bereits unter Druck stehen und mit den neuen Shoppingcenter in der Region noch mehr unter Druck kommen werden, helfen und sie unterstützen. Alle möchten auch, wie der Sprechende glaubt, die bestehenden Verkehrs- und Erschliessungsprobleme in der Innenstadt lösen oder mindestens in ihren Auswirkungen entschärfen. So weit besteht Einigkeit. Jetzt gibt es verschiedene Lösungsansätze. Private Initianten haben mit Unterstützung der Stadt das Projekt – oder besser das Vorprojekt – Parkhaus Musegg entwickelt. Sie haben dazu sehr umfassende Abklärungen und Arbeiten gemacht. Der Sprechende will ein paar davon aufzählen, ohne auf den Inhalt einzugehen. Sie haben baurechtliche und raumplanerische Abklärungen gemacht. Das ging so weit, dass sie schon Dienstbarkeitsverträge mit betroffenen Grundeigentümern abschlossen. Sie haben Abklärungen gemacht zu den Verkehrsverlagerungen, die in der Diskussion jetzt mehrfach angesprochen wurden, was für Auswirkungen das Parkhaus effektiv auf den Verkehr in der Stadt Luzern haben würde. Sie haben zur Gestaltung der Ein- und Ausgänge des Parkhauses umfassende Abklärungen getroffen, welche sogar schon in der Stadtbaukommission angeschaut wurden. Sie haben sehr viele Arbeiten zur technischen Umsetzung dieser Parkieranlage gemacht und z. B. Brandschutz- und Sicherheitsfragen abgeklärt. Und sie haben, wie man auch in der Zeitung lesen konnte, zu den geologischen Aspekten und zur Sicherung und dem Schutz der Museggmauer umfassende Untersuchungen angestellt. Dann haben sie selbstverständlich auch das Thema Kosten und Rentabilität genau angeschaut. Und als letzten Punkt, der jedoch wahrscheinlich fast der wichtigste ist, haben sie in intensiver Zusammenarbeit mit der Stadt die Kompensation der Oberflächenparkplätze genau geprüft und aufgezeigt, was für Auswirkungen, was für ein stadträumliches Aufwertungspotenzial sie hätte. Diese umfassenden Arbeiten sind jetzt zum grössten Teil abgeschlossen, sodass diesbezüglich jetzt auch nicht mehr hohe Kosten oder Aufwendungen auf die Stadt zukommen. Der Grosse Stadtrat muss heute entscheiden, ob er diese Arbeiten anschauen will, ob er sie in die Entscheidung einbeziehen will. Aus Sicht des Stadtrates verdienen sie es, gewürdigt zu werden, sie verdienen es, politisch diskutiert und beraten zu werden, und zwar unabhängig von der grundsätzlichen Haltung zum Parkhaus Musegg. Die Stadt hat parallel, wie in den Voten auch erwähnt wurde, ein Carparkierungskonzept erarbeitet; es liegt grundsätzlich vor und wird jetzt noch angereichert mit gewissen Ideen und Anregungen, die nicht zuletzt aus Vorstössen des Parlaments stammen. Das Carparkierungskonzept beinhaltet kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen, in welchen das Parkhaus Musegg eine Rolle spielen würde. Mit dem Carparkierungskonzept will der Stadtrat aufzeigen, wie die Steuerung und die Abwicklung des Carverkehrs in der Stadt und insbesondere natürlich in der Innenstadt verträglicher gestaltet werden kann. Aus Sicht des Stadtrates ist jetzt der richtige Zeitpunkt für diese Auslegeordnung. Darum schlägt er in der Antwort auf das Postulat vor, einen Planungsbericht zu erstellen, der einerseits das

Carparkierungskonzept enthält, mit dem Parkhaus Musegg als einem möglichen Lösungsansatz, aber auch allenfalls mit Alternativen, und andererseits soll der Planungsbericht aufzeigen, wie das Forum Attraktive Innenstadt, das sich ja in einem Prozess befindet, wozu Ende Januar ein nächster Workshop stattfindet, einbezogen werden kann. Aus Sicht des Stadtrates ist es darum klar nicht gerechtfertigt, die Projektierung zum Parkhaus Musegg jetzt einfach abubrechen und zu beenden. Es ist aber aus Sicht des Stadtrates möglich, in den Arbeiten einen Zwischenhalt einzulegen, weil sie eben seitens der privaten Initianten weitgehend abgeschlossen sind. Das kommt in der teilweisen Entgegennahme des Postulats zum Ausdruck. Der Stadtrat schlägt vor, die Arbeiten zu sistieren und die Eingabe an den Kanton für die Vorprüfung im Moment aufzuschieben, damit man mit diesem Planungsbericht eine Gesamtsicht ermöglichen kann.

Der Sprechende kehrt noch einmal an den Anfang zurück: er glaubt, Stadtrat und Grosse Stadtrat haben ein gemeinsames Interesse. Ein gemeinsames Interesse umzusetzen bedingt aber, dass man ein gemeinsames Vorgehen hat und eine offene Diskussion führt, bei welcher alle Fakten auf dem Tisch liegen. Darum hat der Stadtrat versucht, mit der teilweisen Entgegennahme eine Brücke zu bauen. Diese Brücke wurde nicht genutzt, indem die Postulanten an der vollständigen Überweisung festhalten. Mit der vollständigen Überweisung würde jetzt die Zusammenarbeit beendet. Ein gemeinsames Vorgehen würde zwar nicht verunmöglicht, aber weitgehend erschwert. Der Stadtrat ist gegen den Abbruch dieser Arbeiten zum jetzigen Zeitpunkt, und gegen den Abbruch dieser Zusammenarbeit.

Mirjam Fries will die Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite noch einmal auffordern, sich ihre Haltung zu überlegen. Sie haben jetzt vom Stadtpräsidenten gehört, was für Arbeit in das Projekt hineingesteckt wurde. Kluge Leute haben sich Ideen ausgedacht, haben x Stunden darauf verwendet, und die linke Ratshälfte interessiert sich nicht einmal dafür, was dabei herausgekommen ist. Die Sprechende ist der Ansicht, dass es auch zur Verantwortung der Mitglieder des Grossen Stadtrates gehört, diese Ideen zu diskutieren. Vielleicht hat es darunter Ideen, die nicht für ein Parkhaus, aber für die Zukunft der Stadt eine Weiterentwicklung ermöglichen. Daher richtet die Sprechende einen letzten Appell an die Fraktionen der Postulanten, sich noch einmal zu überlegen, ob sie nicht dem Stadtpräsidenten und dem Stadtrat folgen möchten.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher: Die Postulanten beantragen die vollständige Überweisung des Postulats. Somit fällt die teilweise Überweisung weg. Die Abstimmung betrifft nur die vollständige Überweisung.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 28 vollständig mit 23 : 22 Stimmen.

- **Dringliches Postulat 29, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016:
Keine Erhöhung der Kampfjetbewegungen in Emmen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Joseph Schärli: Die Forderungen des Dringlichen Postulats 29 betreffen Bereiche, in welche sich keine Stadt und kein Kanton irgendwie einmischen können. Es geht um eine Bundesangelegenheit. Der Bundesrat hat die Kampfjetbewegungen festgelegt, er hat die Vorgaben gemacht, welche Flugplätze die Piloten in welchem Ausmass benutzen, um die Sicherheit in der Luft aufrechtzuerhalten. Der Sprechende ist selber sehr stark von diesen Flugbewegungen betroffen, weil er in der Anflugschneise des Flugplatzes Emmen wohnt. Dazu kommen noch die Helikopter, die zum Kantonsspital fliegen. Aber die Stadt ist einfach nicht berechtigt, sich in dieser Art einzumischen. Der Stadtrat hat in seiner Antwort kundgetan, was er bereits unternahm. Im Nachhinein noch einmal die gleichen Forderungen wie in den früheren Vorstössen zu stellen, ist einfach nur eine Wiederholung. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates namens der SVP-Fraktion, das Postulat abzulehnen.

Korintha Bärtsch hält am Postulat fest. Die Stadt Luzern ist wie die umliegenden Gemeinden durch die Kampfjetbewegungen auf dem Militärflugplatz Emmen negativ beeinträchtigt. Einerseits geht es um Lärm, der gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge hat, andererseits kann aber auch die Sicherheit darunter leiden. Für die G/JG-Fraktion sind die Forderungen recht abgeschwächt, wenn man sie richtig anschaut. Das Postulat verlangt einfach, eine Stellungnahme zu verfassen, die den Status quo ermöglicht. Es wird nicht einmal verlangt, die Kampfjetbewegungen zu vermindern.

Zum Argument von Joseph Schärli, das gehe den Stadtrat und die Stadt eigentlich gar nichts an: Das VBS hat die gesamte Bevölkerung eingeladen, eine Stellungnahme abzugeben. Der Kanton Luzern hat insbesondere die Stadt Luzern und die umliegenden Gemeinden aufgefordert, Stellungnahmen zu verfassen. Also ist es auch im Interesse des VBS, der betroffenen Bevölkerung eine Partizipationsmöglichkeit und ein Mitreden zuzugestehen.

Simon Roth versteht den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion nicht genau. Wenn es um eine Vernehmlassung geht, darf sich der Stadtrat praktisch immer dazu äussern. Und genau darum geht es ja in diesem Postulat. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht natürlich, dass sich der Stadtrat gegen eine Fluglärmbelastung auf dem Gebiet der Stadt Luzern einsetzt. Das wäre sicher im Interesse der gesamten Bevölkerung. Der Stadtrat kann das auch tun, obwohl der Flugplatz selber nicht auf städtischem Boden liegt.

Der Sprechende ging auch im Schulhaus Ruopigen zur Schule. Wenn die Kampfjets landeten, hatte er dort jeweils das Gefühl, dass sie unmittelbar neben dem Schulhausfenster durchfliegen. Man hat sie auch wirklich gesehen, und ein Unterricht war in diesen Momenten natürlich nicht mehr möglich. Das Gleiche trifft auch für Trauerfeiern zu, wenn die Patrouille Suisse über der Stadt trainiert. Da fragt man sich, ob das tatsächlich nötig ist. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht, dass es nicht nötig ist. Deshalb unterstützt sie die Überweisung des Postulats.

András Özvegyi: Auch die GLP-Fraktion unterstützt das Postulat. Von den sieben Punkten, die es enthält, hat der Sprechende einzig ein Fragezeichen zum Punkt 3: „Die Flugpause im Sommer ist auf die sechs Wochen Schulferienzeit zu erweitern.“ Das scheint ihm zumindest diskussionswürdig. Simon Roth hat gerade gesagt, wie störend der Fluglärm für die Schule war. In der Schulferienzeit findet ja keine Schule statt, genau dann könnte man fliegen, ohne den Schulbetrieb zu stören. Der Sprechende wäre da offen, das zu ändern. Ihn stört der Fluglärm beim Arbeiten, aber wenn er in den Ferien auf Ibiza oder in Italien ist, stört es ihn nicht, wenn die Flugzeuge über Luzern herumfliegen. Diese Forderung ist also für den Sprechenden nicht so ganz klar. Aber die GLP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Michael Zeier-Rast ist nicht Pilot von Beruf, das Postulat betrifft nicht sein Kerngeschäft. Er kann auch militärisch nicht den Dienstgrad vorweisen, den Joseph Schärli hat. Aber als er das Postulat studierte, liess ihn die erste Forderung aufhorchen. Was bedeuten 3'400 Kampffjetbewegungen? Diese Frage hat dann auch fraktionsintern zu Diskussionen geführt. Bei diesem ersten Punkt ist von einem „Objektblatt Flugplatz Emmen“ die Rede. Der Sprechende hat versucht, dieses zu finden, um sich schlau zu machen. Er hat zwar viele Objektblätter gefunden, aber nicht das von Emmen. Darauf wollte er beim Bundesamt für das Flugwesen, BAZL, anrufen, aber da kam schon um 16 Uhr nur der Telefonbeantworter, obwohl das Amt gemäss Internetseite bis 17 Uhr offen hat. Schliesslich landete der Sprechende tatsächlich beim Flugplatz Emmen, wo er durch mehrere Geheimhaltungsgrade hindurch doch eine Auskunft zu diesen 3'400 Kampffjetbewegungen erhielt. Die Information bestand darin, dass das einfach die leicht abgerundete Anzahl der Flugbewegungen aus dem Jahr 2015 sei. Falsche Informationen kann der Sprechende nicht ausschliessen, aber das war das, was er hörte. Die zugelassenen Flugbewegungen von Kampffjets sind 12'000 pro Jahr. Das bedeutet, dass Emmen gar nicht das fliegt, was es fliegen dürfte. Jetzt gibt der Stadtrat, der das Postulat entgegennimmt, die Antwort, dass „die geplanten Jetflug-Zahlen nicht erhöht werden.“ Die CVP-Fraktion kam aufgrund dieser Situation zum Schluss, dass sie das Postulat nicht unterstützen kann. Sie kann selbstverständlich unterstützen, dass die Stadt an der Vernehmlassung teilnimmt und dabei die Problematik der Bevölkerung einbringt. Aber mit den 3'400 Kampffjetbewegungen schöpft die Armee das Kontingent ja nicht aus. Man muss sich einmal überlegen, was das im Budgetprozess der Stadt bedeuten würde: Wenn man das Budget nicht ausschöpft, hat man dann auch im folgenden Jahr entsprechend weniger. Diese Zahlengymnastik kann die CVP-Fraktion nicht nachvollziehen, und deshalb wird sie das Postulat in dieser Formulierung nicht unterstützen. Aber selbstverständlich soll die Stadt an der Vernehmlassung teilnehmen und etwas Gutes aushandeln. Die CVP-Fraktion lehnt jedoch das Postulat ab.

Korintha Bärtsch bemerkt zu Michael Zeier-Rast, dass er auch ihr ein Telefon hätte geben können, sie hätte es auch nach 18 Uhr abgenommen. Er soll sich das einmal überlegen: 12'000 Flugbewegungen! Eine Flugbewegung ist ein Start oder eine Landung. Das Jahr hat 365 Tage à 24 Stunden. Wenn also jede Stunde ein Kampffjetflieger kommen würde, dann gäbe das so überschlagsmässig ungefähr 70'000 Flugbewegungen. Nach wie viel Stunden würde dann bei 12'000 Flugbewegungen jeweils ein Flugzeug starten oder landen? Also es ist relativ ausgeschlossen, dass der Flugplatz Emmen 12'000 Flugbewegungen pro Jahr hat. Es stimmt hingegen, dass der Flugplatz Emmen sein Kontingent, das er jetzt hat, nicht ausschöpft. Es gibt einen Lärmkataster, der auf diesen 3'400 Flugbewegungen pro Jahr basiert. Geflogen werden

aber viel weniger als 3'400 Flugbewegungen. Mit dem Postulat wollen die Unterzeichneten den Status quo erhalten, sie wollen, dass auf keinen Fall mehr als 3'400 Flugbewegungen stattfinden.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Auch der Stadtrat will nicht mehr Flugbewegungen. Darum wird er zur Anfrage des Kantons und des VBS Stellung nehmen. Joseph Schärli sagte, die Stadt sei nicht berechtigt, sich einzumischen. Dieser Einwand ist nicht zutreffend; die Stadt wurde zur Einmischung eingeladen. Im Hintergrund steht natürlich die Befürchtung, dass Emmen mit der Schliessung des Flugplatzes Sion, bei welcher notabene auch der Widerstand aus der Bevölkerung eine Rolle spielt, irgendwann zusätzliche Flugbewegungen erhält. Das will der Stadtrat nicht. Nicht mehr als die heutige Anzahl Flugbewegungen ist eine relativ milde Forderung. Der Stadtrat unterstützt sie ganz entschieden, er will im dicht besiedelten Raum der Agglomeration Luzern mit rund 200'000 Personen nicht zusätzliche Flugbewegungen, schon gar nicht die Übernahme von Flugbewegungen, die auf einem anderen Flugplatz wegfallen. Deshalb bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, das Postulat zu unterstützen, aus der Überzeugung heraus, dass es der Bevölkerung ein bisschen mehr Ruhe oder der Stadt ein bisschen weniger Unruhe bringt.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 29.

Die Traktanden 9 bis 11 werden aus Zeitgründen auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Verabschiedungen / Vereidigung von Stadträtin Franziska Bitzi Staub

Ratspräsidentin Katharina Hubacher dankt dem Ratssekretariat für den süssen Zustupf, den die Mitglieder des Grossen Stadtrates heute erhalten haben. Sie hat während der Sitzung gesehen, dass er gut ankam, dass man ihn heute Nachmittag tatsächlich brauchen konnte. Die Sprechende bittet Laura Kopp nach vorn. Laura Kopp hat ihren Rücktritt eingereicht. Sie wurde am 6. September 2012 vereidigt und gleich darauf Mitglied der Sozialkommission. In dieser Kommission hat sie sich bis August 2016 eingesetzt; dann wechselte sie in die Geschäftsprüfungskommission. Seit dem 1. September 2016 amtierte sie zudem als Chefin der GLP-Fraktion. Eigentlich wäre das ein guter Grund gewesen, noch ein bisschen länger im Grossen Stadtrat zu bleiben, aber berufliche Veränderungen führen dazu, dass Laura Kopp ihre Parlamentsarbeit beendet und sich neuen Herausforderungen stellt. Sie zeichnete sich aus durch engagierte Voten zu Finanzfragen, durch sozialkritische Voten, durch Forderungen nach Konzepten und Plänen im Sozialbereich. Die Sprechende wünscht Laura Kopp auf ihrem weiteren Lebensweg alles Gute, viel Leidenschaft – und nicht allzu viele Konzepte. Sie erwähnt, dass Laura Kopp auf ein Geschenk verzichtet, sie spendet den entsprechenden Betrag dem Verein LISA.

Die Anwesenden bedanken sich bei Laura Kopp für ihr politisches Wirken mit einem herzlichen Applaus.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher wird jetzt Franziska Bitzi Staub als Mitglied des Grossen Stadtrates verabschieden und gleich anschliessend als Mitglied des Stadtrates zur Vereidigung wieder willkommen heissen. Dass diese beiden Vorgänge unmittelbar hintereinander stattfinden, ist wohl einmalig.

Franziska Bitzi Staub trat 2004 in den Grossen Stadtrat ein. Die erste Notiz, welche die Sprechende zu ihrem Wirken hat, ist, dass sie 2006/2007 Stimmzähler-Stellvertreterin wurde. Die Aufgaben nahmen dann aber rapid zu: sie wurde Präsidentin der Spezialkommission Vereinigung Littau-Luzern, welche vom 14. Dezember 2006 bis Ende Dezember 2009 bestand. Dann war Franziska Bitzi Staub vom Juli 2007 bis Ende Dezember 2010 Mitglied der Bürgerrechtskommission, und vom Januar 2010 bis August 2011 wieder Präsidentin einer Spezialkommission, nämlich derjenigen für die Teilrevision der Gemeindeordnung. Man hat Franziska Bitzi Staub also besondere Aufgaben zugetraut. Von Januar 2011 bis August 2012 war sie in der Bildungskommission, 2012 bis 2016 in der Geschäftsprüfungskommission. In dieser Kommission war sie 2013 in einem Ausschuss, der die Sonderaufgabe hatte, die Ombudsstelle einzurichten. Seit dem 1. Juli 2013 war Franziska Bitzi Staub Fraktionschefin bis zum vergangenen 30. November. Sie ist per 30. November aus dem Grossen Stadtrat ausgetreten. Die Sprechende hat bis jetzt nur die offiziellen Aufgaben aufgezählt. Daneben hat Franziska Bitzi Staub in der parteiübergreifenden Arbeitsgruppe mitgewirkt, die für die Steuererhöhung kämpfte. Diese Zusammenarbeit ist der Sprechenden in bester Erinnerung. Denn neben dem politischen Know-how standen dort vor allem auch Kreativität und Lebensfreude im Zentrum und waren ein wichtiges Element in der ganzen Kampagne. Die Arbeitsgruppe hat schon damals das Symbol der Steuerung gebraucht. Jetzt nimmt Franziska Bitzi Staub das Steuerrad in die Hand, zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Stadtrates. Die Bevölkerung hat Franziska Bitzi Staub mit einem sehr guten Resultat gewählt. So geht die Zusammenarbeit einfach weiter, aber Franziska Bitzi Staub hat jetzt eine andere Rolle, eine andere Aufgabe. Die Sprechende denkt, dass alle gespannt sind, wie das wird. Sie wünscht der neuen Stadträtin alles Gute, viel Kraft, viel Freude in ihrer neuen Aufgabe. Sie soll daran denken, Kreativität und Lebensfreude weiterhin als etwas ganz Zentrales zu behalten.

Die Anwesenden schliessen sich dem Dank und den Wünschen der Ratspräsidentin mit einem herzlichen Applaus an.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher begrüsst nun also Franziska Bitzi Staub, nachdem sie sie als Grosstadträtin verabschiedet hat, als Stadträtin zur Vereidigung. Sie verliest die Eidesformel: „Franziska Bitzi Staub, Sie schwören, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten Ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.“

Franziska Bitzi Staub schwört den Eid mit erhobenen Schwurfingern und den Worten: „Das alles schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Ratspräsidentin Katharina Hubacher gratuliert Stadträtin Franziska Bitzi Staub und wünscht ihr alles Gute.

Erneuter Applaus vonseiten der Anwesenden.

Ratspräsidentin Katharina Hubacher gibt zum Schluss bekannt, dass die Ratssitzung vom Januar wahrscheinlich nicht stattfinden muss.

Jetzt wird im Anschluss an die Sitzung der Autor Max Huwyler im Ratssaal eine kurze Lesung halten. Die Sprechende hat ihn eingeladen und wird ihn gleich noch ausführlicher vorstellen. Im Anschluss an die Lesung findet der gewohnte Weihnachtsapéro statt.

Schluss der Sitzung: 17.40 Uhr

Luzern, 3. Februar 2017

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber